



über Zäune springen,
Grenzen überwinden



Texte zur

RASSISMUSKRISE

in Europa

von **no-racism.net**

SAG NEIN ZU FASCHISMUS

Inhaltsverzeichnis

Editorial: Keine Grenze - nie und nimmer ... denn die macht alles nur noch schlimmer	3
Zur Struktur von no-racism.net: Ausgewählte Rubriken und Themen	5
Erster Teil: Antirassistische Arbeitspraxis - Offene Grenzen zwischen Utopie und Notwendigkeit	
Über Zäune springen, Grenzen überwinden! (30. Aug 2016, no-racism.net/article/5176)	7
Na klar, ich würde einsteigen! (02. Sep 2015, no-racism.net/article/4817)	10
Öffnen wir die Grenzen! Der Zaun muss weg! (07. Sep 2015, no-racism.net/article/4831)	12
Mitgefühl ist wichtig, einen Wandel bringen aber nur verlässliche Rechte für Geflüchtete (07. Sep 2015, no-racism.net/article/4835)	13
Refugeeeeeees. Anstoss zu einem Diskurs (09. Sep 2015, no-racism.net/article/4844)	15
Zweiter Teil: Widerstand gegen Abschiebungen	
Afghanische Geflüchtete fordern Gerechtigkeit und Abschiebestopp (01. Sep 2017, no-racism.net/article/5235)	18
Gestrandet in Kabul (02. Apr 2017, no-racism.net/article/5211)	19
Stop Deportation Comic - Wege, eine Abschiebung zu verhindern (April 2016, oplatz.net/stop-deportation)	ab 19
Kurzmeldungen	22
Ankündigungen: Doing Gener in Exile, Proteste gegen Werte-Prüfungen, Freiheit stirbt mit Sicherheit	
Erinnerungen an Röszke: Freiheit für Ahmed H. (06. Oct 2017, no-racism.net/article/5260)	24
Unser aller Leben. Drei Strophen gegen sie (08. Oct 2013, no-racism.net/article/4543)	24
Dritter Teil: Grenzregime - Vom Fluchtweg Mittelmeer und dem Kampf gegen Ausgrenzung und Abschiebungen	
Das Sterben im Meer beenden? Weg mit den Visaregimen! (29. Apr 2015, no-racism.net/article/4727)	25
Sie hetzen Menschen - bis in den Tod! (12. Aug 2017, no-racism.net/article/5222)	31
Wer handelt hier mit Menschen? Die Europäische Union! (09. Mar 2016, no-racism.net/article/5046)	33
Und sie verhandeln wieder ... (18. Mar 2016, no-racism.net/article/5058)	35
Grenzzäune abbauen - die Tagesordnung des Widerstandes (01. Apr 2016, no-racism.net/article/5072)	37
EU & Menschenrechte? Ha, ha, ha... (07. Apr 2016, no-racism.net/article/5074)	38
Vierter Teil: Die Rassismuskrise - linksliberal bis rechtsextrem	
Das 'Spiel' mit der Angst ... und der Zusammenhang mit Rassismus (04. Oct 2017, no-racism.net/article/5253)	41
Zur Begrenzung der Freiheit. Schlussfolgerung aus dem Spiel mit der Angst (04. Oct 2017, no-racism.net/article/5254) ..	48
Das Gesetz der Stammtische. Herr Kern hört auf "Sorgen und Ängste" (04. Oct 2017, no-racism.net/article/5258) ..	49
Das Rassismuspapier der Liste Pilz (21. Sep 2017, no-racism.net/article/5252, hier gekürzt)	51
Wer ständig hetzt, sollte nicht auf beleidigt tun ... (07. Oct 2017, no-racism.net/article/5263)	53
Fünfter Teil: Die soziale Frage in Zeiten des Wahlkampfes - auf dem Weg zum Faschismus?	
Die Reichen, die die Armen brauchen - und gegeneinander ausspielen (14. Sep 2017, no-racism.net/article/5250)	57
Regieren für wen? Die Wirtschaft? Die Reichen? (28. Aug 2017, no-racism.net/article/5229)	59
Ausbeutung und Unterdrückung: Der Rassismus der 'Groß'-Parteien - Teil 1 (20. May 2016, no-racism.net/article/5116)	60
Grenzen und Kontrollzustände: Der Rassismus der 'Groß'-Parteien - Teil 2 (20. May 2016, no-racism.net/article/5117)	62
Wegbereiter des Faschismus: Der Rassismus der 'Groß'- Parteien - Teil 3 (23. May 2016, no-racism.net/article/5118)	64

Keine Grenze – nie und nimmer

... denn die macht alles nur noch schlimmer

Mit dieser Broschüre begeben wir uns auf eine Reise durch die Zeit. Wir müssen dabei nicht weit zurückreisen, sondern richten unseren Blick auf die vergangenen 10 - 15 Jahre, mit Schwerpunkt auf die Zeit seit 2015, dem Jahr der großen Flüchtlings- und Migrationsbewegung, die Europa nachhaltig veränderte.

Die Bilder der Migration konnten nicht mehr ignoriert werden. Und auch die Maßnahmen rückten plötzlich in den Blick der Öffentlichkeit. Diese Bilder erzeugten sowohl Ablehnung als auch Zustimmung. Dass die Zustimmung zu restriktiven Abschottungsmaßnahmen anfangs klein war ist bekannt und wird durch den Umstand bezeugt, dass viele Menschen mit offenen Armen empfangen wurden. Das "Refugees Welcome", "Flüchtlinge willkommen" war plötzlich kein reiner Slogan mehr. Aus der Utopie wurde Realität.

Doch dann setzten viele Politiker_innen, unterstützt von Wirtschaftstreibenden, Medien und rassistischen wie faschistischen Gruppierungen, ihre Maschinerie in Gang. Das Ziel war die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Das ist nichts neues, doch die Dimension nahm ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an. Auf allen Kanälen startete eine massive rassistische Hetze, deren Ziel es scheint, Europa mehr und mehr in Richtung eines faschistoiden, autoritären Systems zu steuern. Die vorlie-

gende Broschüre versteht sich als kleiner Baustein, dieser Entwicklung entgegen zu steuern.

Am Beginn steht ein Text, der namensgebend für diese Textsammlung war (siehe Seite 7). Er wurde am 30. August 2016 verfasst, ein Jahr nachdem sich viele Menschen zu Fuß in Richtung Zentraleuropa aufmachten. Wie auch der Rest der Texte hat er nichts an seiner Aktualität verloren. Deshalb war es nicht notwendig, die hier versammelten Texte zu verändern. Lediglich an einigen Stellen haben wir eine [Anmerkung in eckigen Klammern] gemacht. Die Texte sind nicht chronologisch geordnet, es wurde versucht, sie inhaltlich zu strukturieren.

Der **erste Teil** beginnt mit konkreten Lösungsansätzen und Handlungsanleitungen, nennen wir es: mit antirassistischer Arbeitspraxis. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang ein Verweis auf das globale Wirtschaftssystem und den nach wie vor gegebenen [Neo]Kolonialismus, der dazu führt, dass viele Menschen keine andere Möglichkeit sehen, als sich auf den Weg zu machen: aus der Perspektivlosigkeit in eine vermeintlich bessere Zukunft (siehe dazu "Na klar, ich würde einsteigen" auf Seite 10). Doch was, wenn sie in Europa ankommen? Ein Anstoß zu einem Diskurs über diese Frage findet sich auf Seite 15.

Die Ankunft in Europa bedeutet noch lange keine Sicherheit, wie unter anderem die Situation von Geflüchteten aus Afghanistan zeigt: Überall in Europa kommt es derzeit zu Protesten gegen Abschiebungen in dieses nach wie vor sehr unsichere Land. Im **zweiten Teil** findet sich exemplarisch dafür die Erklärung der Teilnehmer_innen des 4-tägigen Protestcamp gegen Abschiebung im August 2017 in Wien (Seite 18). Mehr zu den Hintergründen zu Abschiebungen nach Afghanistan ab Seite 19.

Der **Stop Deportation Comic** vom Refugee Movement Berlin (oplatz.net) zieht sich als Illustration durch dieses Heft. Er gibt praktische Tipps zum Widerstand gegen Abschiebungen.

Der **dritte Teil** behandelt die Geschichte der Unterdrückung und das Aufziehen von Zäunen als Teil des Grenzregimes, aber auch den Widerstand dagegen. Im Focus steht neben der Migrationsbewegung in den Jahren 2015/16 der Fluchtweg Mittelmeer. Auch hier werden konkrete Lösungsansätze aufgezeigt, wie die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Änderung der Migrationspolitik: Das Ende der Visaregime (Seite 25), die erst dazu führen, dass Menschen heimliche - und gefährliche - Wege gehen müssen. Oder die Forderung, Flüchtlinge und Migrant_innen mit Fähren von Nordafrika nach Europa zu bringen - um das Sterben im Meer zu beenden (Seite 31).



Viele sind aufgrund der der errichteten Barrieren auf Hilfe angewiesen. Texte zum Diskurs um Fluchthilfe, der untrennbar verbunden ist mit Hetze, Verdrehungen und angeblichen Bedrohungen, finden sich ab Seite 33.

Der **vierte Teil** handelt von der Rassismuskrise in Europa und dem damit zusammenhängenden Spiel mit der Angst (ab Seite 41): Wenn wir von einer Rassismuskrise sprechen, dann bedeutet dies nicht, dass der Rassismus in einer Krise steckt, vielmehr geht es darum, dass der Rassismus Ursache ist für eine Krise von Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness in der Gesellschaft.

Darauf geht der **fünfte Teil** dieser Textsammlung näher ein und beschäftigt sich mit der sozialen Frage im Wahlkampf. In dieser Zeit kommen die Positionen, die viele Politiker_innen seit Jahren vertreten, deutlicher zum Vorschein - trotz aller Lügen. Um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen, wird mehr und mehr auf Rassismus gesetzt. Damit soll die brennende soziale Frage von den eigentlichen Problemen ablenken: Dem

zunehmenden Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich. Nach zwei Texten zum laufenden Wahlkampf in Österreich (ab Seite 57), findet sich zum Abschluss eine Artikelreihe zum Rassismus der 'Groß'-Parteien, die im Mai 2016 verfasst wurde (ab Seite 60). Auch hier zeigt die Lektüre der Beiträge, dass sich an den grundsätzlichen Positionen seither nicht viel verändert hat.

Wir wollen mit den vorliegenden Seiten einen Beitrag zur Auseinandersetzung zu den Themen **Migration und soziale Gerechtigkeit** leisten: einen inhaltlichen Beitrag, der dabei hilft, den Blick zu schärfen für mögliche Handlungsoptionen. Damit die am Horizont aufziehenden kalten Zeiten und damit verbundene Winterdepressionen leichter überwindbar werden.

Welche_r damit nicht genug hat: Wir konnten nur ein paar der auf no-racism.net erschienen Texte in dieser Broschüre unterbringen. Im Internet findet ihr mehr davon. Einen Einblick in die Themenbreite von no-racism.net findet ihr auf Seite 5 und 6.

Und wenn Ihr, liebe Leser_innen, wollt dass diese Seiten von mehr Leuten gelesen werden, dann helft dabei: Verlinkt sie auf euren Blogs oder Social Media Gruppen, informiert über Twitter, Messaging-Dienste usw ... Oder druck sie aus, kopiert sie, gebt sie Freund_innen, Bekannten, Mitschüler_innen, Kolleg_innen und diskutiert darüber. Wir freuen uns sowohl über Feedback, als auch über Beiträge, die wir gerne auf unserer Website veröffentlichen.

no-racism.net, Oktober 2017



Unter diesem Link finden sich das PDF, ein Werbefolder, Links und mehr... Direkt zum PDF: no-racism.net/upload/krise17.pdf



Menschen, die keine Möglichkeit zur legalen Reise vorfinden, sehen sich gezwungen, zumindest für Teile ihres Weges die Unterstützung von Fluchthelfer_innen in Anspruch zu nehmen. Wenn die Politiker_innen vorgeben, einen Krieg gegen "Schlepper_innen" oder "Menschenhändler_innen" zu führen, dann verschleiert dies die Realität. Denn in Wirklichkeit ist es ein Krieg gegen Flüchtlinge und Migrant_innen. Korrupte Regime werden seit Jahrzehnten finanziert, damit diese die Migration stoppen und Menschen in von der EU finanzierten Lagern internieren, wie am Beispiel von Libyen deutlich zu sehen ist. Dieser Umstand und die Tatsache, dass selbst bei Abschiebungen Unsummen von Geld im Spiel sind, zeigt wer die wahren Menschenhändler_innen sind: Die zuständigen Politiker_innen und Beamten. (mehr dazu in: "Wer handelt hier mit Menschen? Die Europäische Union!" ab Seite 33)



no-racism.net/deportatiNO

deportatiNO handelt vom alltäglichen Widerstand gegen Internierung und Deportationen, von Kämpfen für Aufenthaltstitel, von Kampagnen gegen Fluggesellschaften und Firmen, die mit Abschiebungen Geld verdienen und von Aktionen gegen Grenzen und Grenzregime. Bewegungsfreiheit für alle - überall!

noborder action

no-racism.net/rubrik/35

Diese Rubrik entstand zur Dokumentation von Grenzcamps - und trug auch diesen Namen. Durch die Veränderung der Aktionsformen und die Verlagerung zu den inneren Grenzen, vor allem gegen Lager zur Internierung von Migrant_innen und Flüchtlingen, werden hier nun verschiedenste noborder-Aktionen gegen Grenzen und Grenzregime dokumentiert.

widerstand gegen abschiebung

no-racism.net/rubrik/120

Illegalisierte Menschen die von Deportation bedroht sind, protestieren und demonstrieren, um auf ihre Situ-

ation aufmerksam zu machen oder verweigern ihre Abschiebung.

Schubhaft dient der "Sicherstellung der Abschiebung". Hungerstreiks und Selbstverletzungen sind oftmals der einzige Weg in die Freiheit.

Hier finden sich verschiedenste Berichte zum Widerstand gegen Abschiebungen.

aufstand hinter gittern und zaeunen

no-racism.net/rubrik/75

Die Zustände in Internierungslagern für Migrant_innen und Flüchtlinge sind katastrophal. Kein Wunder, dass sich überall Widerstand regt - drinnen wie draußen.

abschiebeanhoerung

no-racism.net/thema/118

Die Behörden benötigen zur Durchführung von Abschiebungen "Heimreisezertifikate" bzw. eine Bestätigung der Staatsbürger_innenschaft. Immer öfter werden dazu von den Abschiebebehörden fragwürdige Sammelanhörungen mit VertreterInnen aus den vermeintlichen Herkunftsstaaten organisiert.

no-racism.net/migration

Dieser Bereich dokumentiert globale Kämpfe von Migrant_innen und bietet Informationen zu den EU Migrationsspolitiken, Grenzregimen der Überwachung im Schengenland und den Instrumenten wie dem Schengen Information System (SIS) oder der "freiwilligen Rückkehr", Migrationsmanagement und zwischenstaatlichen Organisationen zur Migrationsabwehr (wie IOM und ICMPD), privaten Profiteur_innen (wie European Homecare) und dem Zusammenhang von Migration und Sexarbeit.

fluchtweg mittelmeer

no-racism.net/thema/38

Für viele MigrantInnen ist der Weg über das Mittelmeer eine Möglichkeit nach Europa zu gelangen. Hier finden sich Artikel über das Schicksal der Flüchtlinge und MigrantInnen, sowie die "Abwehrmaßnahmen" der Festung Europa, die sich zunehmend in nordafrikanische Länder verlagert.

Siehe auch die Themen zu den Grenzregimen in :: Griechenland :: Italien :: Libyen :: Malta und :: Marokko

grenzregime

no-racism.net/rubrik/38

Diese Rubrik beschäftigt sich mit Maßnahmen zur rassistischen Abschottung der reichen Länder gegen MigrantInnen und Flüchtlinge.

Der Begriff Grenzregime beschreibt die Gesamtheit aller institutionellen, administrativen, legislativen und technischen Maßnahmen und Einrichtungen der Grenzsicherung und -kontrolle. Länderspezifische Themenseiten zu Grenzregimen in :: Australien :: Belgien :: Bulgarien :: Deutschland :: Frankreich :: Griechenland :: Großbritannien :: Italien :: Libyen :: Malta :: Marokko :: Spanien, der :: Ukraine und :: Ungarn.

europäische politik zu migration und unsicherheit

no-racism.net/thema/45

Texte zum Auf- und Ausbau eines gemeinsamen Europäischen Grenzregimes.

detention centers außerhalb der schengengrenzen

no-racism.net/thema/39

Durch die Schaffung von Lagern außerhalb der Schengen-Grenzen will die EU Migrant_innen und Flüchtlinge davon abhalten, Europa zu erreichen.

no-racism.net/rassismus

Wir dokumentieren auf diesen Seiten institutionalisierten rassistischen Staatsterror sowie den rassistischen Konsens der Mehrheitsbevölkerung in Österreich und anderswo. Denn wir lehnen - wie viele andere auch - Rassismus in jeglicher Form ab.

schubhaft

no-racism.net/rubrik/142

Schubhaft ist eine Haft, die ausschließlich "Fremden" zuteil werden kann. Sie stellt keine Strafhaft oder richterlich verordnete Haft dar, sondern wird lediglich von der Verwaltungsbehörde ausgesprochen, um angeblich nötige Abschiebungen routinemäßig und ohne Probleme durchführen zu können.

In Schubhaftgefängnissen können Asylsuchende und Migrant_innen in Österreich bis zu zehn Monate eingesperrt werden. In der EU beträgt die maximale Dauer in Schubhaft 18 Monate, wird aber teilweise durch andere Formen der Haft verlängert.

Rassismus tötet

no-racism.net/racismkills

Unvollständige Dokumentation von Todesfällen bei Deportationen und in Polizeigewahrsam.

rechte Gewalt

no-racism.net/rubrik/460

Dokumentation und Analysen von rechtsextrem motivierten Gewalttaten und faschistischem Terror.

no-racism.net/debatte

Dokumentation von Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen zu zentralen politischen Themen.

antirassismus

no-racism.net/rubrik/51

Texte zu Widerstand gegen Rassismus in allen Bereichen, egal ob es sich um den staatlichen Rassismus in Österreich oder den individuellen

Rassismus, der in uns allen steckt, handelt.

no-racism.net/activism

Aktivitäten gegen die Regierung, für eine andere Welt, Demoberichte und -verfahren, Rechtshilfeinformationen, gegem Schwarzblau, Antifaschismus, Feminismus und mehr.

antifaschismus

no-racism.net/rubrik/77

Widerstand gegen Naziaktivitäten, Faschismus und Rechtsextremismus.

mehr auf

no-racism.net/sitemap

Übersicht über alle Bereiche,
Rubriken und Artikelsammlungen
auf no-racism.net



Erster Teil: Antirassistische Arbeitspraxis. Offene Grenzen zwischen Utopie und Notwendigkeit

Über Zäune springen, Grenzen überwinden!

30. Aug 2016, no-racism.net/article/5176

Es ist an der Zeit, ein paar Dinge ins Gedächtnis zu rufen. Vor allem in Tagen, in denen an die Ereignisse vor einem Jahr [mittlerweile sind es zwei Jahre] erinnert wird. Denn es ist meist ein sehr eingeschränkter, ein herrschender Blick, mit dem die Ereignisse im Sommer 2015 betrachtet werden.

Als Deckmantel dienen der Diskurs um Sicherheit sowie angebliche Ängste von Menschen. Fragt sich nur, wer hier Angst hat, und wessen Sicherheit im Mittelpunkt steht. Dabei geht es um mehr als Sicherheit, es geht um den Schutz der Freiheit. Und dieser Schutz der Freiheit ist verbunden mit einer simplen aber doch sehr klaren Forderung: **Der Zaun muss weg!**

Geschichte_n in Bewegung

Migration ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Migration ist so alt wie die Menschheit. Wie sonst konnte sich diese auf dem ganzen Planeten Erde verbreiten? Seit es Menschen gibt, gibt es Bewegung, gibt es Migration. Und dies wird sich nicht ändern, selbst wenn alle gezogenen Grenzen mit Zäunen, Mauern, Stacheldraht und Hochtechnologie versperrt werden.

Es gab und gibt nach wie vor Phasen in der Geschichte der Menschheit, da mach(t)en sich viele, viele Menschen auf den Weg auf der Suche nach einem besseren Leben. Erinnern wir uns an die Menschen aus Europa, die es nach

Nordamerika zog. Sie entflohen, wie die Leute aus Irland, Hunger und Not. Die Bewohner_innen der ersten Kolonie der Engländer_innen begaben sich auf den Weg in eine "neue Welt". Ebenso wie zehntausende Menschen aus dem Burgenland, die zwischen 1850 und dem Beginn des ersten Weltkrieges fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen in die Vereinigten Staaten migrierten. Diese Migrant_innen werden nicht als "Wirtschaftsflüchtlinge", sondern als "Pionier_innen" bezeichnet.

Die 'Besiedlung' der Amerikas war verbunden mit Gewalt, viele der Einheimischen verloren ihr Leben. Bis heute werden Menschen in Nordamerika gezwungen, in sogenannten Reservaten zu leben. Jene, die der Logik zufolge die Eigentümer_innen des Landes sind bzw. sein müssten, auf dem sich *die Weißen* breit machten, werden nach wie vor unterdrückt und ausgebeutet. Dies ist nicht nur in den Amerikas so, sondern auch in Afrika, Australien und vielen anderen Teilen der Welt, die von den Europäer_innen kolonisiert wurden.

Geschichte_n des Vergessens

Grundlage für all das bildete ein Weltbild, das gestützt auf rassistischen Vorstellungen die Menschen kategorisierte und in der Folge mit unterschiedlichen Rechten versah. Es führte so weit, dass in Afrika Menschen gejagt und versklavt wurden, um dann im Rahmen des transatlantischen Sklavinnenhandels in die "Neue Welt" verschifft zu werden, wo sie gezwungen

wurden auf Plantagen zu rackern und die weiße Ober- bzw. Mittelschicht zu bedienen.

All das dürfte aus dem Gedächtnis den Menschen in Europa verschwunden sein, denn sonst würden sie nicht, ... Ja, was würden sie nicht. Vielleicht haben sie es nicht vergessen und sind nach wie vor stolz darauf, dass sie *die Anderen* ausbeuten und unterdrücken. Dass sie die Menschen in vielen Ländern ausbeuten, unterwerfen und deren Rohstoffe stehlen, um sie später gegen teures Geld in verarbeitetem Zustand an eben jene Ausgebeutete zu verkaufen.

Dieses System trägt den Namen: Kolonialismus! Dieser ist - allen Beteuerungen zum trotz - nach wie vor existent. Heute wird oft, wenn von Globalisierung geredet wird vergessen, dass diese - nennen wir sie kapitalistische Globalisierung - nichts anderes ist als eine Fortführung eines nach wie vor die Welt beherrschenden kolonialistischen Systems. Erkennbar nicht nur durch die Handelsbeziehungen: billig importierte Waren nach Europa und im Gegenzug teure exportierte Waren in die 'Dritte Welt' oder 'arme Länder'. Vorgeblich 'nicht so weit entwickelte' Gesellschaften können demnach guten Gewissens, vereinbar mit einem christlichen Weltbild, ausgebeutet und unterdrückt werden.

Menschen werden unterworfen und Kriege geführt, um den (billigen) Zugang zu Rohstoffen aufrechtzuerhalten. Als Beispiele seien hier erdölbereiche Regionen genannt. Oder die De-

mokratische Republik Kongo, einem der wichtigsten Abbaugelände von Coltan, einem Rohstoff der u.a. unverzichtbar ist für die Kommunikationstechnologie. In der Tantal verarbeiteten Form findet sich Coltan in vielen Elektronikgeräten, wie eben Handys oder Smartphones(*). Aufgrund der knappen weltweiten Vorkommen bei umfangreichem Einsatz ist dieser Rohstoff relativ teuer, was weitreichende soziale Folgen für die Bevölkerung in der DRK mit sich brachte, bis hin zu Krieg, unzähligen Toten und Vertreibungen. Angesichts dieser Tatsachen sollte die Frage gestellt werden, warum viele Menschen aus DRK so schwer Asyl bekommen?

Geschichte_n der Bekleidung

Koloniale Unterdrückung ist eng verbunden mit sexualisierter Gewalt. So ist die Geschichte der Sklaverei eng verbunden mit sexueller Ausbeutung und Vergewaltigungen, die Frauen wurden - weil versklavt - als Eigentum ihrer *weißen Herren* gesehen.

Diese Form der Ausbeutung ist nach wie vor gegeben. Einerseits über Sex-tourismus in den ehemaligen Kolonialstaaten, andererseits durch Aufenthaltsgesetze in Europa, die die Ausbeutung von Frauen begünstigen. Eine Auswirkung des Aufenthaltsrechts ist oft die Bindung des Aufenthaltstitels an einen Mann. Ein Abhängigkeitsverhältnis, das die Gesetzeshüter_innen aufrechterhalten, indem sie es in ihren Gesetzen und Praxen zementieren.

Ebenso sind Fluchtgründe von Frauen für die Behörden asylrechtlich nicht "relevant". Fliehen sie, weil sie aufgrund ihres Geschlechts unterdrückt und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, z.B. durch die Verweigerung des Rechts auf Bildung, werden sie wieder zurück geschickt. Und selbst frauenspezifische Fluchtgründe wie Vergewaltigung werden oft selbst dann nicht anerkannt, wenn Vergewaltigung als gezielte Waffe in Kriegen eingesetzt wird.

In der medialen Berichterstattung werden immer öfter *die anderen Männer* mit der Ausübung sexualisierter Gewalt in Verbindung gebracht, bei gleichzeitiger Ausblendung sexualisierter Gewalt

durch Männern der Mehrheitsgesellschaft. In dieser Funktionalisierung werden patriarchale Machtstrukturen vom rassistischen Diskurs überlagert: Sexismus ist ein gesellschaftliches Problem, aber sicher keines, das auf die Folgen von Migration reduziert werden kann. Verschiedene, wenn auch miteinander verwobene Diskriminierungsformen werden gegeneinander ausgespielt: Der rassistische Diskurs lenkt von der notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Sexismen und Geschlechterverhältnissen ab. (siehe: Das *weiße* Herrntum, Seite 45)

Es vergeht kein Tag mehr ohne Artikel über Übergriffe durch Asylwerber_innen oder Flüchtlinge - und dies nicht nur im Boulevard. Es wäre falsch, dies zu verharmlosen. Denn hinter dem gezeichneten Bild verbirgt sich eine Doppelmoral.

Dazu sei eine sinngemäß wiedergegebene Aussage einer Frau in einem Interview für "Am Schauplatz" im ORF genannt, in der angeblichen Konflikten in Freibädern nachgegangen wurde:

"Wenn ein Österreicher schaut, dann schaut er halt. Wenn aber Migranten schauen, dann..."

Im selben Beitrag ging es ebenfalls um Badebekleidung. In diesem Zusammenhang sei - ganz allgemein - angemerkt: Wenn gegen Bekleidung vorgegangen wird, dann wird dies oft mit dem Argument gerechtfertigt, dies richte sich gegen die Unterdrückung von Frauen. In Wirklichkeit werden die Freiheiten von Frauen ein Stück weiter eingeschränkt.

Hier geblieben

Wurden einst Sklav_innen gejagt und in Ketten gelegt, so werden heutzutage in Europa - und weiteren Wohlstandsländern - Geflüchtete und zu Unerwünschten erklärte Migrant_innen gejagt, registriert, interniert und abgeschoben. Was verbirgt sich hinter einer Politik des Ausgrenzens, Einsperrens, des Abschiebens? Sind Abschiebungen das letzte Glied in der Kette der Sklaverei? Auf jeden Fall sind sie ein Geschäft, mit dem Millionenumsätze gemacht werden. Abschiebungen seien 'notwendig', so sagen sowohl Politiker_innen

als auch die Leute am sog. Stammtisch: Aber wofür sind sie notwendig? Um den Wohlstand zu sichern? Um die ungleiche Ordnung am Leben zu halten?

Abschiebungen sind ein Handel mit Menschen, um koloniale Strukturen zu bewahren. Ab- und Zurückschiebungen sind der wahre Menschenhandel der heutigen Zeit. Sie untergraben das Selbstbestimmungsrecht von Menschen, sie untergraben die persönlichen Freiheiten jeder und jedes Einzelnen und sind nicht vereinbar mit einer wirklich freien Gesellschaft.

Differenzierungen

Es wäre falsch davon auszugehen, dass überall in der Welt die bzw. alle Menschen von den bösen *weißen* Europäer_innen unterdrückt werden. Diese Sicht entspricht nicht der Realität, denn überall gibt es sowohl Reiche als auch arme Menschen. Und überall wird dieses Gesellschaftsverhältnis mit Gewalt aufrecht erhalten. Doch die Ungleichheit auf der Welt ist nicht zu übersehen. Das wissen auch jene, die dafür verantwortlich sind, dass nun überall Zäune aufgezogen werden, dass mittels Gesetzen und Bestimmungen Menschen einmal mehr entrechtet werden. Dies zeigen u.a. die Änderungsvorschläge eines kurz-sichtigen Jungspunds in der österreichischen Politik, der als Ausgrenzungsminister das Asyl und Fremden(un)recht verschärfen will. [Anmerkung: Mittlerweile strebt er als Kanzlerkandidat die absolute Macht an.] Als zu diesem Thema aus den Medien bekannte Stichworte seien hier u.a. genannt: Obergrenze, Notverordnung, verpflichtende Ein-Euro-Jobs (als Umschreibung von Zwangsarbeit) sowie reduzierte Sozialleistungen (wie die Mindestsicherung). Ebenso genannt werden können Wertekurse für 'Fremde' aus 'anderen Kulturen', denen so wohl beigebracht werden soll, was hierzulande als 'Zivilisation' verstanden wird, oder populistische Bekleidungsverbote, die tief verwurzelt sind in einer antiislamistischen Einstellung.

Jene, die trotz bzw. wegen all dieser Maßnahmen - bzw. aufgrund bereits bestehender Gesetze - kein Aufenthaltsrecht erhalten und deren alleinige Ex-

istenz als 'illegal' erklärt wird, sollen weiteren populistischen Vorschlägen zufolge 'noch schneller' abgeschoben werden. Oder aber: daran gehindert werden, dass sie das Land erreichen, sei es mittels militärischen Operationen auf See samt Internierung auf Inseln [oder in Libyen], sei es mit Militär und Polizei an den Außen- wie Binnengrenzen, oder durch Zäune mitsamt 'Grenzmanagement', das aufgrund eines herbeigeredeten 'Notstandes' dazu dient, Menschen abzuweisen und in Lagern (bzw. 'Hotspots') an den Grenzen zu internieren.

All diese Maßnahmen nennen sie 'Zivilisation', bzw. dem Schutz der 'Zivilisation' bzw. der Gesellschaft(en) 'im eigenen Land' dienlich. Die (Mehrheits-)Gesellschaften werden homogenisiert und es wird von sog. 'Parallellgesellschaften' phantasiert, denen sogleich das Existenzrecht abgesprochen wird - wie den Menschen selbst.

Begrenzte Freiheit

Da frag ich mich: Wer gibt diesen Clowns(**) das Recht zu bestimmen, wie *andere* - und somit auch ich selbst - zu leben haben? Sie geben vor 'unsere freie Gesellschaft' beschützen zu wollen - und gleichzeitig schränken sie 'unsere' Freiheiten ein.

Ich kann nicht frei sein, so lange selbst nur einer meiner Nachbar_innen, Freund_innen, Bekannten, nur einem Individuum die mir gewährten Freiheiten verwehrt werden.

Um unsere Freiheiten wieder zu gewinnen, stellen wir eine **Losung** in den Raum, quasi als Anstoß zum Handeln: **Über Zäune springen, Grenzen überwinden!**

Oft bleibt uns keine Wahl, wir sehen uns gezwungen, über Zäune zu springen, um Grenzen zu überwinden. Manchmal gibt es einen Weg unten durch. Es kann auch sein, dass wir ein Loch finden, durch das wir hindurch schlüpfen können. Oder aber wir müssen sie erst selbst machen, die sogenannte Lücke im Zaun, die einen Weg in die Freiheit eröffnet. So wie das Leben vielfältig ist, sind die Möglichkeiten sehr unterschiedlich. Führt

ein Weg nicht ans gewünschte Ziel, müssen wir oft einen anderen Weg einschlagen. Das ist nicht immer einfach, doch solange wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren, können wir es erreichen.

Erinnerungen

Eine Passage aus dem Jahr 2006
:: *Grenzenlos und gegen Schubhaft!*
(no-racism.net/article/1819)

Kein Mensch unterwirft sich grundlos der ungewissen Zukunft von Migration oder Auswanderung. Für Flüchtlinge und MigrantInnen gilt es dabei viele Hindernisse bereits im Vorhinein zu beseitigen.

Manchmal ist das Zielland bei der Abreise noch unbestimmt. Oft sind die Gefahren für das eigene Leben oder das der Kinder und FreundInnen die Motivation, alles zurückzulassen und in eine ungewisse Zukunft zu gehen. Die Gründe sind dabei wohl so zahlreich wie die Menschen, die unterwegs sind. Viele Menschen erreichen nie ihr Ziel, immer mehr finden den Tod.

Abschottungswälle, wie sie in Europa gleich einer Festung gegen Osten und Süden oder in den USA an der Grenze zu Mexico errichtet werden, fordern klar kalkulierte Opfer: Jene, die es nicht schaffen, die Grenze lebend zu überqueren oder die den Auswirkungen der rassistischen Politik der jeweiligen Länder zum Opfer fallen. Doch nicht alle können aufgehalten werden. Brachen sie oft noch im Glauben auf, in einem demokratischen Land anzukommen, in dem Menschenrechte eingehalten werden, wird ihnen spätestens dort klar, dass diese für sie nicht gelten.

Ein Ort, an dem dies sichtbar wird, ist die Schubhaft. Dort werden Menschen allein aufgrund ihrer Existenz - weil sie über keine oder die falschen Papiere verfügen - bis zu 10 Monaten eingesperrt und entrechtet.

Eine Passage aus dem von 1999-2006 weit verbreiteten Flugblatt :: *Schubhaft abschaffen!* (no-racism.net/article/808)
Alle Menschen sollen gleiche politische und soziale Rechte haben - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sozialem Status und Geschlecht. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Ab-

schiebung, rassistische Gesetze und Praxen, können nicht verbessert sondern nur verhindert und abgeschafft werden. Sie sorgen dafür, dass Menschen rassistisch ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Rassismus liegt ihnen existenziell zu Grunde. Abschiebungen unmöglich zu machen und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist praktische Solidarität und ziviler Ungehorsam gegen institutionalisierte Rassismen. Wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen.

Ein Blick zurück - und in eine ungewisse Zukunft

Am Ende sei auf einen Artikel verwiesen, der vor einem Jahr [Anmerkung: mittlerweile vor zwei Jahren] geschrieben wurde. Er hat - leider - bis heute nichts an seiner Aktualität verloren. Rufen wir ihn in Erinnerung und gedenken wir damit all jener Menschen, denen der Weg in ein besseres Leben zum Verhängnis wurde. Denn selbst im Bewusstsein über all die Gefahren, die dieser Weg birgt, gibt es oft keine Alternativen. Ohne andere Möglichkeit das Ziel zu erreichen sind Menschen gewillt, Risiken auf sich zu nehmen. Selbst wenn sie wissen, dass es ihre letzte Reise sein kann. Auf die vielen Fragen, die dabei durch den Kopf gehen, gibt es für viele nur die Antwort :: Na klar, ich würde einsteigen! (zu lesen auf den folgenden Seiten)



Anmerkungen:

(*) Zu den wichtigsten Verarbeiter_innen von Coltan gehören laut Wikipedia u.a. die Treibacher Industrie AG mit Firmensitz in Kärnten sowie die in Deutschland ansässige H.C. Starck Gruppe, die weltweit größte Verarbeiterin des Rohstoffes.

(**) Sorry ihr lieben Spaßmacher_innen, dass ich mir erlaube, euren Namen in den Dreck zu ziehen.

Na klar, ich würde einsteigen!

02. Sep 2015, no-racism.net/article/4817

Zäune, Mauern, Überwachung, all diese Maßnahmen konnten und können Menschen nicht daran hindern, zu migrieren. Ob es sich dabei um Flucht handelt oder nicht, sollen jene entscheiden, die sich auf den Weg machen. Denn keine_r weiß es besser! Und einen Asylantrag zu stellen, dieses Recht steht allen Menschen zu. Ein Kommentar.

Eine Tragödie! Tote an Österreichs Grenzen! Aufschrei von Medien und Politik. Und gleichzeitig Panikmache, mehr Restriktionen. Neue Zäune werden errichtet, Menschen kriminalisiert, weil sie helfen. Europa will sich noch mehr abschotten. Die Ausbeutung, begonnen vor Jahrhunderten, ist nicht zu Ende. Dass Leute aus allen Gegenden der Welt u.a. nach Europa aufbrechen, weil sie sich dort ein sicheres oder besseres Leben erhoffen, ist eine logische Konsequenz von Ausbeutung und Unterdrückung. Viele riskieren dabei ihr Leben. Oder werden unterwegs aufgehalten, interniert. Insbesondere Frauen und Kinder sind besonderen Gefahren und Übergriffen ausgesetzt.

Der Weg ist lang, doch das Ziel ist klar: Europa muss sich öffnen! Es ist an der Zeit, Kolonialismus und Unterdrückung zu beenden. Es ist an der Zeit, die Zäune nieder zu reißen. Es ist an der Zeit für Gerechtigkeit.

Wir wissen bescheid über die zehntausenden Menschen, die auf dem langen Weg ihren Tod fanden, wir wissen bescheid über die Methoden der Behörden in Europa, die alles daran setzen, damit noch mehr Menschen ihr Leben verlieren. Da dies mit Vorsatz geschieht, müssen es sich die Verantwortlichen gefallen lassen, als Mörder_innen bezeichnet zu werden.

Vor etwa vier Monaten, als die Meldungen über die Toten im Mittelmeer von Europas Politiker_innen dazu genutzt wurden, neue Abschottungsmaßnahmen zu installieren - bis hin zu Überlegungen über einen militärischen

Einsatz gegen Flüchtlingsboote - haben wir :: in einem Artikel festgehalten (no-racism.net/article/4727, siehe Seite 25): *"Die einzige Möglichkeit, das Sterben zu beenden, ist die sofortige Abschaffung des Visaregimes. Nur so haben Menschen die Möglichkeit, auf offiziellem Wege in Europa einzureisen und sind nicht auf heimliche und gefährliche Wege angewiesen."*

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nur dass mittlerweile ins Bewusstsein gedrungen ist, dass nicht nur an den Außengrenzen und im Mittelmeer Menschen sterben, sondern selbst vor der eigenen Haustüre, wie zuletzt im Burgenland. [Zur Erinnerung: Gemeint sind die 71 Toten, die am 27. August 2015 in einem KühllKW auf der Autobahn bei Parndorf gefunden wurden].

Wir wissen, dass jene, die Europa erreichen, keinesfalls sicher sind. Der Weg durch Europa ist gefährlich, seit mindestens zwei Jahrzehnten wird darauf hingewiesen, wie viele Menschen im Inneren der Festung sterben. Ihr Blut klebt an den Händen der europäischen Schreibtischtäter_innen. Es ist nicht nur der braune Mob, der wie dieser Tage u.a. in Deutschland wütet, nein! Es sind Politiker_innen und Beamte, Polizist_innen und Firmen, deren skrupelloses Agieren angeprangert werden muss. Sie alle tragen die Verantwortung für die Toten wie zuletzt im Burgenland.

Diese Rassist_innen, die sich vom braunen Mob abgrenzen wollen, sind oft Heuchler_innen. Sie geben vor, den Menschen auf der Flucht helfen zu wollen, doch gleichzeitig wollen sie für sich das Recht in Anspruch nehmen, zu entscheiden, wer das Recht auf Flucht hat und wer nicht. Doch sollten sie nicht vergessen: **Alle Menschen haben das Recht zu fliehen! Alle Menschen haben das Recht zu migrieren!**

Die Kriminalisierung von Migration geht dabei einher mit der Kriminalisierung von Fluchthilfe. Fluchthelfer_innen werden als geldgierige Verbrecher_innen dargestellt, denen nichts am

Wohle ihrer Kund_innen liege. Doch in Wahrheit sind die meisten Fluchthelfer_innen Menschen, die ihren eigenen Angehörigen, Freund_innen oder Bekannten helfen, ein Stück des langen und mühsamen Weges zu gehen. Und klar, dort wo Dienstleistungen nachgefragt werden, weil die Hindernisse der Reise nicht so einfach überwunden werden können, dort werden sich Menschen finden, die für diese Dienstleistungen Geld verlangen. Dies ist nun mal die Logik des Kapitalismus.

Seit dem Fall des "Eisernen Vorhanges" werden Fluchthelfer_innen mehr und mehr kriminalisiert. Die logische Konsequenz dessen ist, dass das Risiko steigt. Es gilt, die Kontrollen zu umgehen. Das Ziel der Menschen auf der langen Reise nach Europa ist: Anzukommen! Und für viele gibt es dabei keinen Weg zurück. Sie haben keine Wahl, als sich den Gefahren auszusetzen.

Nachdem ich von den 71 Toten im KühllKW im Burgenland hörte, sprach ich mit einem Freund darüber. Ich fragte ihn, was er wohl machen würde, wenn er die Wahl hätte, als 71. Passagier in den bereits überfüllten LKW zu steigen. Ohne viel nachzudenken antwortete er: "Na klar, ich würde einsteigen!" Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, das Ziel zu erreichen, sind Menschen oft gewillt, Risiken auf sich zu nehmen. Auch wenn sie wissen, dass es ihre letzte Reise sein kann!

Dies gilt sowohl für Menschen, die vor Terrorregimen fliehen, wie für Menschen, die der Armut oder einem Leben ohne Perspektiven und Zukunftschancen entkommen wollen. Sie haben ein Ziel vor Augen, und setzen alles daran, dieses zu erreichen. Daran sollten wir denken! Wir sollten all die Menschen nicht vergessen, die es zwar geschafft haben, in Europa anzukommen, aber hier keinesfalls sicher sind. Überall lauert die Gefahr: Kontrolliert zu werden, interniert zu werden, abgeschoben zu werden, oder auch immer öfter von Nazis gejagt zu werden. Und diese Gefahren sind real, denn Menschen, denen jegliche Rechte genommen werden,

haben keine Rechte. Und: **Keine Rechte zu haben bedeutet letztendlich, keine Menschenrechte zu haben.** Menschenrechte, die angeblich so eng verbunden sind mit Europa. Wo sind sie geblieben? Für wen gelten sie?

Nun gehen vielerorts unzählige Menschen auf die Straßen, um ihre Solidarität mit Geflüchteten bzw. teilweise auch mit Migrant_innen auszudrücken. :: Mehr als 20.000 waren es zuletzt in Wien (siehe Seite 13). Sie versuch(t)en, ihre Empörung über den rassistischen Wahnsinn los zu werden - und werden großteils wohl bald wieder zu ihrem Alltag übergehen. Dies sagt die Erfahrung aus mehr als 20 Jahren Widerstand gegen (staatlichen) Rassismus. Ich hoffe, ich irre mich zumindest dieses eine Mal.

Denn es gibt nach wie vor viel zu tun. Menschen, die sich in Europa Sicherheit erhoffen, sind oft mit Isolation und Ausgrenzung konfrontiert. Für viele ist es schwer, Freund_innen zu finden, die ihnen helfen, ein neues Leben aufzubauen. Denn wie wir wissen, sind die staatlichen Organe meist nicht bereit, hier entsprechende Unterstützung zu leisten. Politiker_innen aller Couleur sind meist nicht am Wohle von Flüchtlingen und Migrant_innen interessiert. Sonst würden sie keine neuen Gefängnisse und Internierungslager errichten, sondern den Menschen tatsächliche Hilfe anbieten. Sie würden sie nicht in verlassenen Pensionen in verödeten Gegenden unterbringen, dort wohin sich oft nicht mal mehr Tourist_innen verirren.

Menschen, die isoliert werden, die ausgegrenzt sind vom sozialen Leben, sind oft Angriffsziel von Rassist_innen. Das ist bekannt und kann nicht geleugnet werden. Warum also wird dies gemacht? Warum werden Menschen, die eine gefährliche und anstrengende Reise hinter sich haben, derart behandelt - und dies oft über viele Jahre hinweg? Weil die Verantwortlichen kein Interesse an ihrem Wohl haben? Sie nicht willkommen heißen wollen? **Um so wichtiger erscheint es, Flüchtlinge und Migrant_innen willkommen zu heißen, ihnen offen gegenüber zu stehen und die Isolation zu durch-**

brechen. Nur so kann dem alltäglichen Rassismus letztendlich entgegnet werden.

Ich erinnere mich zurück, vor etlichen Jahren in München auf einer Veranstaltung im Rahmen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen. In seinem Vortrag fragte ein Flüchtlingsaktivist die anwesenden Unterstützer_innen: Wer von euch hat einen Flüchtling als Freund_in? Schweigen herrschte im Saal. Damals war ich mit dieser Frage noch überfordert, wusste nicht, was ich antworten sollte. Nach all den Jahren, in denen ich immer wieder über diese Frage nachgedacht habe, kann ich nur sagen: Wenn wir nicht bereit sind, Menschen als unsere Freund_innen wahrzunehmen, sondern sie lediglich als bemitleidenswerte, bedauernswerte Wesen sehen, die unsere Hilfe benötigen, werden wir die Isolation nicht

durchbrechen können. Nur dann, wenn wir unsere Kämpfe verbinden, egal ob in Lagern wie Traiskirchen oder in den Bergen Kärntens oder Tirols, egal ob mit den alltäglichen Hungerstreiks in den Wiener Schubhäftn: Überall kämpfen Menschen dafür, als Menschen behandelt zu werden. Kämpfen für ein sicheres Leben. Unterstützen wir sie dabei! Durchbrechen wir die Isolation. Durchbrechen wir die Gefängnismauern. Öffnen wir die Grenzen.

Einmal auf einer Demo gewesen zu sein, egal ob als eine_r von 200 oder als eine_r von 20.000, beruhigt vielleicht das eigene Gewissen, es ändert aber nichts am rassistischen System Europa. Dieses gilt es zu Fall zu bringen.

Und vergessen wir dabei nicht: **Wer hier ist, ist von hier!**



Öffnen wir die Grenzen! Der Zaun muss weg!

07. Sep 2015, no-racism.net/article/4831

Es gibt Situationen, in denen eine Utopie Realität werden kann. Dann, wenn wir die Gelegenheit nutzen, die uns der Augenblick gibt. Und so ist es gelungen, in Zeiten der Kriminalisierung von Fluchthilfe, eben diese praktisch werden zu lassen.

Die Welt blickt nach Europa. Diesmal sind es nicht die Meldungen über tausende Tote Menschen an den :: Grenzen (no-racism.net/rubrik/45) und im :: Mittelmeer (no-racism.net/thema/38). Diesmal ist es praktische Solidarität, die sichtbar wird. Nachdem Flüchtlinge und Migrant_innen seit Jahren für ihre Bewegungsfreiheit kämpfen, an vielen Orten innerhalb wie außerhalb Europas versuchen, die errichteten Hürden zu überwinden, wandern derzeit Tausende quer durch Europa. Ganz offen auf der Autobahn, in Zügen, und: Sie werden mitgenommen. Viele Leute haben in den vergangenen Tagen beschlossen, das umzusetzen, was seit Jahren gefordert wird: Bewegungs- und Bleibefreiheit. Menschen zu helfen, einen sicheren Ort zum Leben zu finden. Oder einfach, das gewünschte Ziel zu erreichen.

Dass diese breite Solidarität zustande kam, ist denen selbst zu verdanken, denen nun geholfen wird, ein Stück ihres Weges zu gehen. Sie hatten tagelang in Budapest, aber auch an vielen anderen Orten, für ihre Weiterreise gekämpft. Die Dynamik wurde sicher dadurch begünstigt, dass :: Deutschland (no-racism.net/thema/73) die :: Dublin III Regelung (no-racism.net/thema/36 bzw. Seite 14) für Flüchtlinge aus Syrien (und eben nur aus diesem Land!) aufgehoben hatte. Dies bedeutet, dass alle syrischen Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, das Recht haben, dort einen Asylantrag zu stellen. Nicht mehr und nicht weniger. Und eben dieses Recht wird in Europa sukzessive beschnitten.

Dagegen regt sich seit vielen Jahren Widerstand. Vielerorts wurden Erfahrungen gesammelt - zunehmend auch in praktischer Solidarität. Als Beispiele können hier das :: Watch the Med Alarm Phone (no-racism.net/article/4748) gegen das Sterben im Mittelmeer oder :: Calais (no-racism.net/thema/70) genannt werden, wo seit dem :: Nobordercamp (no-racism.net/rubrik/402) im Juni 2009 :: Aktivist_innen vor Ort (calaismigrantsolidarity.wordpress.com) sind. Sie unterstützen die Leute in den besetzten Häusern und 'Jungels' so gut wie möglich und dokumentieren die massive Polizeigewalt. In der Kampagne :: 'Ich bin Fluchthelfer_in' (no-racism.net/article/4795) wurde angeregt, über Fluchthilfe nachzudenken und es gab Tipps für den Fall praktischer Umsetzung.

Immer wieder entstanden und entstehen Situationen, aus denen sich praktische antirassistische Solidarität entwickelt. Und meist geht die Initiative von jenen aus, denen die Reise- bzw. Aufenthaltsfreiheit genommen oder beschnitten wird. So wie eben jetzt, wo sich europaweit Zehntausende Menschen solidarisch erklären. Dabei geht es nicht nur um Sachspenden oder der Beteiligung an Demonstrationen, sondern um einen persönlichen Einsatz, eine Erfahrung, endlich mal was gegen den ausufernden :: staatlichen Rassismus (no-racism.net/rubrik/103) tun zu können.

Die öffentlichen Diskussionen, ob es aus rechtlicher Sicht ratsam ist, sich an einem privaten Flüchtlingskonvoi zu beteiligen, konnten die Aktivist_innen nicht beeindrucken. Und: In der Zwischenzeit hatten viele von sich aus die Initiative gestartet und machten sich auf den Weg, um Menschen bei der Ein- und Weiterreise zu helfen. Eine der Organisator_innen eines Konvois stellte :: am Vorabend der gemeinsamen Abfahrt (no-racism.net/article/4820) von Wien noch mal fest:



"Wir fahren morgen pünktlich um 11 Uhr im Konvoi los zur Grenze in Nickelsdorf, sammeln uns dort und machen um 12 Uhr ein Hupkonzert, um gegen die menschenverachtende Dublin-Verordnung zu protestieren und die Flüchtlinge willkommen zu heißen. (...) Wir werden die Flüchtlinge mitnehmen und sie sicher nach Wien bringen. Wir haben auch keine Angst mehr vor juristischer Verfolgung, weil sich die politische Lage über Nacht offensichtlich verändert hat."

Mittlerweile sind viele Leute unterwegs, um an verschiedensten Orten Menschen ein Stück ihres Fluchtweges zu begleiten. Und weitere Menschen planen, sich schon morgen auf den Weg zu machen. Einer der Organisator_innen des Konvois fragte gegenüber der internationalen Presse, warum sie gestoppt werden sollten, wenn es sogar die politische Entscheidung gibt, Menschen von Ungarn nach Österreich einreisen zu lassen. *"Das Risiko, dass wir auf uns nehmen ist relativ klein gegenüber dem, was die Flüchtlinge durchmachen müssen."*

Trotz aller Erfolge und einer zumindest vorübergehend erfreulichen Entwicklung dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass nach wie vor viele Zäune und Mauern Europa umgeben - und ständig neue errichtet werden. Während sich Leute aus verschiedensten Ländern Europas aufmachen, um eine Flucht zu begleiten, werden an den Außengrenzen der EU ebenso wie an den vorverlagerten Grenzen Europas in Afrika und Asien nach wie vor unzählige Menschen an der Weiterreise gehindert. Erst heute wurde wieder ein Zug mit 1000 Flüchtlingen in Serbien an der Grenze zu Ungarn angehalten. Abertausende Menschen werden an unzähligen Orten in Europa festgehalten bzw. eingesperrt. Ihnen werden die fundamentalen Rechte entzogen. Es sind Zäune und Mauern, die die Menschen trennen!

Es ist an der Zeit, diese Zäune abzubauen, den "Stacheldraht in Altmetall" zu verwandeln, wie auf einer Demonstration in Wien (no-racism.net/article/4827) gefordert. Sei es an der Grenze zwischen :: Ungarn (no-racism.net/thema/131) und Serbien, oder jener zwischen :: Bulgarien (no-racism.net/thema/128) und der Türkei. Oder am Tor des Eurotunnels nach :: Großbritannien (no-racism.net/thema/42) in Calais. Oder an den Häfen in :: Griechenland (no-racism.net/thema/114), wo sich Schiffe nach :: Italien (no-racism.net/thema/119) aufmachen. Im Osten Polens. Oder rund um die :: spanischen (no-racism.net/thema/37) Enklaven Ceuta und Melilla im Norden :: Marokkos (no-racism.net/thema/115). Selbst viele der :: Unterkünfte, in denen Menschen ihr Asylverfahren abwarten (no-racism.net/rubrik/104), sind von Stacheldraht umgeben oder liegen isoliert auf einem Berg oder im Wald. Oder die vielen Internierungslager und :: Gefängnisse für Flüchtlinge und Migrant_innen (no-racism.net/rubrik/142) überall in und :: um Europa (no-racism.net/thema/39).

All diese Orte sind :: Orte des Aufstandes (no-racism.net/rubrik/75) gegen eine "Festung Europa", die umgeben ist von Mauern und Zäunen.

Es ist an der Zeit, nicht nur daran zu rütteln: Der Zaun muss weg! Wir haben noch viel zu tun...



Mitgefühl ist wichtig, einen Wandel bringen aber nur verlässliche Rechte für Geflüchtete

Ein Artikel von Stop Deportation Vienna.

07. Sep 2015, no-racism.net/article/48353

Es war ein starkes Signal: 20.000 Menschen nahmen am 31.08.2015 in Wien an einer Demonstration gegen die Missstände im Erstaufnahmehotel Traiskirchen teil, um ein Zeichen zu setzen: Flüchtlinge sind hier willkommen! Das sind um ein Vielfaches mehr Menschen als gewöhnlich zu diesem Thema auf die Straße gehen. Das ist ermutigend und lässt hoffen.

Ebenso die vielen freiwilligen Helfenden aus der Zivilgesellschaft, die in den letzten Tagen private finanzielle und praktische Unterstützung z.B. an den Bahnhöfen leisten, um geflüchteten Menschen die Weiterfahrt zu erleichtern. Ein Großteil der freiwilligen Helfer*innen am Hauptbahnhof und Westbahnhof, wie auch in Traiskirchen, sind Privatpersonen und Aktivist*innen. Sie ermöglichen eine grundlegende Versorgung der Geflüchteten. Die große Bereitschaft vieler Menschen Fluchthilfe aus Ungarn zu leisten, und sich dabei über Gesetze hinwegzusetzen, ist ebenfalls ein Zeichen praktischer Solidarität gegen die Zustände, die das europäische Migrationsregime hervorbringt.

Seit Jahren sterben Menschen als direkte Folge der europäischen Grenzpolitik. Aber nach den Nachrichten über die 71 Toten auf der Westautobahn und den Bildern des toten Kindes aus Syrien, welches in Bodrum am Strand angespült wurde, nach dem "March of Hope", bei dem etwa tausend Geflüchtete sich von Budapest zu Fuß auf der Autobahn Richtung Österreich aufgemacht haben, könnte der Diskurs in den europäischen Staaten an einem Wendepunkt angelangt sein.

Für einen Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik reicht es allerdings nicht aus, betroffen zu sein und Mitgefühl zu zeigen. Es ist nicht genug, Menschlichkeit anzumahnen und aus Mitleid "helfen zu wollen". Und es reicht auch nicht, für einen kurzen Moment die Einreise zu erlauben, solange die Geflüchteten ins Nachbarland durchgewunken werden können. Für einen wirklichen Wendepunkt bedarf es der Anerkennung und Durchsetzung des Rechts auf Asyl für alle Geflüchteten. Dabei handelt es sich nicht um spontane Entscheidungen, einigen armen, geschwächten Geflüchteten Schutz zu gewähren, so lange es sich um Bürgerkriegsflüchtlinge handelt, süße Kinder darunter sind und alle Dankbarkeit zeigen. Beim Konzept von Asyl handelt es sich um ein Recht. Dieses Recht gilt nicht nur für ein Wochenende wenn es gerade politisch günstig ist, sondern es ist verlässlich und gilt unbegrenzt. Auch wenn die Zahlen der Asylanträge steigen. Ohne Kompromiss. Und für Menschen aus allen Ländern.

Das Dublin Abkommen hindert Geflüchteten daran, z.B. aus Ungarn in andere Länder zu fliehen. Es sieht vor, dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in welchem die EU erstmals betreten worden ist. Diese Regelung schützt die Interessen der reichen Länder in Nord- und Zentraleuropa, darunter Deutschland und Österreich. Dies passiert auf Kosten der Geflüchteten und den Ländern an den EU-Außengrenzen. Im Abkommen wird angenommen, dass es keinen Unterschied für die Anerkennung als Flüchtling macht, in welchem Land Asyl beantragt wird. Dies widerspricht der Realität. Wie in den letzten Tagen auf Bildern und in Videos deutlich geworden ist, macht es einen klaren Un-

terschied, ob eine geflüchtete Person in einem vom Rechtspopulisten Orban regierten Ungarn lebt, wo mit Schlagstöcken gegen Migrierende vorgegangen wird, wo Geflüchtete in Käfige gesperrt werden und die Versorgung kollabiert. Wo sie mit einem hochgerüsteten Zaun vom Zutritt abgehalten werden sollen und der Gefahr einer Abschiebung nach Serbien ausgesetzt sind. Damit zeigt die Orban-Regierung in aller Härte, welche Gefahr Rechtspopulismus praktisch für die Geflüchteten bedeutet. Das gleiche Riskieren der Leben von Migrierenden findet täglich am Tunnel von Calais-Dover, im Mittelmeer und durch Abschiebungen statt.

Flüchtlingssolidarische Demonstrationen können jetzt genau hier ansetzen: Beim Krieg gegen Flüchtlinge, getarnt als Krieg gegen Schlepper*innen, einhergehend mit einer neuerlichen Aufrüstung der Kriegsmarine im Mittelmeer. Bei dem Zaun in Ungarn in Verbindung mit einer Rechtsprechung, welche Flüchtlinge durch Abschiebungen, Illegalisierung und das Lagersystem keinen Schutz und keine Sicherheit gewährt und bei rechtsmotivierten Übergriffen wegsieht.

Keine geflüchtete Person müsste in Gummiboot oder fensterlosen LKW einreisen und dabei sterben, wenn die Einreise legal möglich wäre. Die Einreise wird durch Gesetze illegal gemacht. Die Toten sind von der EU Grenzpolitik selbstverschuldet. Sie können verhindert werden.

Gelder, die gegen Flüchtlinge eingesetzt werden, könnten stattdessen

FÜR diese verwendet werden und ihnen ein sicheres, menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Kapazitäten und Bereitschaft sind in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Rechte wie das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle müssen jetzt dringend eingefordert werden. Es bedarf nun der politischen Entscheidung für eine menschliche Flüchtlingspolitik.

Dublin III ist brüchig geworden, das wird in diesen Tagen deutlich. Dass die Verordnung derzeit faktisch an immer mehr Stellen außer Kraft gesetzt wurde, ist auf kontinuierliche Kämpfe von Geflüchteten, Aktivist*innen, Anwält*innen, Abschiebestopps usw. zurückzuführen. Die aktuellen Geschehnisse können eine historische Veränderung bewirken - die Abschaffung der Verordnung. Daher ist gerade jetzt Jede*r gefragt, sich zu informieren (1), gemeinsam aktiv zu werden, politisch Druck zu machen, auf die Straße zu gehen, Rechte einzufordern und für eine notwendige Veränderung zu kämpfen, denn dieser Moment hat das Potenzial, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik durchzusetzen!

Bewegungsfreiheit für Alle!
No Border - No Nation!

Stop Deportation Vienna
:: stopdeportationsvienna.noblogs.org

Anmerkung:

1) Weitere Informationen z.B. hier:
:: menschliche-asyllpolitik.at
:: bordermonitoring.eu
:: no-racism.net
:: proasyl.de

Was ist Dublin III?

"Die Dublin-Verordnung gilt in allen EU-Staaten, Norwegen, Island und der Schweiz und wurde auf Druck der starken Staaten wie Deutschland und Frankreich durchgesetzt. Die Zuständigkeitsregelungen sehen im Kern vor, dass der Asylantrag eines Flüchtlings nur in dem Land bearbeitet wird, das die Einreise eines Flüchtlings ins 'Dublin-Gebiet' zugelassen hat.

Als Beleg dafür gilt die Erteilung eines Visums, die Speicherung in der europäischen Fingerabdruckdatei Eurodac oder die Stellung eines Asylantrags, gegebenenfalls aber auch eine Rechnung oder ein Flugticket. Unbegleitete Minderjährige haben ausdrücklich das Recht, zu ihrer Familie zu gehen oder dort aufgenommen zu werden, wo sie sich aufhalten.

Das Dublin-System hat den Aufbau einer riesigen Bürokratie zur Folge, die eine Verschiebung von Asylsuchenden kreuz und quer durch Europa organisiert. Da der Großteil der Betroffenen über die ärmeren Staaten am geografischen Rande Europas einreist, liegt die Zuständigkeit für eine Asylprüfung oft bei diesen Staaten. Es kommt zu immer mehr Abschiebungen von Asylsuchenden aus Deutschland - auch in Länder, in denen ein faires Asylverfahren nicht zu erwarten ist, wo Asylsuchende inhaftiert werden oder keine menschenwürdigen Existenzbedingungen vorfinden."

Info laut :: proasyl.de

REFUGEEES
WELCOME!



Refugeeeeeees

Anstoss zu einem Diskurs

von Andreas Goerg

09. Sep 2015, no-racism.net/article/4844

Von der Krise zum Paradigmenwechsel

Dieser Tage liegt so etwas wie soziale Bewegung in der Luft. An Bahnhöfen findet sie ihre Kulminationspunkte. Viele wollen weiterziehen, viele wollen helfen. Spontan werden Transporte und Grundversorgung für Flüchtlinge organisiert. Fernseheteams aus aller Welt wollen das zeigen. Die österreichische Polizei leistet vorbildliche Arbeit. Es geht offenbar auch ganz anders als bisher. Es werden Fakten geschaffen, die sich in das kollektive Gedächtnis einbrennen. Wunderbar. Die Dublin-Abkommen sind de facto außer Kraft. Wahnsinn. Tage der Bewegungsfreiheit. Jubel. Refugees machen Geschichte. Und wir unterstützen dabei. So soll es sein.... Aber wie soll es weitergehen?

Unerträglichkeit

Grenzregime und Asylsystem sind aufgrund der deutlich gestiegenen Anzahl an Refugees in der bestehenden Form nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das hat Frontex höchstselbst den Verantwortlichen schon vor Jahren prophezeit. Nun ist die alte politische Elite verunsichert, in den Widersprüchen gefangen, die das System produziert hat, das sie jahrelang bis zur absehbaren Sollbruchstelle aufrechterhalten haben. Nun bricht es. Es bricht, weil zu den Verantwortlichen durchgedrungen ist, dass das Grenzregime mörderisch ist. Wegen den 71 in Parndorf ersticken Menschen sitzen die politischen Entscheidungsträger_innen in der Kirche und lassen sich vom Kardinal sagen, dass das unerträglich ist. Das spüren sie auch selbst. Die meisten Menschen in politischen Führungspositionen sind keine Nazis. Sie wollen nicht als Schreibtischtäter_innen in die Geschichte eingehen. Eine weitere Verschärfung des ohnehin schon unerträglichen Grenzregimes mittels Zäunen und Schießbefehl fühlt sich für sie nicht richtig an. Sie wissen genau:

Es müsste ein grausamer Krieg gegen Flüchtlinge geführt werden, damit der Schrecken in Europa die Perspektivenlosigkeit in den Flüchtlingslagern anderswo überwiegt. Blöderweise könnte ein solcher Krieg nicht gut von Medien- und Internetsensur begleitet werden, weil darunter die Abschreckungswirkung leiden würde. Ohne massive Zensur jedoch wäre die eigene Öffentlichkeit nicht ruhig zu halten. Da würden dann auch viele in den eigenen Reihen nicht mitspielen.

Rechtsrutschen

Außerdem ist mittlerweile auch noch etwas anderes nach oben durchgesickert: Das ständige Nachgeben und Vollziehen von Verschärfungen angesichts der rechten Hetze und des virtuellen Stammtischsumpfs führt dazu, dass die rechtsradikalen Parteien Zugewinne verzeichnen. Überall. Selbst Viktor Orban muss sich davor fürchten. Wer Rechtsrutsch betreibt, wird Rechtsruck ernten.

Aus allen diesen Gründen kommt dieser Tage von oben nicht einfach mehr von demselben.

Diskurs entfachen

Aber was ist die Alternative? Wie könnte es weitergehen? Was wäre nicht nur wünschenswert sondern auch irgendwie realistisch? Diese Krise, diese Verunsicherung in der politischen Führung, ist eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen. Wir sollten jetzt einen Diskurs entfachen, die Ratlosigkeit nutzen, um einen Paradigmenwechsel in die Wege zu leiten.

Ausnahmestand

Derzeit - das hat Isolde Charim sehr treffend hervorgehoben - wird ein Ausnahmestand produziert. Ganz bewusst wird die Flüchtlingsproblematik wie eine heiße Kartoffel zwischen den Verantwortlichen hin und hergeschoben. So lange, bis sich irgendwo ein Ausweg findet. Ausnahmestände haben es normalerweise

an sich, dass sie nicht allzu lange anhalten. Der Ausnahmestand, den wir jetzt erleben, droht sich allerdings noch eine Zeit lang hinzuziehen. Denn das Dilemma, in dem sich vor allem das bürgerliche Lager befindet, ist noch lange nicht aufgelöst. Bedeutende Teile der eigenen Wähler_innenschaft möchten nicht mehr Flüchtlinge ins Land lassen. Mit großer Erleichterung stellen diese Menschen nebst ihrer politischen Spitze fest, dass die Syrer_innen eh weiterreisen. Nur ein winziger Bruchteil sucht in Österreich um Asyl an. Solange das so bleibt, ist es für die große Mehrheit ganz OK, dass den Durchreisenden geholfen wird. Österreich ist wieder mal super. Blöderweise löst sich der Skandal in Traiskirchen nicht so schnell auf wie die Menge der Reisenden am Westbahnhof. Je mehr wir auf die Ungarn schimpfen, die uns in dieser kollektiven Geschichte dankenswerterweise die Rolle der Bösen abnehmen, desto peinlicher werden die Zeltlager (und nicht mal Zelte) hierzulande, desto beissender wird die Kritik an Innenministerium und ORS. Der Winter kommt. Hallo.

Politisches Kalkül

Je kälter es wird, desto mehr sollte die heiße Kartoffel abkühlen. Die Mehrheit wird einsehen, dass Zeltlager und Schlafplätze unter freiem Himmel irgendwie doch nicht zumutbar sind. Wieder so eine lästige Unerträglichkeit. Die Politik manövriert sich auch hier mittlerweile ganz bewusst an den Punkt, wo sie getrieben wird, wo es halt nicht mehr anders geht, wo die Verantwortlichen vielleicht nicht so viele Wähler_innenstimmen riskieren, weil sie den Flüchtlingen ja eh nicht entgegenkommen wollten, aber erfrieren lassen wollen sie halt auch nicht, also gnadenhalber ... Das verstehen auch die Dumpfbacken irgendwie. So oder so ähnlich lautet das politische Kalkül hinter den Zelten. Das Problem dabei ist nur, dass die Flüchtlingszahlen weiter steigen werden. Die heiße Kartoffel wird leider brennheiß bleiben.

Drohender Backlash

Wegen der ungewohnt großen Zahl an Flüchtlingen herrscht wohl auch auf unserer Seite Schweigen. Augen zu und durch. Was mit den vielen Menschen passieren soll, ist unklar. Jetzt mal egal. Hauptsache, es bewegt sich was. Das denk ich auch. Aber die Perspektivenlosigkeit sollten wir nicht hinnehmen. Wir sollten darüber diskutieren, wo das alles hinführen kann. Auch mit den Refugees. Andernfalls sind wir nicht davor gefeit, dass es einen massiven Backlash gibt. Wenn Deutschland die Grenzen dicht macht, wird Österreich sofort ebenfalls zu machen. Die Gefahr besteht, dass die politischen Entscheidungsträger_innen auf Dauer keinen anderen Ausweg sehen. Dem müssen wir entgegenwirken.

Langer Vorrede kurzer Sinn

Wir müssen die Alternativen benennen und entsprechende Diskurse in die Bevölkerung tragen, eine demokratische Debatte entfachen. Jetzt. Sonst geht diese Krise schon mittelfristig womöglich voll nach hinten los. Wir müssen das propagieren, was vielleicht als dritte Option statt der gegenwärtigen Kopf-in-den-Sand-Politik und einer drohenden noch viel grausameren Abschottung sein kann. Daher im Folgenden ein paar Gedanken zu einzelnen kleinen und größeren Schritten in Richtung eines Paradigmenwechsels. Sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Kritik und weitere Ideen sind explizit erwünscht. Hauptsache, es wird diskutiert.

Bewegungsfreiheit vor Asyl

Was die Refugees offensichtlich wollen, ist, der Perspektivenlosigkeit in irgendwelchen Auffanglagern in den Grenzgebieten rund um ihre Ex-Heimat zu entkommen. Solange sie denken, dass es irgendwo anders für sie besser sein könnte, werden sie sich auf den Weg machen. Einmal auf Wanderschaft, suchen sie ein gelobtes Land, wo sie die Chance haben, Fuß zu fassen und sich wieder eine Zukunft aufzubauen. Ergo wollen sie nicht in Ländern an den EU-Außengrenzen bleiben, die tief in der Wirtschaftskrise stecken. Und bei uns wollen sie nicht in Auffanglagern landen und jahrelang versauern, während ein Asylverfahren läuft. Daher hat sich

unter ihnen herumgesprochen, dass sie kein Asyl verlangen sollen, zumindest bei uns nicht. Sich nicht registrieren lassen, besser die Bewegungsfreiheit behalten.

Unsinnige Verfahren

Auf gesetzlicher Ebene sollten Asylverfahren und Aufenthaltsort entkoppelt werden. Menschen müssen (nachdem sie ihre Aussage gemacht und ihre Unterlagen geliefert haben) nicht unmittelbar greifbar sein, um dieses Verfahren abzuwickeln. Greifbar müssen sie ja eigentlich nur sein, um sie abschieben zu können. Die behördliche Erfassung von Flüchtlingen ist insgesamt ein Problem. Hier könnte der Staat mal am rechten Fleck sparen und die Menschen einfach in Ruhe lassen wie in den letzten Tagen. Aber wenn schon behördliches Verfahren, dann braucht es neben dem Recht auf Asyl, das auf den Schutz vor politischer Verfolgung abstellt, andere Rechte, die meines Wissens noch nicht mal einen Namen haben. Diese Rechte sollen neue Schutzgründe umfassen, die nicht weltfremd sind, sondern das in Gesetzesform abbilden, was die Menschen tatsächlich antreibt. Vielleicht kann aus der Mischung von physischer Existenzbedrohung und wirtschaftlicher Perspektivenlosigkeit ein Recht konzipiert werden, das zumindest einen vorübergehenden Aufenthalt und einen Zugang zum Arbeitsmarkt erlaubt. Das bestehende Asylrecht geht jedenfalls an der Lebensrealität eines großen Teils der Refugees vorbei. Daher ist es ein Unsinn, die Menschen faktisch zu drängen, Asyl zu verlangen. Die letzten Tage haben bewiesen, dass es auch ganz anders geht. Die Vorstellung, dass allein die 10.000 Menschen, die letzten Samstag gekommen sind, vor die Wahl gestellt werden, entweder in Österreich Asyl zu beantragen oder nach Ungarn zurückgeschoben zu werden, ist doch absurd. Dieser Unsinn muss aufhören. Ebenso in Frage zu stellen ist die Praxis, dass Flüchtlinge nach irgendeinem Schlüssel irgendwohin verteilt werden. Ein Paradigmenwechsel wäre, dass Refugees bei ihrer Suche nach einer neuen Zukunft unterstützt werden, dass es Angebote gibt, über die sie sich informieren können, die sie annehmen können oder weiterwandern, bis sie

etwas finden, das ihnen entspricht. Das System kippt dieser Tage auch deswegen, weil die Verbürokratisierung der Wanderungsbewegung nicht mehr zu machen ist. Und das ist gut. Wir merken, dass es diese behördliche Erfassung gar nicht braucht. Es passiert nix Böses. Das ist mE die wichtigste Lehre aus den letzten Tagen. Das sollten wir trommeln, damit es nicht so schnell vergessen wird.

Privatisierte Grundversorgung

Wenn Refugees kein Asyl verlangen, bekommen sie keine Grundversorgung seitens des Staates. Drauf gepfiffen, zumal der Staat ja peinlicherweise bestenfalls Zelte anbietet. Solange es auch anderswo geschützte Schlafplätze und Leute gibt, die Essen und Kleidung spenden, müssen die Menschen ihre Bewegungsfreiheit nicht für eine unsichere Aussicht auf Asyl aufgeben. Das funktioniert derzeit den Umständen entsprechend super. Wie lange dieser Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten sein wird, hängt von unserer Fähigkeit zur Organisation ab, dazu gleich unten. Es stellt sich allerdings schon die Frage: Wollen wir diese Krise überhaupt auf Dauer mit ehrenamtlicher Arbeit auffangen, wenn gleichzeitig private Unternehmen Flüchtlingsheime mit Gewinn betreiben, 'mit unseren Steuergeldern'. Nein, natürlich nicht. Daher: So wichtig, gut und notwendig die Hilfe ist, sie muss immer verbunden bleiben erstens mit der Kritik am Staat, der das Geld in die falschen Kanäle befördert; und zweitens mit Versuchen, staatliche Gelder für diese Grundversorgung zu erhalten. Wir dürfen den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen/ nicht auf die Ressourcen des Gemeinwesens verzichten.

Ideen zur Organisation

Wie sich in den letzten Tagen gezeigt hat, ist ein sehr großes Potential für ehrenamtliches Engagement für Refugees vorhanden. Die dezentrale Koordination via Websites und Twitter funktioniert soweit. Allerdings gibt es die Sorge, dass das allgemeine Engagement nach dem ersten Hype versiegt und ein paar Leute überbleiben, die dann angesichts der immensen Aufgabe alsbald ins Burnout schlittern. Solange die Politik sich Lösungen verweigert und wir nicht fähig sind, sie zu Lösungen zu drängen, so lange werden die

Initiativen weiterhin ehrenamtlich laufen müssen. Der Schlüssel, um die drohende Überforderung zu verhindern, liegt in einer cleveren dezentral machbaren Arbeitsteilung. Eine Möglichkeit wäre, dass alle Leute, die Sachen spenden oder sich engagieren wollen, dies an oder rund um den Tag im Monat tun, an dem sie Geburtstag haben. Also wenn ich zum Beispiel am 15. August Geburtstag hab, dann tät ich schauen, dass ich jeweils am 15. des Monats oder an angrenzenden Tagen meinen Beitrag zur allgemeinen Flüchtlingsunterstützung leiste. Eine andere Möglichkeit wäre, dass professionelle Hilfskräfte pro Monat eine Art Stundenkonto zur Verfügung stellen, auf das Koordinator_innen zurück greifen können. Wenn z. B. irgendwo eine professionelle Krisenintervention gebraucht wird, sollten geschulte Psycholog_innen zum Einsatz kommen. Aber es sollte nicht immer wieder nur die eine Psychologin um Hilfe gebeten werden, weil sie im allgemeinen Überschwang halt zufällig ihre Telefonnummer hergegeben hat. Mittels dezentraler Arbeitsteilung ließen sich die vielfältigen Unterstützungen ganz leicht gleichmäßig auf einen längeren Zeitraum verteilen, ohne dass jemand über Gebühr in Anspruch genommen wird. Das wird notwendig sein, damit das große Potential an Engagement auch langfristig in größerem Umfang genutzt werden kann.

Subventionierte Projektarbeit

Aus dem allgemeinen Engagement kann das eine oder andere staatlich subventionierte Projekt wachsen. Unschlagbar billig - und der Staat ist bei seinen Ausgaben zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet - könnten solche Projekte für den Staat werden, wenn Schlafplatzbörsen und Couchsurfing für Flüchtlinge im großen Stil organisiert werden. Dazu gibt es große Bereitschaft in der Bevölkerung. Gratis-Schlafplätze werden wir in nächster Zeit verstärkt brauchen. Auch das wird sich zunächst ehrenamtlich entwickeln und lässt sich später eventuell in subventionierte Projekte überführen. In solchen Projekten sollten zu einem überwiegenden Teil Flüchtlinge selbst arbeiten. Nämlich jene, die in Österreich bleiben wollen. Eine sofortige Öffnung des Arbeitsmarktes für Flüchtlinge in Flüchtlingsprojekten, Unterkünten und Lagern wäre etwas, das schnell

und ohne viel politischen Widerstand durchsetzbar sein müsste. Dieser kleine Schritt könnte der Diskussion um die generelle Arbeitsmarktöffnung vielleicht einen neuen Spin geben.

Wirtschaftliche Selbständigkeit

Das führt mich gleich zum nächsten Punkt: Egal, wie dreckig es den Flüchtlingen im Moment geht, langfristig suchen und brauchen sie eine ökonomische Perspektive. Nun stecken auch die reichen Länder in einer schleichenen Wirtschaftskrise. In Zeiten großen Wachstums wäre der Zustrom auch von ein paar hunderttausend Menschen kein besonderes Thema/ nur für die Angstbeisser_innen von der Anti-Umvolkungsfraktion. Aber in der Krise? Wenn es nicht gelingt, dass die Refugees wirtschaftlich auf eigene Beine kommen, verlagert sich das Elend nur. Dann entsteht eine starke Tendenz, dass das passiert, was die Rassist_innen den Flüchtlingen als biologisch/ kulturell veranlagt von vornherein unterstellen. Wenn es zuwenige Jobs gibt, ist die Öffnung des Arbeitsmarktes nur ein Teil der Lösung, Ergänzend wäre es wichtig, die Bewegungsfreiheit zu erhalten. Wenn die Leute keinen Job finden, sollen sie ohne bürokratische Hürden weiter ziehen können. Das ist nämlich bei allen Nachteilen, die sie als Neuankömmlinge auf einem Arbeitsmarkt haben, ein nicht unwesentlicher Wettbewerbsvorteil: Sie sind zumeist mobiler als die einheimische Bevölkerung. Diese Mobilität wird angesichts der wirtschaftlichen Umstände zwar keine volle Lösung des Problems bringen. Aber die bürokratische Bindung der Menschen an einem Dublinbestimmten Aufenthaltsort ist jedenfalls kontraproduktiv für alle Beteiligten und sollte endlich auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

Lohndumping unterbinden

Parallel dazu muss der Gefahr des Lohndumpings entgegengewirkt werden. Menschen, die nix haben, für die wenig viel ist, sind in massiver Gefahr, übermäßig ausgebeutet zu werden. Da ist mE wieder der Staat gefragt. Arbeitgebende, die unter einem bestimmten Mindestlohn zahlen, sollen so hohe Geldstrafen ausfassen, dass sich solche Praktiken absolut nicht rentieren. Auch dieser Vorschlag sollte eigentlich

mehrheitsfähig sein und wird die notwendige Öffnung des Arbeitsmarktes begleiten müssen.

Kriegsgewinne besteuern

Propagandistisch interessant wäre vielleicht auch eine Kriegsgewinnsteuer. Zu Zeiten des Iran-Irak-Krieges wurde am Flughafen Schwechat einmal wöchentlich eine irakische und eine iranische Militärmaschine mit Hirtenberger-Patronen beladen. Die Flugzeuge haben laut Augenzeug_innen sogar nebeneinander geparkt. Wirklich absurd. Ob heute noch Waffen aus Österreich in Kriegsgebiete geliefert werden, bezweifle ich zwar, aber es gibt sicher größere Unternehmen, die in Österreich gute und in Kriegsgebieten dreckige Geschäfte machen. Vielleicht kann das mal jemand genauer recherchieren. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum die Kosten des Krieges der Allgemeinheit aufgebürdet werden, während Gewinne privatisiert werden. Diese Gewinne sollten den Refugees zugute kommen.

Geld für Abschiebungen umwidmen

Weitere Maßnahmen der wirtschaftlichen Starthilfe insbesondere im Berufsbildungsbereich könnten locker finanziert werden, wenn nicht mehr in Abschiebungen und Grenzsicherung investiert wird. Angesichts der Flüchtlingszahlen wird das Abschieben noch viel absurder, als es schon bisher war. Vollkommen unsinnig. Definitiv menschenrechtswidrig. Und für alle, die vorwiegend in ökonomischen Kategorien denken: Pure Geldverschwendung. Schluss damit! Statt dessen Bildungsgutscheine an jene verteilen, die in Österreich bleiben wollen. Ob es dann Sprachkurse werden oder irgendetwas anderes, das die Menschen weiterbringt, sollen sie selbst entscheiden.

Trotz aller Verunsicherung wird sich bei den politisch Verantwortlichen so schnell nichts ändern. Ein Paradigmenwechsel wird sich v.a. daran zeigen, wohin in den kommenden Jahren die staatlichen Gelder fließen. Ein Umschwung wird nicht von heute auf morgen passieren. Politik bleibt ein Bohren von harten Brettern. Aber solange wir wissen, wo wir ungefähr hinwollen, bekommt das Engagement eine zusätzliche politische Sinnhaftigkeit.

Zweiter Teil: Widerstand gegen Abschiebungen

Afghanische Geflüchtete fordern Gerechtigkeit und Abschiebestopp



Erklärung der afghanischen Geflüchteten zum Wiener Refugee-Protestcamp vom 24.–28. August 2017.

01. Sep 2017, no-racism.net/article/5235

Als Antwort gegen die fortgesetzten Abschiebungen sind afghanische Geflüchtete in Österreich mit einer Protestkampagne an die Öffentlichkeit getreten. Auftakt war ein 4-tägiges Camp im Wiener Sigmund Freud Park vom 25. bis 28. August 2017.

Wir afghanischen Geflüchteten möchten auf die lebensgefährliche Situation in Afghanistan aufmerksam machen und haben diesbezüglich folgende Forderungen an die österreichische Regierung:

1) Wir wollen einen **SOFORTIGEN Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan.**

Das Abkommen zwischen der Regierung Afghanistans und der EU müssen gestoppt werden - dieses ist eine völlige Missachtung grundlegender Menschenrechte. Afghanistan ist nicht sicher, das beweisen die täglichen Meldungen über Anschläge in den Medien. Wir fordern von der österreichischen Regierung, dass sie die zahlreichen offiziellen Berichte, wie von UNAMA oder Amnesty International ernstnimmt, sie den Anstieg der Todeszahlen durch Selbstmordattentate, Bombenexplosionen und gewalttätige Angriffe bei der Entscheidung über Asylanträge berücksichtigt und auf Grundlage dessen die Sicherheitslage in Afghanistan neu

bewertet. Auch die UNHCR Richtlinien für Afghanistan unterstreichen, dass in Afghanistan keine Region - und hiermit auch keine Großstadt - auf Grund der prekären Sicherheitslage und ihrer stetigen Verschlechterung als sicher gelten kann.

2) Keine Entscheidungen mehr auf Grundlage von einseitigen Expertisen.

Die Österreichischen Behörden verleihen einzelnen Gutachten über die Situation in Afghanistan mehr Gewicht, als denen von renommierten internationalen Organisationen und ExpertInnen. Daher werden Asylanträge afghanischer Geflüchteter oft auf Grundlage von veralteten oder beschönigenden Informationen abgelehnt und die Geflüchteten erneut der Gefahr ausgeliefert. Das von uns kritisierte Gutachten Mahringers geht von einer sicheren Rückkehr für afghanische Geflüchtete in die Großstädte - besonders nach Kabul - aus. Die Realität ist aber eine andere. Zahlreiche Anschläge, staatliche Korruption, sowie landesweite Verfolgung durch Aufständische, machen ein Überleben in Kabul für abgeschobene Geflüchtete unmöglich. Unterkunft, Infrastruktur und Arbeit, aber besonders Sicherheit oder der Rückgriff auf soziale Netzwerke als Unterstützung, sind nicht vorhanden. Die Gefahr von Anschlägen und die Drohungen durch die Taliban und die ISIS, die in Afghanistan herrschen - und die auf dem Parkett der internationalen Politik ge-

fürchtet und viel diskutiert werden - sind real und machen das Leben in Afghanistan zu einen Überlebenskampf. Die meisten Abschiebungen von Österreich nach Afghanistan werden auf der Grundlage falscher beziehungsweise inaktueller Informationen vollzogen.

3) Wir fordern faire Asylverfahren,

die von kompetenten, unabhängigen und unvoreingenommenen DolmetscherInnen begleitet werden, sowie Zugang zu ausreichend qualifizierter Rechtsberatung und verständlichen rechtlichen Informationen von Beginn an bis zum Ende unserer Asylverfahren. Zudem wünschen wir uns gleichberechtigten Zugang zu Integration und hiermit zu den öffentlichen Schulen - auch für geflüchtete Jugendliche, die das fünfzehnte Lebensjahr bereits erreicht haben. Wir fordern die Anerkennung afghanischer Geflüchteter in Österreich ohne Diskriminierung.

Eine Analyse und ein genauer Bericht der Forderungen (auf englisch) findet sich unter :: no-racism.net/article/5236.

Wir setzen unseren Protest fort, bis die Abschiebungen gestoppt werden!

Rückfragehinweis:
Afghanischen Geflüchteten beim Wiener Refugee-Protestcamp 2017
refugees.wien@gmail.com

Gestrandet in Kabul

02. Apr 2017, no-racism.net/article/5211
verfasst von Alexander Stoff

Bericht über eine gemeinsame Charterabschiebung von 29 Menschen aus Österreich und Schweden nach Afghanistan am 28. März 2017.

Am Dienstag, den 28. März fand in der Nacht eine Charterabschiebung von 29 Menschen aus Österreich und Schweden nach Afghanistan im Rahmen von "Joint Way Forward" statt. Es war die erste Charterabschiebung mit der Beteiligung Österreichs im Rahmen des im Oktober 2016 zwischen der EU und Afghanistan geschlossenen Rückübernahmeabkommens.

Afghanistan gilt in Europa inzwischen als "sicheres Herkunftsland". Eine Sichtweise, die scheinbar nun auch von der österreichischen Regierung und den Behörden geteilt wird. Bislang wurden Asylwerber*innen aus Afghanistan in diesem Land geduldet, auch wenn nicht in allen Fällen Asyl gewährt wurde. Diese Praxis scheint sich nun zu

verändern, denn in der Nacht von Dienstag, den 28.03.2017 auf Mittwoch gab es erstmals einen Charterflug nach Afghanistan, mit dem Menschen mit negativem Asylbescheid abgeschoben wurden. Bereits in den letzten Wochen wurden Menschen aus Afghanistan mit Linienflügen wie etwa Turkish Airlines abgeschoben. Der Fall des 23-jährigen Eshan B. zeigt jedoch, dass nachdrückliches Engagement von Unterstützer*innen wirksam gegen diese Praxis ist, denn seine geplante Abschiebung konnte vorläufig abgewendet werden.

Drohende Abschiebung trotz Verfolgung

Eshan B. hat nach den sechs Jahren seines Aufenthaltes in Österreich bereits seinen Platz gefunden. Denn er gibt mittlerweile selbst anderen Menschen Unterricht in deutscher Sprache, wie Rick R., Aktivist und Rechtsberater bei Asyl in Not, im Interview hervorhebt. Doch der junge Mann aus Afghanistan fühlt sich miserabel. Nicht nur wird seine Befindlichkeit dadurch in Mitleidenschaft gezogen,

dass B. Familienangehörige und Freund*innen in einem Land verliert, wo Tag für Tag Krieg herrscht und Anschläge verübt werden. Er ist auch der Gefahr einer Abschiebung in dieses Land ausgesetzt, wo er als Hazari zu einer Gruppe von Menschen gehört, die in Afghanistan verfolgt werden. Hier wird es ihm schwer gemacht, sich in Österreich ein Leben in Frieden und in Freiheit aufzubauen. Eshans Asylverfahren wurde vor drei Jahren zunächst negativ abgeschlossen. Es wurde ihm aber Schutz geboten, indem die Behörden seinen Aufenthalt in Österreich duldeten. Vergangenen Sonntag wurde er nun von der Polizei verhaftet und in Schubhaft genommen. Rechtliche Grundlage für diese Verfahrensweise ist ein negativer Asylbescheid aus dem Jahr 2012, der jedoch vom Gericht 2015 aufgehoben und zurück auf den Instanzenweg geschickt wurde. Vergeblich hat er in den letzten Monaten darauf gewartet, einen frischen Bescheid zu erhalten. Nun befand er sich nach seiner Verhaftung in Schubhaft bei der Roßauer Lände in



Wien, obwohl er also noch ein Verfahren um einen Aufenthaltstitel laufen hat. Inzwischen ist Eshan wieder frei, nachdem sein Fall in den Medien für Wirbel gesorgt hat und sich viele Menschen für seine Freilassung engagiert haben. So fand noch am Abend des 28.3.2017 eine Kundgebung von solidarischen Menschen vor dem Abschiebegefängnis bei der Roßbauer Lände statt.

Charterflug nach Afghanistan im Rahmen von "Joint Way Forward"

Doch auch wenn Eshan B. durch Interventionen auf verschiedenen Ebenen für den Moment davor bewahrt wird, abgeschoben zu werden, sind viele andere Menschen nicht davor geschützt, durch eine Abschiebung an ihre Peiniger ausgeliefert zu werden. Rick R. von Asyl in Not befürchtete im Gespräch, dass eine große Anzahl von Personen in der Nacht auf Mittwoch mit dem Charterflug nach Kabul in Afghanistan gebracht werden. Mittlerweile wurde offiziell bestätigt, dass dieser Charterflug stattgefunden hat. Die wenigsten Namen sind den Rechtsberater*innen bekannt. Manche der Betroffenen befanden sich in Schubhaft, andere wurden gar nicht erst dorthin gebracht, sondern sie hielten sich bereits in Polizeigewahrsam auf. Dort können Menschen bis zu 72 Stunden festgehalten werden, was darauf hindeutet, dass die Gefahr ihrer Abschiebung unmittelbar bevorsteht.

Ein Sprecher des Innenministeriums weist darauf hin, dass der Schwerpunkt des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) auf der sogenannten "freiwilligen Rückkehr" liege. 597 Menschen aus Afghanistan haben Österreich nach Information des Innenministeriums 2016 "freiwillig" verlassen. Dies macht nahezu die Hälfte der insgesamt 1.094 im Jahr 2016 aus Österreich nach Afghanistan gebrachten Personen aus. Gleichzeitig erhielten 2016 nur 30% der afghanischen Asylwerber*innen in Österreich eine positive Entscheidung im Rahmen von Asyl, subsidiärem Schutz oder humanitärem Aufenthalt. Das BFA rühmt sich auf seiner Website damit, dass 2016 insgesamt um 30% mehr Menschen außer Landes gebracht wurden als im Jahr zuvor.

Nun wurden laut Auskunft des Sprechers des Innenministeriums beim gemeinsamen Frontex Charterflug nach Afghanistan am 29. März 19 afghanische Staatsbürger*innen aus Österreich und zehn Personen aus Schweden an die Behörden in Kabul überstellt. Für das BFA handelte es sich um den ersten gemeinsamen koordinierten Flug nach Afghanistan seit der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der EU und Afghanistan ("Joint Way Forward") im Oktober 2016. Und erst zwei Tage vor der Charterabschiebung, am 27. März 2017, fand in Brüssel das zweite Umsetzungstreffen der EU mit Afghanistan statt. Dabei einigte man sich laut Information des Innenministeriums auf ein Bekenntnis zur weiteren Umsetzung und einer intensivierten Kooperation bei laufenden Aktivitäten im Bereich von Abschiebungen. Laut Sprecher des Innenministeriums stehe dabei die Rückkehr von Menschen ohne Aufenthaltsrecht in der EU im Vordergrund, wobei das BFA seinen Fokus demzufolge auf die sogenannte "freiwillige Rückkehr" lege. Als Schwerpunkte von "Joint Way Forward" nennt der Sprecher die "Unterstützung bei der Reintegration" wie finanzielle Hilfen sowie Aufklärungskampagnen. Die österreichische Regierung führt auf der Grundlage des Abkommens Einzelabschiebungen durch. Laut Website des BFA wurde 2016 insgesamt jeden fünften Tag eine Charterabschiebung durchgeführt. [Anm: Aus Österreich gibt es zahlreiche Charterabschiebungen ins ehemalige Jugoslawien, aber auch nach Asien und Afrika, insbesondere Nigeria.] Auch in Zukunft wird es gemeinsame Charterabschiebungen auf der Basis von "Joint Way Forward" nach Afghanistan geben, an denen sich Österreich beteiligt, kündigt der Sprecher des Innenministeriums an.

Im Oktober vergangenen Jahres haben sich in Brüssel verschiedene europäische Repräsentant*innen mit dem Präsidenten und Regierungsabgesandten der afghanischen Regierung getroffen. In diesem Rahmen drohte man*, dem afghanischen Staat Subventionen zu entziehen, während auf der anderen Seite eine Erhöhung anderer Zahlungen versprochen wurde. Als Teil einer Übereinkunft unterzeichnete die

afghanische Regierung daraufhin ein Abkommen für die Rücknahme von mindestens 80.000 Personen, die vor der Gewalt in Afghanistan nach Europa geflüchtet waren. Dies obwohl die Lage in Afghanistan bereits jetzt durch die Abschiebungen aus Pakistan und Iran und die 1,5 Millionen Binnengeflüchteten prekär ist. Seit dem Abkommen sind einige Monate vergangen. Doch nun scheint es mit den Abschiebungen ernst zu werden, befürchtet Rick R.

Geflüchtete stranden im "sicheren Herkunftsland"

Diese gravierende Situation wäre vermeidbar, so Rick R. Denn in Schubhaft und Polizeigewahrsam geraten Menschen, die einen negativen Asylbescheid erhalten und keine Beschwerde einlegen. Oft ist dies eine Folge schlechter Beratung durch den Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ), der dem Innenministerium unterstellt ist. So weist Rick R. darauf hin, dass der VMÖ auf zwei Seiten niederschreibt, wofür eine vertrauenswürdige Beratungsorganisation wie Asyl in Not ganze 20 Seiten benötigt. Dazu kommen abgelaufene Fristen und "Überredungskünste" durch den VMÖ. In der Folge erhalten Asylwerber*innen, die vom VMÖ vertreten werden, auch häufiger einen negativen Bescheid, so Rick R. Für gewöhnlich stehen die Chancen nicht schlecht, in höherer Instanz vor einem Gericht recht zu bekommen, wenn stichhaltig argumentiert wird. Vom VMÖ vertretene Asylwerber*innen werden jedoch sogar vor Gericht häufig abgewiesen. Andere wiederum erhalten gar nicht erst die Chance einer Beratung, da sie in Räumlichkeiten wie dem Henry Dunant Zentrum beim Flughafen Wien-Schwechat ausharren müssen.

Einmal nach Afghanistan abgeschoben, eröffnen sich den Menschen nicht viele Möglichkeiten. Von einem aus Österreich abgeschobenen Jugendlichen in Kabul, mit dem Asyl in Not in Kontakt steht, weiss Rick R., dass die Notunterkünfte für zurückgewiesene Menschen stark überbelegt sind. Denn auch die Regierungen von Pakistan und Iran schieben zahlreiche Personen nach Afghanistan ab. In diesen Lagern werden Menschen von den Taliban angeworben. Perspektiven gibt es für

diese Menschen in Kabul und erst recht im unsicheren Umland keine, denn Arbeit ist nicht vorhanden. Die Taliban und Ableger von Daesh verüben immer wieder Anschläge auf die Bevölkerung. Zwar kann dieses Elend gelindert werden, wenn Geld aus Europa an die abgeschobenen Geflüchteten überwiesen wird. Jedoch stellt Rick R. fest, dass Überweisungen etwa mit Western Union riskant sein können, wenn die Taliban davon erfahren. Im "besten" Fall wird dann den Menschen nur das Geld abgenommen.

Stop Deportation

Denjenigen Menschen, die mit der Abschiebep Praxis nicht einverstanden sind, bleiben die gewohnten Pfade, so Rick R. Solidarische Beziehungen zu den Geflüchteten, Unterstützung auf juristischer Ebene, Versorgung mit Adressen wie die Caritas und Asyl in Not, an die sich Geflüchtete wenden können und Unterstützung bei rassistischer Belästigung und Gewalt. Sollte die österreichische Politik und Verwaltung diesen destruktiven Weg fortsetzen, so bleibt der Zivilgesellschaft politischer

Aktivismus auf Demonstrationen und Druckausübung durch Medien. Es geht darum, den Verantwortlichen klar zu machen, dass diese menschenunwürdige staatliche Praxis nicht toleriert und vor allem nicht vergessen wird, betont Rick R. Sollten alle Stricke reißen und Menschen werden nach Afghanistan abgeschoben, so können Geldüberweisungen - trotz aller Risiken - hilfreich sein, damit die Betroffenen wenigstens in eines der Nachbarländer ausweichen können, um der schlimmsten Gewalt zu entfliehen. Um sich einer drohenden Abschiebung zu entziehen, gibt es Wege und Mittel, die schon von vielen in dieser äußersten Notlage angewendet wurden, wobei darüber jeder Mensch selbst entscheiden muss. Nicht zuletzt können sich auch Zeug*innen einer Abschiebung in Linienflügen solidarisch erheben und sich weigern mitzufliegen. So hofft Rick R. schließlich auf eine zahlreiche Beteiligung bei der Demonstration beim Polizeianhaltezentrum Roßauer Lände, der sich etliche Menschen am 28. März 2017 angeschlossen haben.

Anfang Oktober 2016 wurde zwischen der EU und der afghanischen Regierung ein Rückübernahmeabkommen geschlossen: "Joint Way Forward on migration issues between Afghanistan and the EU". Seit Dezember 2016 fanden bis zu 20 derartige Charterflüge aus der EU statt, zusätzlich wird mit Linienflugzeugen abgeschoben. Seit Abschluss des Abkommens wurde hunderte Menschen gegen ihren Willen in das Kriegsgebiet gebracht.

Laut Asylkoordination gab die UNAMA, die United Nations Assistance Mission to Afghanistan, Anfang Februar 2017 bekannt, dass die Zahl der zivilen Opfer der Kampfhandlungen gegenüber dem Vorjahr erneut um drei Prozent gestiegen ist: 2016 kamen 3,498 ZivilistInnen ums Leben, 7.920 wurden verletzt. Besonders alarmierend sei die steigende Zahl der Kinder unter den Opfern.

Mehr dazu auf
 :: no-racism.net/article/5237
 :: thruttig.wordpress.com
 :: asyl.at



www.op1atz.net



Proteste afghanischer Geflüchteter

Vom 25. bis 28. Aug 2017 protestierten geflüchtete Menschen und solidarische Mitstreiter*innen im Wiener Sigmund Freud Park gegen Abschiebungen nach Afghanistan und anderswo hin. Der Protest richtete sich gegen die brutale Abschiebep Praxis der österreichischen Regierung, Menschen in den Krieg abzuschicken und bis heute fern jeder Realität zu behaupten, es gäbe in Afghanistan so etwas wie "sichere Gebiete". Das Protestcamp ist zwar beendet, doch die Protestierenden sind entschlossen, ihre Proteste fortzusetzen, bis die Abschiebungen gestoppt werden.

:: no-racism.net/article/5231

Mi, 18. Okt 2017, 19:00: Einige der Geflüchteten informieren über ihre Forderungen im que[er], Wipplingerstr. 23, 1010 Wien (die Stiegen runter)
:: raw.at

Proteste gegen Abschiebungen sind alltäglich. Oft bleibt nur die Intervention am Flughafen.

Am 11. Aug 2017 wurde der in Mistelbach, NÖ, lebende Sharif an seinem Arbeitsplatz von der Polizei verhaftet und in Schubhaft überstellt. Nur wenige

Tage später wurde er mit einem Flieger der Turkish Airlines nach Afghanistan abgeschoben. Freund_innen und Unterstützer_innen versuchten leider erfolglos, die Abschiebung zu verhindern. Im Fall von Samim B. war der Protest erfolgreich. Am 26. August 2017 wurde seine Abschiebung vom Londoner Flughafen Heathrow abgebrochen, weil sich der Pilot weigerte, Samim mitzunehmen. Zuvor hatten Verwandte und Freund_innen am Flughafen protestiert und versucht, die Aufmerksamkeit der Crew zu erregen. Passagier_innen wurden angesprochen und über die drohende Abschiebung informiert.

:: no-racism.net/article/5242

Let us stay. Stop deportation!

Am 7. Sep 2017 wurde ein Mann aus Niedersill in Salzburg aufgrund eines zu spät eingebrachten Rechtsmittels in Schubhaft genommen. Nach Protesten von Freund_innen und Dienstgeber_innen wurde er zwei Tage später aus der Schubhaft entlassen und die Abschiebung vorerst ausgesetzt.

Am 14. Sep protestierte die Gruppe "Afghanische Flüchtlinge in Salzburg" mit Unterstützung der "Plattform Menschenrechte" am Mirabellplatz gegen

Abschiebungen und das Rückübernahmenabkommen der Europäischen Union mit Afghanistan.

no-racism.net/article/5249/

"Afghanistan ist nicht sicher"

Grund für die zunehmende Gefährdung Geflüchteter aus Afghanistan in Europa ist ein Anfang Oktober 2016 zwischen der EU und der afghanischen Regierung abgeschlossenes Rückübernahmenabkommen. Es kam trotz des Wissens um die unsichere Lage in Afghanistan zustande (siehe Seite 19).

Deutschland brachte mehr als hundert abgelehnte Asylbewerber_innen mittels Sammelcharter nach Afghanistan, bevor es sich gezwungen sah die Abschiebungen auszusetzen. Grund dafür war ein Terroranschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31. Mai dieses Jahres, bei dem 150 Menschen getötet wurden.

Vermutlich wegen des laufenden Wahlkampfes startete am 12. Sep erstmals wieder ein Abschiebeflieger mit acht unfreiwilligen Passagier_innen von Düsseldorf Richtung Kabul. An die 200 Menschen protestierten in der Abflughalle des Flughafens dagegen.

:: no-racism.net/article/5248

:: thruttig.wordpress.com

Maria hatte vor einiger Zeit Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Nun hat sie einen Brief vom BAMF erhalten, in dem ihr mitgeteilt wird, dass ihr Antrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurde. Der Kosovo wird von Deutschland als sicheres Herkunftsland eingestuft.



ÖIF-Werte-Prüfungen? Nein, danke!

PROTEST von Deutschlehrenden gegen ÖIF – Monopolstellung!

Im Juni wurde ein neues Integrationsgesetz verabschiedet, das weitere Eingriffe in unser Arbeitsfeld vorsieht. Es verpflichtet uns Deutsch-Unterrichtende, mit vorgegebenen Materialien vorgegebene Werte zu lehren und auch zu prüfen!

Uns wird ein Wertekatalog vorgelegt, dessen Inhalt ein Ministerium (BMEIA) definiert und von dem unhinterfragt behauptet wird, er gelte für Österreich. Enthalten sind Verhaltensvorschriften und erzieherische Maßnahmen. Erwartet wird von uns Unterrichtenden, im Auftrag der Regierung mit erhobenem Zeigefinger Anstandswauwau zu sein und Umerziehungsarbeit zu leisten.

Wir wollen uns nicht weiter als Sprach- und Wertepolizist_innen instrumentalisieren lassen und protestieren daher vielstimmig. Was bietet sich daher besser an als das vom ÖIF organisierte Wertesymposium?!

Wir sind Deutschlehrende und wollen kein verlängerter Arm dieser Politik sein! Politische Bildung für alle statt Werte-Diktat!

*Mach mit beim Protest
mit aktionistischen Interventionen
mit Werte-Prüfung vor Ort, Werter_innen und Entwertung!*

**Fr., 20. Oktober 2017 um 12 Uhr
EURO PLAZA | Am Euro Platz 2, 1120 Wien**

*Wenn wir unsere Werte wissen wollen,
dann gehen wir ins Labor, aber sicher nicht zum ÖIF!*

IG DaZDaFBasisbildung :: igdazdafbasisbildung.noblogs.org

DOING GENDER IN EXILE

**Jahrestagung 2017 der
Österreichischen Gesellschaft
für Exilforschung**

**18. bis 20. Oktober 2017
Universität Wien**

:: doinggenderexile.wordpress.com



FREIHEIT STIRBT MIT SICHERHEIT! GEGEN EIN ERNEUTES "ÜBERWACHUNGSPAKET"!

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung und -prävention wurden und werden schwammige Gesetze kreiert, die – je nach Auslegung – einwandfrei auch auf linke, anarchistische und oppositionelle Bewegungen und Einzelpersonen anwendbar sind. Die teilweise geplanten, teilweise bereits beschlossenen Gesetze sollen in Zukunft möglich machen, Personen präventiv aufgrund ihrer staatskritischen Haltung festzunehmen und wegzusperren.

Nachdem Anfang 2017 durch das erste sogenannte "Sicherheitspaket" u.a. die Versammlungsfreiheit große Einschnitte erfahren hat, sollen beim aktuellen Gesetzesentwurf u.a. die Überwachung von verschlüsselten Nachrichten mittels dem medial so bezeichneten "Bundestrojaner" ermöglicht werden, Mobilfunkanbieter dazu gezwungen werden PUK-Codes (zur Überwindung des PINs) bekannt zu geben und der Einsatz von IMSI-Catchern soll ausgeweitet werden. Außerdem soll ermöglicht werden Fahrzeuge akustisch zu überwachen und direkten Zugriff auf Überwachungskameras im öffentlichen Raum zu bekommen. Gerechtfertigt wird der Entwurf damit, dass die bestehenden Gesetze an den "rasanten technischen Fortschritt" angepasst werden müssen, weil sie sonst die "Effektivität der Strafverfolgung" negativ beeinflussen und dieser nicht mehr gerecht werden.

Der Beschluss wurde wegen massiver Kritik und Uneinigkeit der Regierenden auf nach den Nationalratswahlen verschoben. Der Großteil dieser Kritik basiert darauf, dass der Entwurf den verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechten nicht entspricht. Aber unsere Kritik ist grundlegender, denn wir finden, dass das Problem an der Wurzel behandelt werden muss! Wir wollen nicht, dass von einer ominösen Mehrheit gewählte Personen über unsere Freiheiten und über die Regeln, nach denen wir zu leben haben, bestimmen! Wir wollen kein erneutes Überwachungspaket, das ermöglicht uns noch mehr zu kontrollieren!

Das Problem sind nicht die Gesetzesänderungen an sich. Das Problem ist der Fakt, dass es (diese) Gesetze und jene, die sie beschließen, verändern und ausführen überhaupt gibt!

**Demonstration
gegen Überwachung und Kontrolle
Mi, 25. Oktober 2017 um 18 Uhr**

Treffpunkt: Marcus Omofuma Stein
Mariahilfer Straße / Ecke Museumsquartier, Wien

:: gegenueberwachungundkontrolle.blackblogs.org

Erinnerungen an Röszke: Freiheit für Ahmed H.

06. Oct 2017, no-racism.net/article/5260

Im Jahr 2015 ließ die rechts-autoritäre Orbán Regierung einen einen 175km langen Zaun an der Grenze zu Serbien errichten, der später entlang der Grenze zu Kroatien erweitert wurde. Eine "Maßnahme", um die Migration nach Ungarn und in die EU zu behindern. Die Fertigstellung des Zauns am 15. September 2015 und damit die phys-



ische Schließung der Grenze fiel mit einer Verschärfung des Asylgesetzes zusammen, die den Grenzübertritt kriminalisiert und mit einer Strafe von bis zu drei Jahren Haft bedroht. Weiters können Asylgesuche seither nur noch in den "Transitzonen" gestellt werden - in Röszke und Tompa an der Schengen-Außengrenze. Diese Transitzonen, in denen die Bedingungen schlimmer sind als in Gefängnissen, dürfen während des Verfahrens nicht verlassen werden.

Nur wenigen ausgewählten Personen wird seither der Zutritt zu den Transitzonen gestattet. Dadurch saßen plötzlich Tausende fest. Die Eskalation der Situation am Grenzübergang Röszke-Horgos war vorprogrammiert, die Menschen protestierten und versuchten aus dieser Lage auszubrechen. Im Zuge dessen wurden willkürlich elf Menschen verhaftet, darunter eine ältere Frau und ein Mann im Rollstuhl. In einem Schauprozess wurden sie verschiedener Delikte schuldig gesprochen, wie dem "illegalen Grenzübertritt" oder der Beteiligung an

einem Massenprotest. Die meisten der sogenannten "Röszke 11" haben in der Zwischenzeit eine mindestens einjährige Haftstrafe abgesessen. Im Berufungsprozess im Februar 2017 wurden die Urteile - für neun von ihnen in Abwesenheit, sie haben Ungarn mittlerweile verlassen - trotz grober Verfahrensmängel bestätigt. Unter anderem wurden entlastende Videobeweise nicht im Verfahren zugelassen und eine der Übersetzerinnen später gerichtlich verurteilt, weil sie nachweislich Aussagen der Angeklagten falsch und zu deren Nachteil wiedergegeben hatte. Yamen A., dessen Haftstrafe von drei auf zwei Jahre reduziert wurde, kam im Juni 2017 auf Bewährung frei.

Ahmed H. wurde erst in den Tagen nach den Ereignissen in Budapest festgenommen. Er lebte bereits seit 2006 mit seiner Familie in Zypern und besitzt einen Aufenthaltstitel für die EU. Um seine Eltern und andere Familienmitglieder auf ihrer Flucht von Aleppo nach Deutschland zu unterstützen, hielt er sich serbisch-ungarischer Grenze auf. Die Ungarischen Behörden erklärten im zum Anführer und beschuldigten ihn "terroristischer Aktivitäten", weil er ein Megafon gehalten und der Polizei mit zwei zum »V« ausgestreckten Fingern ein Ultimatum gesetzt sowie am Grenzzaun Gegenstände gegen die Polizei geworfen haben soll. Er wurde zu zehn Jahren (!) Haft verurteilt. Im Berufungsprozess im Juni 2017 hatte die Anklage eine nochmalige Erhöhung auf eine lebenslängliche Strafe gefordert. Das Gericht hob das Urteil schließlich auf, da der Vorwurf des "Terrorismus" zu prüfen sei, und verwies den Fall an die erste Instanz zurück. Ahmed H. befindet sich nun seit bereits zwei Jahren in U-Haft, im Oktober wird sein Fall neuerlich verhandelt.

Quelle: Malmoe 80/2017, :: malmoe.org
Mehr auf :: freetheroszke11.weebly.com

Unser aller Leben

08. Oct 2013, no-racism.net/article/4543

Wer will es nehmen? Nein, da spiel'n wir nicht mit! - Drei Strophen gegen sie.

*Ihr Regime bedeutet Tod.
Und sie, sie rüsten weiter.
Tausende fanden den Tod.
Doch sie, sie rüsten weiter.*

*Eine Illegale ertrank in der Flut.
Und sie, sie hetzen weiter.
Die Illegale, die sei die Flut.
Und sie, sie hetzen weiter.*

*Ihr System das sei bedroht.
Und sie, sie morden weiter.
Mit Gewehren und Kanonen bringen
sie Tod.
Ja sie, sie morden weiter.*

*Und
Wir sagen: Nein! Nein! Nein!
Wir wollen keine Festung.
Und
Wir sagen: Ja! Ja! Ja!
Das ist UNSER aller Leben.*

*Von ihrer Politik bedroht.
Bringen Krieg und Hunger viele in Not.
Von ihrer Politik bedroht.
Überqueren viele die Grenze zum Tod.*

*Seit hunderten Jahren kolonisieren
sie schon,
zwingen sie in ein anderes Leben.
Mit ihren Vorstellungen terrorisieren
sie schon,
unser Leben wollen sie nehmen.*

*Ausbeutung, Sklaverei und Profit.
Das ist ihre Doktrin.
Ihr Gewinn ist es, was für sie zählt.
Doch für uns zählt unser Leben.*

*Und
Wir sagen: Nein! Nein! Nein!
Wir wollen keinen Rassismus!
Und
Wir sagen: Ja! Ja! Ja!
Das ist UNSER aller Leben!*

*Leute! Versteht es als Warnung an sie!
Wir werden uns nie aufgeben.
Hey Leute! Wir spiel'n da nicht mit!
Und am Ende werden WIR siegen.*

*Und du, der die du gierst nach Profit:
Den, nein, den wird's nicht geben!
Wenn es nur Geld, das dein Handeln
bestimmt:
Uns're Verachtung wird dir gegeben!*

*Und du denkst die and'ren sein schuld?
Um dich selbst kann's nicht gehen?
Woher kommt denn dein Privileg?
Was, wenn sie es dir nehmen?*

*Und
Wir sagen: Nein! Nein! Nein!
Privilege gelten nicht ewig.
Und
Wir sagen: Ja! Ja! Ja!
Das ist UNSER aller Leben!*

Dritter Teil: Grenzregime Vom Fluchtweg Mittelmeer und dem Kampf gegen Ausgrenzung und Abschiebungen

Das Sterben im Meer beenden? Weg mit den Visaregimen!

29. Apr 2015, no-racism.net/article/4727

In den vergangenen 25 Jahren fanden zehntausende Menschen den Tod im Mittelmeer, das mittlerweile von vielen Menschen als "Massengrab" bezeichnet wird. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ein Ziel vor Augen haben: Das "gelobte" Europa zu erreichen.

Warum wagen so viele Menschen diese gefährliche Überfahrt? Die Schreibtischtäter_innen behaupten, sie würden von "skrupellosen Schlepper_innenbanden" dazu getrieben. Wie bitte?

Menschen machen sich auf einen Weg, von dem sie wissen, dass er vielen das Leben kostet. Sie sehen oft keine andere Möglichkeit, ihrer aussichtslosen Situation zu entfliehen. Und Europa trägt die Verantwortung dafür. Hunderte von Jahren Kolonialismus und Sklaverei, von Ausbeutung und Entrechtung finden heutzutage ihre Fortsetzung. :: The Voice Refugee Forum (thevoiceforum.org) bezeichnet Abschiebungen als das letzte Glied in der Kette der Sklaverei - "Deportation is the Last Ring of Slavery Chain". Denn Abschiebungen helfen, das globale Unrechtssystem aufrecht zu halten. Doch bevor Menschen aus Europa abgeschoben werden können, müssen sie dieses erst einmal erreichen.(*)

Mobilität ...

Für viele Menschen ist es einfacher geworden, zu reisen. Kommunikationsmöglichkeiten wurden durch technische Entwicklungen verbessert. Transnationale Netzwerke existieren allerorts. Es gibt einen Austausch in einer kapitalistisch globalisierten Welt. Dieser Austausch ist nichts neues, denn seit Menschen diesen Erdball bewohnen, reisen sie. Seit Jahrhunderten werden Güter quer über den Erdball verschickt. In Zeiten des transnationalen Sklav_innenhandels wurden viele Menschen gehandelt wie ein Sack Zucker. Es war und ist die ökonomische Ausbeutung im Interesse des Profits der Unternehmer_innen, der Wirtschaftsboss_innen und all jener, die daraus Nutzen ziehen, die dafür Verantwortung übernehmen müssen. Wer in Europa lebt, profitiert bis heute von diesem Unrechtssystem. Güter aus allen Ecken dieser Welt werden herbeigeschafft, um den Menschen zu jeder Zeit des Jahres zur Verfügung zu stehen, wie Orangen, Bananen, Manogs, Erdnüsse, frisches Gemüse. Vieles davon wird in Ländern produziert, deren Bewohner_innen die Reisefreiheit verweigert wird.

Durch die Einführung von Visa für die Bürger_innen aus vielen Ländern in den vergangenen 20 bis 25 Jahren wurde eine Möglichkeit geschaffen,

Leute am Reisen zu hindern. Nicht allen wird die Reisefreiheit verweigert: Bürger_innen der reichen Staaten des Nordens und (politischen) Westens, oder Industrieländern wie Japan können sich mehr oder weniger problemlos quer über den Erdball verteilen. Falls Visa benötigt werden, genügt meist ein Besuch auf dem zuständigen Konsulat oder der zuständigen Botschaft. Oder Reisebüros erledigen alles, beschaffen Flugtickets und notwendige Reisepapiere. Wer über einen europäischen Pass und die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, der_dem stehen alle Türen offen. Und die Bleichgesichter profitieren auch noch von den in ihrer Hautfarbe eingeschriebenen Privilegien, die wie ein Türöffner wirken. Wir, die Autor_innen dieses Artikels zählen zu diesen Privilegierten. Wir genießen Bewegungsfreiheit - und wollen dieses Recht mit allen teilen!

... und ihre Behinderung

Menschen aus den ausgebeuteten Staaten, aus den ehemaligen Kolonien, die aufgrund der ökonomischen Verhältnisse oft keine Perspektive im eigenen Land sehen, werden in Armut gehalten. Ihnen wird die Teilhabe am Reichtum der Welt verweigert. Ihre Güter reisen problemlos. Die Früchte ihrer Ernte, die sie mit harter Arbeit erwirtschaften, gelangen problemlos bis nach Europa - und in andere Teile der

Welt. Diese Güter stellen eine billige Ressource dar, die helfen, den Wohlstand in Europa zu sichern. Oft werden sie verarbeitet und zurück geschifft, um in den Herkunftsländern zu überkauften Preisen verkauft zu werden - mit finanzieller Unterstützung der europäischen Staaten bzw. der EU im Rahmen der Exportförderung. Güter werden in sogenannte "Entwicklungsländer" gebracht und erzeugen dort eine Abhängigkeit - von eben diesen Gütern.

Neuerdings haben einige Politiker_innen wie Akteur_innen der Zivilgesellschaften entdeckt, dass "Entwicklungshilfe" hier gegensteuern könnte. Doch sie übersehen, dass diese "Hilfe" seit mehreren Jahren offiziell als "Entwicklungszusammenarbeit" bezeichnet wird. Ohne es zynisch zu meinen, sondern um Tatsachen fest zu halten, muss den Regierenden der EU zugesprochen werden, dass sie diese "Zusammenarbeit" ernst nehmen. Sie zwingen die ehemaligen Kolonialstaaten, deren politische Unabhängigkeit erst vor

wenigen Jahrzehnten erkämpft wurde, zur Zusammenarbeit. Die Entwicklungshilfe der EU ist heutzutage an restriktive Maßnahmen zur Verhinderung von Migration gebunden, die den afrikanischen Staaten aufgezwungen werden. Und die - oft korrupten und wie Diktator_innen agierenden - Staatschefs zeigen sich als willige "Helfer" bzw. "Vollstrecker_innen" der :: europäischen Migrations- und Abschottungspolitik (no-racism.net/thema/45). Es ist eine Zusammenarbeit aus gegenseitigem Interesse - vereinfacht ausgedrückt: Es geht um Geld gegen Menschenleben.

[Neo]Kolonialismus

Wie weiter oben bereits erwähnt, bezeichnen Flüchtlinge und Migrant_innen die es nach Europa geschafft haben, die Abschiebepolitik als Fortsetzung des Sklav_innenhandels. Menschen werden entrechtet, werden eingesperrt und verschleppt. Mit Gewalt in ein Land gebracht, das sie oft Jahre zuvor verlassen haben, auf der Suche nach Frieden oder

einem besseren Leben. Doch in der EU können sie keinen Frieden finden, zu sehr sehen die Privilegierten ihre Machtposition gefährdet. Auch wenn diese Privilegierten in Europa selbst unterdrückt werden (Stichwort: kapitalistische Ausbeutung), hier sei es immer noch besser als anderswo, um einen rassistischen Terminus zu verwenden: besser als "dort wo der Pfeffer wächst". Die Bewohner_innen Europas wissen, dass der Pfeffer und viele andere Gewürze und Köstlichkeiten von weit her nach Europa geschifft werden - die EU ist die weltgrößte Importeurin von Lebensmitteln.

Doch nicht nur Lebensmittel, alle möglichen Güter werden nach Europa gebracht, wo aufgrund des Massenkonsums höhere Gewinne im Absatz erzielt werden können. T-Shirts, Hosen, Kleider, Computer, Handys, Autos, ... diese Liste kann schier endlos fortgesetzt werden. Den Menschen, die diese Güter produzieren, wird die Reise verweigert. Für sie ist es meist unmöglich, auf legalem Weg nach Europa zu reisen. Sie sind gezwun-



gen, den "Back Way" zu gehen. Bevor sie die Küste des Mittelmeeres oder die Zäune rund um Ceuta und Melilla, die verbliebenen spanischen Kolonien auf afrikanischem Boden, erreichen, müssen sie Wüsten und (Bürger_innen-)Kriegsgebiete durchqueren. Viele schaffen es nicht so weit, ihnen geht das Geld aus oder sie werden in einem der mit EU-Unterstützung errichteten Internierungslagern festgehalten oder verdursten in der Wüste. Immer wieder kommt es vor, dass Migrant_innen von Gangs festgenommen und erst nach :: Zahlung eines hohen Lösegeldes (no-racism.net/article/4732) ihre Reise fortsetzen können. Nicht selten sind staatliche Organe in diese Machenschaften involviert. Sie verbessern so ihr Gehalt - und sie wissen genau, dass sie Menschen, denen jegliche Rechte entzogen werden, ohne Konsequenzen misshandeln können.

Das ist Rassismus!

Werfen wir einen Blick in das Innere der Festung, um zu sehen, wie die staatliche Exekutive hier mit Menschen umgeht: Misshandlungen,

Folter und Mord geschehen ohne Konsequenzen. Wer die Dokumentation von Todesfällen bei Deportationen und in Polizeigewahrsam auf :: no-racism.net/racismkills näher ansieht, wird schnell merken, dass kein_e Polizist_in für einen Mord aus rassistischen Motiven auch nur einen Tag im Gefängnis verbringen muss. In der Regel werden sie frei gesprochen oder zu minimalen Strafen verurteilt und können ihren (mörderischen) Job weiter ausüben.

Rassismus und Kolonialismus sind zwei Seiten ein und der selben Medaille. Ohne Rassismus könnte der [Neo]Kolonialismus nicht funktionieren. Rassismus dient der Legitimierung von Ausbeutung. Rassismus fördert die Stigmatisierung und Stereotypisierung von Menschen, die "nicht willkommen" geheißen werden. Offiziell befinden sich die Behörden in einem Kampf gegen jene Menschen, die den Entrechteten helfen, das "gelobte Land" zu erreichen, die helfen, einer oft aussichtslosen Situation zu entfliehen und die nicht selten Menschen retten, die sich auf der

Flucht vor mörderischen Regimen befinden. Diese Fluchthelfer_innen werden pauschal als "Schlepper_innen" diffamiert und für die "Tragödie im Mittelmeer" verantwortlich gemacht. Doch in Wirklichkeit gilt die Kriegserklärung der EU-Politiker_innen und -Behörden jenen Menschen, um deren Leben sie vorgeblich besorgt sind: Es ist ein Krieg gegen Migrant_innen und Flüchtlinge, bei dem Tote bewusst in Kauf genommen werden.

Seit 1993 dokumentiert :: UNITED (unitedagainstracism.org), ein europaweites Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus - und für die Unterstützung von Migrant_innen und Flüchtlingen, die :: fatalen Auswirkungen der Politiken der Festung Europa (no-racism.net/article/2306). Seit mehr als 20 Jahren ist bekannt, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, werden die verantwortlichen Politiker_innen und Beamt_innen immer wieder daran erinnert, wie mörderisch ihre Schreibtischtaten sind. Doch sie halten an ihrer - von rassistischer Ideologie geprägten - Politik fest. Sie tragen die



Verantwortung für :: das Sterben im Mittelmeer (no-racism.net/article/4722).

Visaregime abschaffen!

Die einzige Möglichkeit, das Sterben zu beenden, ist die sofortige Abschaffung des Visaregimes. Nur so haben Menschen die Möglichkeit, auf offiziellem Wege in Europa einzureisen und sind nicht auf heimliche und gefährliche Wege angewiesen. Und sie müssten nicht das viele Geld für die Inanspruchnahme der Dienstleistung Fluchthilfe zur Überquerung von EU-Außen- und Binnengrenzen aufbringen. Und gerade diese Dienstleistung ist den Behörden ein Dorn im Auge. Doch wer ist auf diese Dienstleistung angewiesen?

In einem :: Aufruf gegen exterritoriale Flüchtlingslager der Europäischen Union (no-racism.net/article/1149) aus dem Jahr 2005 wird festgehalten:

"Nach offiziellen Angaben machen die Boat People nur einen sehr kleinen Prozentsatz der schätzungsweise 500.000 Menschen aus, die Jahr für Jahr heimlich und unerlaubt die EU-Südgrenze passieren. Es sind die 'Armen', die sich der Gefahr der riskanten Meerüberquerung aussetzen. Wer es sich leisten kann, kauft sich einen gut gefälschten Pass und nimmt ein Flugzeug. Oder er(sie) nutzt seine(ihre) Verbindungen zu Verwandten und Bekannten in Europa und setzt mit einer der großen Autofähren über."

Wer nicht über die notwendigen Kontakte nach Europa und/oder genügend Geld für entsprechende Papiere verfügt, ist gezwungen, gefährliche Wege zu gehen und die Grenzen heimlich zu überqueren. Ohne die Inanspruchnahme von Fluchthilfe ist dies meist nicht möglich. Würden die Grundrechte dieser Menschen respektiert und Bewegungsfreiheit für alle gelten, könnte eine Politik der Teilung des Wohlstands die (neo)koloniale Ausbeutung ablösen. Es geht um eine Anerkennung der Gesamtheit der Rechte von Migrant_innen und Geflüchteten, sei es als Arbeitskräfte und Bürger_innen, oder einfach als Menschen.

Bewegungsfreiheit

Seit Jahren wird die Abschottungspolitik der EU massiv kritisiert und eine Änderung gefordert. Die :: euro-afrikanischen Nicht-Regierungs-Konferenz (no-racism.net/article/1778) mit dem Titel "Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit" im Sommer 2006 in Rabat, Marokko setzte einen Kontrapunkt zur gleichzeitig stattfindenden Regierungskonferenz europäischer und afrikanischer Staaten zu "Migration und Entwicklung".

In einem :: Bericht (no-racism.net/article/1778) davon ist zu lesen: *"Vor Einführung der Visapflicht war es für Afrikaner_innen üblich, dass jeweils einer aus der Familie für eine bestimmte Zeit nach Europa ging und später durch einen anderen ersetzt wurde - heute ist das kaum noch möglich, und die Beantragung eines Visums (das meist abgelehnt wird) ist zu einer Geldfrage geworden. Im Gegensatz dazu sehen es Europäer_innen als ihr selbstverständliches Recht, überall hinzureisen, zu arbeiten, Häuser zu kaufen und die Reichtümer der Länder Afrikas auszubeuten. Gegen diese Ungleichheit wurde die Abschaffung aller Visa für den kurzzeitigen Aufenthalt gefordert - auf der Basis einer 'positiven Gegenseitigkeit', statt, wie auch von einigen gefordert wurde, ein Visum für ganz Afrika auch für Europäer_innen. Als Perspektive wurde von vielen die Abschaffung aller Visa bzw. die Einführung eines 'globalen Passes' und Öffnung aller Grenzen gefordert."*

Im :: Manifest der Nicht-Regierungs-Konferenz (no-racism.net/article/1747) in Rabat wird der Krieg gegen Migrant_innen entschieden abgelehnt. *"Wir lehnen ebenso ab, in einer Welt zu leben mit mehr und mehr militarisierten Grenzen, die unsere Kontinente teilen und jede Gruppe von Ländern in eine Festung verwandeln wollen."* Die Forderungen zielen u.a. auf die Einführung der Bewegungsfreiheit, wirklichen Gleichheit der Rechte aller Personen, die auf demselben Territorium leben, und eine sofortige Legalisierung aller Migrant_innen ohne Papiere. Ebenso wird das globale Unrechtssystem kritisiert und die effektive Respektierung des Rechts auf Ent-

wicklung, wie "die bedingungslose Annullierung der Schulden der Länder des Südens" gefordert.

"Isn't it ironic? In those days the slave merchants went to Africa, exploited and forced the inhabitants to relinquish their responsibilities, and robbed them of their dignity. These human traders then shared the slaves among themselves without the latter's consent. And now that the descendants of the former slaves are willing to embark on similar voyage voluntarily, the door is being closed ala visa."

Mit diesen Worten beginnt ein Mitte 2007 veröffentlichtes :: Plädoyer zur Abschaffung des Visahandels (no-racism.net/article/2173). Der Autor sieht dies als wirksame Möglichkeit zur Eindämmung des "Menschenhandels" (**). Der Handel mit Visa wird in direkte Verbindung mit den Tod vieler Afrikaner_innen gestetzt. Die Rate jener, die auf der Suche nach einem besseren Leben in Amerika, Europa oder auch Asien sterben, wird als alarmierend bezeichnet.

Angesichts der seit Jahren anhaltenden tödlichen Überfahrten im Mittelmeer wurde vor im Februar 2014 die :: Charta von Lampedusa (no-racism.net/article/4632) publiziert. Diese verlangt eine radikale Veränderung der sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen und rechtlichen Beziehungen, die das gegenwärtige, :: mörderische Migrations- und Grenzregime (no-racism.net/article/3193) kennzeichnen. Diese Beziehungen sind die Basis der globalen Ungerechtigkeit, der Millionen von Menschen derzeit ausgeliefert sind.

Das Sterben wirklich beenden

"Deshalb fordern wir die sofortige Einrichtung einer direkten Fährverbindung für Flüchtlinge aus Tripolis und anderen Orten Nordafrikas bzw. der Türkei nach Europa."

Die Initiative :: "Watch the Med Alarm Phone" (no-racism.net/article/4659 - alarmphone.org) wurde angesichts der jahrelangen Tatenlosigkeit der verantwortlichen Politiker_innen und Behörden gegründet. Es war u.a. eine direkte Reaktion auf die Einstellung

der italienischen Seenotrettung Mare Nostrum und deren Ersetzung durch die Frontex-Abschottungsmission "Triton" in EU-Küstengewässern.

Das Alarm Phone ging im Oktober 2014 in Betrieb und wird von Aktivist_innen auf beiden Seiten des Mittelmeeres getragen. Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten, haben die Möglichkeit via Satellitentelefon die Nummer +334 86 51 71 61 zu verständigen.

Zwar können die Aktivist_innen den Anrufer_innen nicht selbst zu Hilfe eilen, sie sehen ihre Aufgabe viel mehr, öffentlichen Druck aufzubauen und im Fall eines Kenterns die zuständigen Küstenwachen zu informieren, damit diese helfend einschreiten. Denn es sind mittlerweile zu viele Fälle bekannt, bei denen Migrant_innen und Flüchtlinge vor den Augen von Schiffbesatzungen ertrinken.

"Durch Watch the Med und das Alarm Phone-Projekt stehen wir alltäglich mit hunderten Menschen in Kontakt, die das Mittelmeer überquert haben. Angesichts der Scheinheiligkeit der bislang vorgeschlagenen 'Lösungen', sehen wir uns

in der Pflicht, einige Irrtümer aufzuklären und zu versuchen, einen alternativen Raum zur Reflektion und zum Handeln zu öffnen." In einer :: Aussendung von Watch the Med (no-racism.net/article/4722) wird der 10-Punkte-Plan der EU-Innen- und Außenminister_innen "gegen das aktuelle Sterben im Mittelmeer" kritisiert.(***)

"Wir wissen, dass keine Auslagerung von Asylzentren und Grenzkontrollen, keine Ausweitung der Rettungsverpflichtung, keine Intensivierung der Überwachung und der Militarisierung das Massensterben im Meer beenden wird. Alles, was wir dafür kurzfristig brauchen, sind legale Einreisemöglichkeiten und Fähren. Werden die EU und die internationalen Behörden bereit sein, diesen Schritt zu gehen, oder wird die Zivilgesellschaft das für sie tun müssen?"

Humanismus oder Gerechtigkeit?

Doch wie weit sind die Zivilgesellschaften bereit, das Sterben an den Grenzen Europas (und nicht nur im Mittelmeer!) zu beenden und eine nachhaltige Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen?

In den Appellen gegen das Sterben im Mittelmeer werden zwar immer die humanitären Aspekte erwähnt, das Unrechtssystem, dass für der Sicherung des Wohlstandes in Europa dient, meist aber vergessen - bzw. bewusst ausgelassen. In einem :: Kommentar (no-racism.net/article/4716) zur Trauerkundgebung "Gegen Unrecht: Stoppen wir das Massensterben im Mittelmeer" am 20. April 2015 in Wien wird diese Haltung kritisiert, wenngleich auf einige positive Veränderungen hingewiesen wird. Doch diese sind nicht ausreichend, es geht darum, die Positionen der Zivilgesellschaft zu kritisieren, zu hinterfragen und die Aktions- und Denkräume zu erweitern.

"Denn es ist unser aktives Wegsehen, es ist unser Schweigen, das mithilft, dass die Situation an den Grenzen so unerträglich ist. Dass dieses Wegsehen, dieses Schweigen nun Widerstand sein soll, oder auch nur die Politiker_innen aufrütteln soll, das ist nur mit einer Logik erklärbar, in der Bilder mehr als Taten zählen."

An jene, die mit Tränen in den Augen und humanitären Floskeln das Leid beklagen, an jene, die diese



Ungerechtigkeit nicht wahr haben wollen, sei folgender Appell gerichtet: Unterstützt Migrant_innen und Flüchtlinge bei der Ein- und Weiterreise und akzeptiert nicht, dass Menschen entrechtet, eingesperrt und abgeschoben werden.

Eine nachhaltige Veränderung kann nur dann erreicht werden, wenn den Instrumenten der Abschottung und des Rassismus die Legitimation entzogen wird.

Es braucht keine Errichtung neuer Internierungslager in Nordafrika, die von EU-Politiker_innen schönfärberisch als "Willkommenszentren" bezeichnet werden. Es bedarf einer Schließung aller Internierungslager und Schubhäft für Migrant_innen und Flüchtlinge.

Es bedarf eines Endes der Abschiebungen, die der Aufrechterhaltung des Kolonialsystems dienen. Und es bedarf vor allem einer Abschaffung des Visaregimes. Nur so ist Gerechtigkeit möglich: Für Bewegungs- und Bleibefreiheit - für alle und überall!

Anmerkungen:

(*) Nicht nur von Europa aus werden Abschiebungen durchgeführt, sondern aus praktisch allen Staaten der Welt. Auch afrikanische Staaten beteiligen sich am Geschäft mit Abschiebungen. Dieser Artikel behandelt jedoch die Migrationsspolitik der EU und deren Durchführung.

(**) Der Begriff "Menschenhandel" ist mit Vorsicht zu verwenden, da er von Medien und Politiker_innen gerne dazu verwendet wird, um die repressive und mörderische Abschottungspolitik rechtfertigen zu können.

(***) Am 23. April 2015 fand ein Sondergipfel des Europäischen Rates statt. In einem offiziellen Statement erklären die Politiker_innen ihre Maßnahmen gegen die "Tragödie im Mittelmeer": "The European Union will mobilise all efforts at its disposal to prevent further loss of life at sea and to tackle the root causes of the human emergency that we face, in cooperation with the countries of origin and transit. Our immediate priority is to prevent more people from dying at sea." Aller Worthülsen zum Trotz bedeuten die vorgestellten Maßnahmen eine Fortführung der bisherigen Abschottungspolitik: Eine weitere Verschärfung der Repression und eine Intensivierung des Krieges gegen Migrant_innen.
Nachzulesen auf :: migrantsatsea.org.

Libyen: Ärzte ohne Grenzen fordert sofortige Freilassung

Teams der Organisation leisten seit mehr als einem Jahr medizinische Hilfe in sieben Internierungslagern in Tripolis, welche offiziell unter Kontrolle des Innenministeriums der international anerkannten Einheitsregierung stehen. Insgesamt haben Mitarbeiter_innen 16 solcher Gefängnisse besucht. Die entsetzlichen Haftbedingungen veranlassten die Hilfsorganisation, die sofortige Freilassung von willkürlich eingesperrten Flüchtlingen und Migrant_innen aus Internierungslagern in Libyen zu fordern.

Kritisiert wird u.a. der Ansatz der EU, Geld für eine Verbesserung der Haftbedingungen zu zahlen. Damit werde ein System willkürlicher Inhaftierung ohne jegliche rechtsstaatliche Kontrolle legitimiert und Menschen auf Dauer Gefahr und Ausbeutung ausgesetzt.

:: no-racism.net/article/5240
:: msf.exposure.co/human-suffering



Der Bürgerkrieg und die Kämpfe in Syrien trieben Ahmed zur Entscheidung nach Deutschland zu kommen. Dort angekommen wurde ihm mitgeteilt, dass gemäß des Dublin-Abkommens Bulgarien für sein Asylverfahren zuständig wäre und er dorthin abgeschoben werde. Um der Abschiebung zu entgehen, bat er Freunde ihn bei sich aufzunehmen.



Sie hetzen Menschen – bis in den Tod!

12. Aug 2017, no-racism.net/article/5222

Wir sprechen hier nicht von den Rekrut_innen des Bundesheeres, von denen einer Anfang August unter fragwürdigen Bedingungen zu Tode kam. Wir sprechen von jenen Menschen, die im Rahmen sog. Assistenzeinsätze von eben-diesen Rekrut_innen gejagt werden. An den Grenzen Österreichs ebenso, wie an den Außengrenzen der EU. Angetrieben und begleitet wird diese Menschenjagd vor allem von Politiker_innen und Medien.

Anstatt des Palavers von der "Schließung der Mittelmeerroute" wäre es an der Zeit, sich mit sinnvollen Gedanken zu beschäftigen. Ein Vorschlag, die Zahl der Toten im Mittelmeer von heute auf morgen zu reduzieren, wird seit einigen Jahren diskutiert: Flüchtlinge und Migrant_innen mit Fähren von Nordafrika nach Europa zu bringen.

Doch dagegen verwehren sich die Hetzer_innen. Einer der sich seit einiger Zeit immer wieder in Szene setzt, mit türkis eingefärbten "neuen Formen" der Politik, ist ein kurz-sichtiger Politiker, der vor allem eines will: An die Macht. Dabei scheut er, wie viele andere, vor nichts zurück. Sie bedienen sich rassistischer Vorstellungen und Mythen, die sie mittels "Studien" belegen. Sie geben vor, die "Grenzen schützen" und Fluchthelfer_innen - die sie als "Schlepper_innen" und "Menschenhändler_innen" denunzieren - das Handwerk legen zu wollen. Doch in Wirklichkeit sind es die :: Politiker_innen selbst, die Menschenhandel betreiben (Seite 33). Mit Millionen bis Milliarden(!) von Euros sponsern sie korrupte Regime, damit diese Migrant_innen und Flüchtlinge auf ihrem Weg Richtung Europa(*) stoppen.

Sie wissen ganz genau, was sie tun

So wird seit Jahren die Abschottung der EU vorangetrieben und mit Unsummen finanziert. :: Innerhalb (no-racism.net/rubrik/142) und :: um Europa (no-racism.net/thema/39) entstanden mehr und mehr Lager, die nur einem Zweck dienen: Der Internierung von Migrant_innen und Flüchtlingen. Doch allen Maßnahmen zum Trotz lassen sich viele Menschen nicht von ihrer meist heimlichen Reise nach Europa abhalten. Die immer weiter ausgebauten Abschottungsmaßnahmen zwingen viele dazu, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Und mit steigender Nachfrage steigen auch die Preise - vor allem für etwas sicherere Wege. Vielen bleibt keine andere Wahl, als die Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen. Wobei der Großteil der Menschen die gefährliche Überfahrt von Libyen aus versucht - vor allem nachdem :: die EU mit dem Regime Erdogans einen Pakt geschlossen (Seite 35) hat und viele Menschen von türkischen Behörden und Militärs gehindert werden, die wesentlich kürzere Überfahrt nach Griechenland zu wagen.

"Investiert" wird von der EU ebenfalls in die Grenzregime der rund um Libyen liegenden Länder, um auch dort Menschen auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen. In Ägypten und Algerien wurde die Grenzüberwachung verschärft. Im Niger wurden u.a. Polizei- und Armeeeinheiten "ausgebildet" sowie Internierungslager errichtet. Durch finanzielle Hilfen soll die Zusammenarbeit mit Transitländern wie Niger, Mali, Äthiopien, Sudan und Tschad verstärkt werden.

Begleitet werden diese Maßnahmen zur "Grenzsicherung" von rassistischer Hetze gegen Migrant_innen und Flüchtlinge. Es ist eine Politik, die keine Kosten und Mühen scheut, ein ewiges Hin und Her, das Menschen dazu zwingt, ständig neue Wege zu gehen.

Die Verschiebung der Blickpunkte - Dramatisierung pur

Die Verschiebung der Blickpunkte - Dramatisierung pur

Nachdem :: in den Jahren 2015 und 2016 (no-racism.net/article/5220) vor allem Berichte über die sog. Balkanroute Boulevardblätter und Mattscheiben füllten, ist nun wieder die "Mittelmeerroute" - insbesondere der

Weg von :: Libyen (no-racism.net/thema/123) nach :: Italien (no-racism.net/thema/119) und dessen vorgelagerten Inseln wie Lampedusa zum Mittelpunkt der :: aufhetzenden Berichterstattung (no-racism.net/thema/102) geworden.

Nachdem sich die Pläne, die Menschen auf den Inseln festzuhalten als Schnapsidee herausgestellt haben, weil die Ressourcen dort einfach nicht ausreichen, wird nun wieder auf ein Land gesetzt, das seit vielen Jahren in die Abschottungspolitik Europas eingebunden ist: Der Vorschlag, in Libyen sog. Hotspots einzurichten kam dieses mal vom französischen Vorzeigepäsidenten Emmanuel Macron. Dieser Vorschlag musste gleich wieder zurückgenommen werden, da die Lage in Libyen es einfach unmöglich macht, Lager zu errichten, in denen EU-Beamte über das Schicksal von Menschen entscheiden; doch neu ist diese Idee keinesfalls. Schon unter Gaddafi wurden mit EU-Geldern im nordafrikanischen Transitland auf dem Weg nach Europa Lager errichtet. Und schon lange bevor irgendwer überhaupt an einen "arabischen Frühling" zu denken wagte, waren die Zustände in diesen Lagern und die :: Situation von Migrant_innen und Flüchtlingen in Libyen (no-racism.net/article/3200) bekannt.

Politik, die Menschen tötet

Angesichts dieser Ausgangslage ist es ein Hohn, wenn Politiker_innen vorgeben, Menschenleben retten zu wollen, indem sie "die Mittelmeerroute schließen". Zwei Kurierreporter, die drei Wochen an Bord eines Rettungsschiffes von Ärzten ohne Grenzen verbrachten, berichteten von dem Einsatz im Rahmen eines "Logbuches". Ihnen zu folge herrsche *"weitestgehend Konsens, dass das Sterben und die unkontrollierte Einwanderung so nicht weitergehen können. Doch wie die Route auf humane Weise geschlossen und Migrant_innen auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden sollen, darüber ist sich Europa uneinig."* (kurier.at, 08. Aug 2017)

Wir hinterfragen an dieser Stelle diesen angeblichen Konsens: Seit Jahren fordern überall in Europa Menschen ein Ende der :: mörderischen Abschottungspolitik (no-racism.net/rubrik/45). Anstatt die Grenzen zu schließen und den Menschen keine Wahl zu lassen, als die gefährliche Überfahrt über das Meer zu wagen, wäre es viel einfacher, die :: Visaregime abzuschaffen, um das Sterben im Meer zu beenden (Seite 25). Wenn die Menschen die Möglichkeit haben, sich ein Flug- oder Fährenticket zu kaufen, dann müssten sie nicht die Hilfe von Fluchthelfer_innen in Anspruch nehmen.

Nein zu Rückführungen!

Wenn die Politiker_innen "KZ-ähnliche" Verhältnisse(**) in :: libyschen Lagern (no-racism.net/article/5146) feststellen, dann wäre es ihre verdammte Pflicht, die Menschen aus diesen Lagern zu befreien, anstatt sie im Meer aufzusammeln und dorthin zurück zu bringen. Um so wichtiger erscheint die Forderung :: "Fähren statt Frontex!" (no-racism.net/article/4722) Seit mehreren Jahren wird dies von Menschen auf beiden Seiten des Meeres gefordert, als einzige wirkliche effektive Maßnahme, um Menschenleben zu retten.

Anfang Juli 2017 veröffentlichte die u.a. in Häfen auf Sizilien tätige NGO Oxfam den Bericht "Die Hölle jenseits des Meeres" (L'inferno, al di là del mare, auf :: siciliamigrants.blogspot.co.at). Von den von OXFAM befragten Personen haben "84 Prozent (...) ausgesagt eine menschenunwürdige Behandlung erlitten zu haben, darunter brutale Gewalt und Folter. 74 Prozent der Befragten haben ausgesagt die Tötung oder Folter eines Mitreisenden miterlebt zu haben. 80 Prozent haben ausgesagt ohne Wasser und Nahrung geblieben zu sein und 70 Prozent der Befragten berichteten davon in offiziellen oder inoffiziellen Haftanstalten gefangen gehalten worden zu sein."

Anfang August wurde basierend auf den schockierenden Aussagen ein weiterer Bericht veröffentlicht, in dem noch einmal klar gestellt wird, warum Menschen die Möglichkeit, "diese Hölle zu verlassen", nicht verwehrt werden soll

(: Torture, rape and slavery in Libya: why migrants must be able to leave this hell, no-racism.net/article/5223).

Die EU-Mitgliedstaaten werden davor gewarnt, Menschen an der Flucht aus Libyen zu hindern, denn dies gefährdet mehr Männer, Frauen und Kinder, missbraucht oder ausgebeutet zu werden.

OXFAM vertritt die Meinung, dass die Menschen erst einmal kommen müssen. Um die Überfahrt zu ermöglichen, müsse die EU sichere Korridore schaffen, über die Flüchtlinge nach Europa kommen, wo sie einen Antrag auf Asyl stellen können.

Fähren jetzt!

Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM,) aus Berlin, die seit vielen Jahren auf die Probleme in Nordafrika und bei der :: Überquerung des Mittelmeeres (ffm-online.org/mittelmeerraum) aufmerksam macht, schreibt auf ihrer Homepage:

*"Fähren jetzt: eine naive Forderung? Ich sehe vor mir das milde Lächeln der Ministerin, die gewundenen Statements der Politiker[*innen] in den Talkshows, die uns erklären, das Boot sei voll und Europa könne mehr Migrant*innen nicht verkraften. Es werden 'intelligente Lösungen' vorgestellt, sprich Militärpartner[*innen]schaften mit Mali, Aufrüstungen für den Sudan und das Verbot, Schlauchboote und Motoren nach Libyen zu exportieren. Auch die Forderung nach dem Aufbau einer libyschen Küstenwache fehlt in keiner Stellungnahme. Von der katastrophalen Lage der Migrant*innen in Libyen wird nur gesprochen, um möglichst viele davon abzuhalten, Richtung Norden aufzubrechen, und die 'Schleuser[*innen] und Schlepper[*innen]' medial zur Intervention freizugeben. Krokodilstränen.*

Wer gewählt werden will, darf die Forderung nach Fähren nicht unterstützen? Es gibt inzwischen einen gewichtigen Teil der Bevölkerung, der sich von einer politischen Klasse, die das ertrinken lassen zur Staatsraison erhoben hat, nicht mehr vertreten fühlt. Fürchtet Euch nicht! Ja, es würden Hunderttausende kommen. Ihre

*Ankunft wäre für manche beunruhigend, aber sie wäre für niemand bedrohlich. Sie wäre das Konjunkturprogramm, das Europa so dringend braucht, und die Rücküberweisungen wären die wichtigste Aufbauhilfe für Afrika. Und schon nach 1-2 Jahren wären die Fähren auch auf der Rückfahrt voll von Migrant*innen, die ihre Familien besuchen oder für immer zu ihnen zurückkehren wollen.*

*Fürchtet Euch nicht vor den Migrant*innen! Fürchtet Euch vor der Unmenschlichkeit! Fürchtet Euch vor dem schreienden Unrecht und dem Zynismus der unterlassenen Hilfe.*

Es gibt ein elementares Recht auf Migration - aber es gibt kein Recht auf der Welt, Menschen verhungern oder ertrinken zu lassen."



Anmerkungen:

(*) Diese Form der Politik gibt es nicht nur an der Grenzen der EU, sondern mittlerweile rund um den Globus. In diesem Bericht beschränken wir uns jedoch auf die menschenverachtende Anti-Migrationspolitik Europas.

(**) Der Vergleich von Internierungslagern in Libyen mit den Konzentrationslagern der Nazis ist mit Vorsicht zu genießen, denn zu leicht wird dadurch einer Verharmlosung des Nationalsozialismus Vorschub geleistet; insbesondere angesichts des enormen Rechtsrucks in Europa und dem zunehmenden Erstarken offen faschistischer Prateien.

Wer handelt hier mit Menschen? Die Europäische Union!

09. Mar 2016, no-racism.net/article/5046

Sie reden vom Kampf gegen den Handel mit Menschen, doch sind es die Politiker_innen der EU und angrenzenden Staaten selbst, die einen Handel mit Menschen betreiben. Es ist ein profitables Geschäft, in dem Milliarden von Euros fließen. Ein Geschäft, bei dem Menschenleben nicht mehr zählen und Tote zu Nummern verkommen. Doch sie können die Migration nicht stoppen: Sie ist der Weg in Freiheit - oder Tod!

Sebastian Kurz ist einer jener Hardliner in der aktuellen Diskussion um die weitere Schließung der Grenzen Europas. Seine zynische, überhebliche Art ist die eines Rassisten, nichts anders verbirgt sich hinter dem Gesicht des jungen Außenministers, der als Integrations-Staatssekretär noch als weltoffen wahrgenommen wurde.

Doch dies alles ist Fassade, ist Lüge - um des Profites willen. Es geht dabei nicht nur um die Stimmen von Wähler_innen, es geht vor allem auch um Geld. Seit Jahrzehnten hat die EU unzählige Milliarden Euros ausgegeben - nicht zum Schutz von Menschen, nein: Dieses Geld diente und dient dazu, Menschen in den Tod zu treiben, sie ertrinken zu lassen, sie zu erschießen. Kurz gesagt: An diesen Milliarden-Beträgen zur angeblichen Sicherung (der Grenzen) Europas klebt das Blut 1.000er Menschen.

Nun wissen wir, dass Politiker_innen gerne reisen - auf Kosten der Steuerzahler_innen - und sich dabei nicht wenig Luxus gönnen. Sie treffen sich an noblen Orten, quartieren sich in noblen Hotels ein und veranstalten Gala-Dinners, von denen der Großteil der Menschen nur träumen kann. Bei ihren Treffen, die meist hinter verschlossenen Türen statt finden, disku-

tieren sie ihre menschenverachtenden Anschauungen und verhandeln politische Maßnahmen - über die Existenz von Menschen hinweg. Sie versprechen Gelder - nicht ihre eigenen! - an korrupte Staats- und Regierungschef_innen und fördern damit noch mehr Ausbeutung, Unterdrückung und Kriege. **An den Händen der Politiker_innen klebt Blut. Sie sind die Schreibtischtäter_innen des 21. Jahrhunderts.** Sie sind ebenso zu verachten wie ihre Politik.

Mit Stolz verkündete der jugendliche Außenminister Österreichs im staatlichen Fernsehen die Durchsetzung weiterer rassistischen Maßnahmen an den Grenzen - die Schließung der Balkanroute - und verweist auf seine Leistung: "Wir haben monatelang darauf hingearbeitet". Ob es dadurch nicht noch zu mehr Toten an den Grenzen kommen wird? "Die meisten Toten entstehen, wenn wir in Europa



Aufgrund des immer noch anhaltenden Bürgerkrieges in Afghanistan, kam Mahmoud nach Deutschland. Die deutschen Behörden wollten ihm jedoch kein Recht auf Asyl zuerkennen. Als die Polizei vor seiner Tür stand um ihn abzuschleppen, weigerte er sich diese zu öffnen, ohne zuvor einen Durchsuchungsbefehl gezeigt zu bekommen.



offen sind und dazu verleiten, dass sich immer mehr auf den Weg machen," so der kurz-sichtige Politiker. Wer verleitet hier wen? Wenn Menschen die Entscheidung treffen, sich auf den Weg zu machen, um ein besseres Leben zu finden - was ist verwerflich daran? Es ist eine ganz normale menschliche Handlung, einer ausweglosen Situation zu entkommen. Weg von Krieg und Armut, weg von Bomben und Hoffnungslosigkeit.

Alles zurück lassen und sich auf eine ungewisse Reise zu begeben, deren Ziel die Unsicherheit ist, ist keine einfache Entscheidung. Allen Menschen, die sich dazu entscheiden, sei Respekt gezollt. Doch statt dessen werden sie an ihrer Reise gehindert, werden gefangen genommen, registriert, in Lager gesperrt, geschlagen, misshandelt und immer, immer wieder mit Gewalt konfrontiert. Und nun kommt dieser Clown ins politische Geschäft, denkt er sei was besonderes und stimmt mit ein in den Kanon der Rassist_innen: "Sie sind bereit zu Gewalt", meint er über jene Menschen, die sich nicht durch Zäune und Stacheldraht aufhalten lassen wollen. Was ist sein Problem? Warum bleibt er nicht zu Hause in seinem Alpendorf, wenn er ein Problem mit der Reisefreiheit hat? Statt dessen reist er in der ganzen Welt herum, mit dem Ziel, anderen Menschen ebendiese zu verwehren. Wer gibt ihm das Recht dazu?

Eines sei ihm hier gesagt: **Löcher in einen Zaun zu schneiden und**

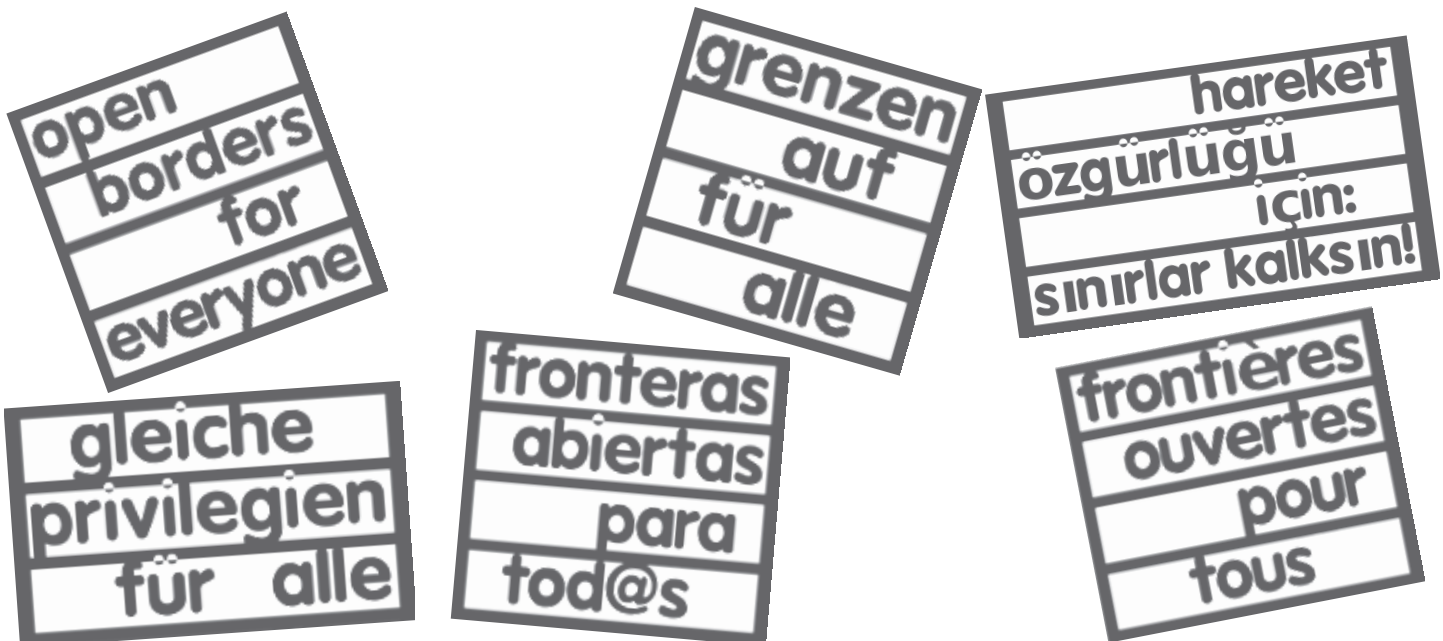
Zäune nieder zu reißen ist keine Gewalt, es ist eine Notwendigkeit, eine Maßnahme gegen die Gewalttätigkeit der Grenzwächter_innen. Jene mit EU-Geldern bezahlten Schergen, die mit Schlagstöcken, Hunden, schweren Waffen und Panzern Jagd auf Menschen machen, sind es, die tagtäglich gewalttätig agieren. Die oft kein Problem haben, Menschen einfach abzuknallen, wie seit vielen Jahren (nicht nur) an der Grenzen um Ceuta und Mellila zu beobachten ist.

Es ist ihre rassistische Weltanschauung, ihre faschistoide Haltung, den Befehlen der Schreibtischtäter_innen zu folgen - wie ihre Ausrede dann lauten wird. Sie wissen, dass sie einen Krieg gegen Menschen führen, gegen Menschen, die nichts anderes wollen, als in Sicherheit leben! Kurz weiß, dass es den meisten Migrant_innen darum geht, ein besseres Leben zu finden. Und das findet er verwerflich!? **Was ist schlecht daran, sich auf den Weg zu machen, um ein besseres Leben zu finden?** Migration ist nichts neues, seit Menschen diesen Planeten bewohnen, migrieren sie. Was sie daran hindert sind die Grenzen - und diese sollten endlich weg! Grenzen sind ein Ausdruck staatlicher Gewalt, sie sind künstlich gezogene Linien die der Ausgrenzung dienen: Grenzen sind Ausgrenzung! Grenzen sind ein Instrument staatlichen Rassismus!

Ich will dahin, wo ich leben kann! Dies sollten sich die Politiker_innen endlich mal merken! Menschen haben

das Recht zu leben - ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Doch die Abschottungspolitik Europas ist gleichbedeutend mit Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist eine Politik, die die weltweite Ungleichverteilung aufrecht erhalten will, die nicht bereit ist, aufzugeben und zu sagen: Wir wollen eine Welt des Friedens und der Freiheit, wie vor 70 Jahren zwischen den Leichenbergen der Konzentrationslager verkündet. Nein, sie halten fest am Rassismus ihrer Großväter und Urgroßväter bzw. -mütter, sie halten fest an ideologischen Werten, mit denen die Nationalsozialist_innen und Faschist_innen Europas die Welt in den Krieg führten, in dem Millionen Menschen den Tod fanden und der Millionen Menschen zur Flucht zwang. Sie haben das alles nicht vergessen, doch sie finden es offensichtlich nicht schlecht - sonst würden sie anders handeln, würden die Politik des Rassismus und der Ausgrenzung für beendet erklären. Würden damit aufhören, Menschen zu internieren und zu deportieren, nur weil ihnen das Recht auf Aufenthalt verwehrt wird. Diese Politik dient einzig und allein dazu, Menschen die Freiheit zu nehmen, den Ort zum Leben selbst zu wählen.

Doch diese Freiheiten, die Bewegungs- und die Bleibefreiheit werden sich die Menschen nicht nehmen lassen; diese Freiheiten sind fundamental. Für sie lohnt es sich zu kämpfen und Grenzen wie Zäune nieder zu trampeln. **Ohne wenn und aber: Für eine Welt ohne Grenzen!**



Und sie verhandeln wieder ...

18. Mar 2016, no-racism.net/article/5058

Am Spiel stehen: Leben und Tod! Doch ist es wirklich ein Spiel, das die EU-Granden hier treiben? Oder sind es nicht vielmehr die Umsetzungen weiterer menschenverachtender Maßnahmen. Ihr Treiben hat Namen: Handel mit Menschen, Zäune und Mauern, Tor zu... Kurz gesagt: Staatlich organisierter Rassismus!

Es sind die Schreibtischtäter_innen des 21. Jahrhunderts, die dieser Tage in Brüssel zusammen kommen, um über Leben und Tod 100.000er Menschen zu bestimmen. Es geht ihnen dabei nicht um das Ende der Kriege, die sie führen, es geht ihnen nicht um die viel beschworenen "humanitären Lösungen", es geht ihnen auch nicht um einen vorgeblichen Kampf gegen "Menschenhandel", nein: Diesen Handel betreiben sie selbst, die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder, die Vorsitzenden von Rat und Kommission der EU und ihre Handlanger aus der Türkei. Für diese "Granden" mag es ein Spiel sein, für die Millionen Menschen,

die sich derzeit auf der Flucht vor Ausbeutung und Krieg befinden, sind es lebensbedrohende Maßnahmen, die hier ausgehandelt werden.

Doch sie spielen, wie u.a. eine Aussage in der ZIB 13:00 am 18. März 2016 nahe legt: "Wir befinden uns in der Pokerphase der Verhandlungen", so die Aussage des Reporters in Brüssel. Es handelt sich hier aber um kein Pokerspiel, sondern um den Versuch der Durchsetzung rassistischer Maßnahmen, die geleitet sind von Machtinteressen. Es geht um Geld, das hat es mit Pokern gemeinsam, und zwar um sehr viel Geld. Die EU gibt jedes Jahr Unsummen für Abschottung aus, jetzt kommen halt ein paar Milliarden(!) Euro dazu. Dass dieses Geld viel sinnvoller eingesetzt werden und allen in Europa lebenden Menschen zugute kommen könnte, dass wissen die Politiker_innen nur zu gut, doch es geht ihnen einmal mehr nicht um das allgemeine Wohl und Frieden, nein sie wollen ihren Krieg intensivieren: Den Krieg gegen Flüchtlinge und Migrant_innen, bei dem in den vergangenen zwei Jahrzehnten zeh-

tausende Menschen zu Tode kamen.

Dass dabei Gesetze und Rechte keine Rolle mehr spielen, ist nicht von der Hand zu weisen. Denn die nach wie vor gültige Genfer Flüchtlingskonvention oder die Einhaltung der Menschenrechte sind Grundlagen Europäischen Rechts. Doch diese werden immer wieder "mit Füßen getreten", als würden sie nicht existieren. Dies trifft sowohl auf die EU zu, als auch auf deren Verhandlungspartner_in. Pro Asyl schreibt dazu in einem Statement zum aktuellen EU-Türkei-Gipfel:

"In der Türkei geht es mit den Menschenrechten rapide bergab. Regierungskritische Medien werden zusehends unter Druck gesetzt: Die Regierung ließ am vergangenen Freitag die Redaktion der auflagenstärksten Zeitung des Landes, der regierungskritischen "Zaman" stürmen und gleichschalten. Zugleich wurden Vorwürfe laut, die türkischen Grenzschützer hätten neun syrische Flüchtlinge an der türkisch-syrischen Grenze erschossen. Alles deutliche Anzeichen dafür, dass die Regierung Er-



Makeda Fioh über Italien nach Deutschland, nachdem ihr Leben in Eritrea nicht mehr sicher war, weil sie kritische Berichte über die Machenschaften des dortigen diktatorischen Regimes veröffentlicht hatte. Gemäß des Dublin-Abkommens wollte Deutschland sie nach Italien abschieben. Sie wehrte sich, indem sie Unterstützung seitens der Kirche suchte.



dogan kein vertrauenswürdiger Partner ist, wenn es um Menschenrechte geht."

Dass Flüchtlinge in der :: Türkei keineswegs sicher (no-racism.net/article/5057) sind, ist allgemein bekannt, wird aber immer wieder anders dargestellt. Doch die führenden Politiker_innen in der EU schert das nicht. Sie sind gewillt, ihre Pläne umzusetzen - und täuschen dazu Einigkeit vor. Sie wollen den Menschen den Weg nach Europa möglichst schwer machen. Dass sie damit der Ausbeutung Tür und Tor öffnen, dass sollte ihnen klar sein. Und dass sie mit dem Deal mit der Türkei, den sie teuer bezahlen, selbst zu Menschenhändler_innen werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Denn was sonst soll es bedeuten, wenn Menschen einfach ausgetauscht werden: Für jede abgeschobene Person eine andere aufnehmen - und dafür bezahlen. Dass dies vorerst mal so leicht dahingesagt wird, sagt aber noch nichts darüber aus, ob dann schlussendlich wirklich Menschen auf legalem Weg in die EU einreisen können. Denn bisher scheiterten alle Versuche der EU, die Menschen auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Und das wird sich wohl in absehbarer Zeit nicht ändern. Die Abschiebungen, die

bereits jetzt ein großes Geschäft in der EU darstellen, mit denen Millionen "erwirtschaftet" werden, werden wohl bald beginnen. Die angeblichen Prüfungen der Fluchtgründe wird wohl so sein, wie bekannt. Da steht dann einfach "offensichtlich unbegründet" am Papier - und schon ist die Sache gelaufen. Abgesehen davon wird den Menschen grundsätzlich das Recht auf Mobilität verwehrt - unabhängig ob sie sich auf der Flucht befinden oder auf der Suche nach Perspektiven für ein besseres Leben. Viel besser wäre es, wenn endlich das Visaregime abgeschafft und Reisefreiheit eingeführt werden. Doch dies passt nicht in das rassistische Konzept der "Festung Europa".

Was wird also kommen? Die Errichtung von weiteren Internierungslagern, noch mehr Massenabschiebungen, die Verweigerung von Asyl, geschlossene Grenzen - und in der Folge weitere Bomben, Kriege und Tote: Das sind die voraussichtlichen Ergebnisse der gerade laufenden Gespräche in Brüssel.

Die einzige Antwort auf die Rassismuskrise in Europa kann lauten: Grenzen auf für Alle! Dies wurde schon so oft gesagt, doch Rassist_innen sehen das

eben anders. Und all jene Politiker_innen, die sich an den Machenschaften als Schreibtischtäter_innen beteiligen, müssen es sich gefallen lassen, als das bezeichnet zu werden, was sie sind: Üble Rassist_innen, die auf Kosten unzähliger Menschen(leben) ihre auf Machtgier und Profitgier basierende Politik betreiben.

Unsere Antwort kann nur lauten: Weg mit den Zäunen und Mauern, weg mit den Kriegsschiffen und der Grenzpolizei, weg mit Abschiebefliegern und Schubhären. Nur ein offenes Europa kann auf Dauer Frieden bedeuten, doch so wie es aussieht, legen die verantwortlichen Politiker_innen keinen Wert darauf. Um so mehr sind die Menschen gefragt, nein zu sagen. Nein zu dieser menschenverachtenden Politik, die nur in eine Richtung weist: In eine Zeit, die vor 70 Jahren für beendet erklärt wurde - nachdem die halbe Welt in Trümmern lag. Damit diese Geschichte tatsächlich der Vergangenheit angehört, ist es an der Zeit, aufzuwachen und zu handeln.

Trampeln wir die Zäune nieder und verwandeln wir den Stacheldraht in Altmetall - hier und überall!



Grenzzäune abbauen – die Tagesordnung des Widerstandes

01. Apr 2016, no-racism.net/article/5072

Wenn die Verantwortlichen in Politik, Polizei und Behörden sich tagtäglich mit rassistischen Maßnahmen übertreffen wollen, dann ist es an der Zeit aktiv zu werden und sich klar dagegen zu stellen!

Wir beobachten seit vielen Jahren den Ausbau der sogenannten "Festung Europa". Diese beinhaltet nicht nur Militär und Polizei an den Außen- und Binnengrenzen, sondern auch eine massive Verschärfung der rassistischen Migrations- und Asyl-Gesetze. Damit folgen die meist sozialdemokratischen und konservativen Regierungen, die diese Maßnahmen umsetzen, der Hetze der faschistisch-noenazistischen Parteien, die überall in Europa eine massive Bedrohung der Freiheit darstellen - daran ändert sich auch nichts, wenn sie sich selbst als freiheitlich bezeichnen. Sie sind Feinde der Freiheit und folgen einer offen rassistischen Ideologie, der zufolge sie selbst als etwas "besseres" anzusehen sind.

Anstatt zu begreifen, dass Freiheit nur dann erreicht werden kann, wenn sie durch keine Barrieren mehr eingeengt wird, wünschen offenbar viele Menschen in Europa, dass ihre Privilegien durch mehr und mehr bedenkliche Maßnahmen "gesichert" werden. Sie haben kein Problem damit, wenn Menschen zu tausenden im Mittelmeer ertrinken oder gar kaltblütig abgeknallt werden, wie dies seit Jahren u.a. an den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla zum Alltag gehört. Und überall dort, wo Menschen die Rechte (auf Bewegungsfreiheit) entzogen werden, dort finden sich widerwärtige Handlanger_innen des Systems, die helfen, die rassistischen Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Ein Heer von Vollstrecker_innen, die ihren menschenverachtenden Job freiwillig erfüllen und dafür mit Bonuszahlungen belohnt werden.

Überall in Europa wächst nicht nur der Rassismus, sondern es wachsen die Instrumente zu dessen staatlich organisierter Umsetzung wahrlich aus dem Boden. Registrierungscentren, Hot-Spots, Erstaufnahmeeinrichtungen, Ausreisezentren und viele andere Bezeichnungen haben sich die



Schreibtischtäter_innen einfallen lassen, um die von ihnen kreierten Gefängnisse zu bezeichnen, in denen Menschen ohne jegliche richterliche Entscheidung eingesperrt werden. Wir kennen es in Zusammenhang mit der Verhängung von Schubhaft: Allein die Willkür der Beamten reicht, um Menschen, denen die entsprechenden Papiere fehlen, hinter Gitter zu bringen. Eine mehr als zweifelhafte Praxis - im Sinne demokratischer Gewaltenteilung, von der nach wie vor in der Schule unterrichtet wird, sie sei einer der Grundlagen der Demokratie. Doch wie schaut es um die Demokratie und die in Europa so groß geschriebenen Menschenrechte aus? Oder die vorgeblichen Werte, die die Schreibtischtäter_innen den Ausgeschlossenen beibringen wollen? Handelt es sich bei diesen Werten um: Rassismus, Freiheitsentzug, Hetze, Entzug von grundlegenden Rechten, Ausbeutung, ...? Dieser Eindruck entsteht beim regelmäßigen Lesen diverser Beiträge aus dem Boulevard ebenso wie aus den sich selbst als qualitativ und liberal darstellenden Medien. Und dann die Erinnerung an eine immer wieder zu hörende Kritik, die zwar leise aber mit Gewissheit die Unmenschlichkeiten anprangert.

Diese Kritik ist zugegebenermaßen viel zu leise, doch immer wieder mal kann sie nicht überhört werden. Es ist eine Kritik an den "herrschenden Zuständen", eine Kritik die sich nicht immer klar gegen jegliche Form von Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung richtet. Oft ist sie verschwommen, unklar oder entlarvt sich als Teil der herrschenden Ordnung. Genau deshalb bedarf es einer klaren Kritik, klarer Worte und Taten, die klar machen, dass die Ausgrenzung in Europa endlich ein Ende haben muss.

Es genügt schon lange nicht mehr, Löcher in den Zaun zu schneiden - wengleich diese Praxis sehr zu begrüßen ist. **Es ist an der Zeit, die Zäune abzutragen!** Es ist an der Zeit, die diversen Internierungslager und Gefängnisse abzutragen, in die mensch nur eingesperrt wird, weil sie/er nicht über die entsprechenden Papiere verfügt. Dass dies keine leichte Aufgabe ist und nicht von heute auf morgen geschehen kann, zeigt allein der Umstand, dass ständig neue Zäune, Grenzen, Mauern, Internierungslager und Gefängnisse errichtet werden. Doch dieser Umstand soll keine Entschuldigung dafür darstellen, dass die Abtragung der bestehenden Ungerechtigkeit nicht sofort in die Tat umgesetzt wird. **Es gibt dazu keine Alternative.** Wenn die Politiker_innen nicht bereit sind umzudenken - hin zu einem offenen Europa, dann sind alle dazu aufgerufen, selbst dazu beizutragen, Sand ins Getriebe der Abschöpfung-, Internierungs- und Abschiebungsmaschinerie zu streuen. Weg mit Grenzzäunen und Überwachung, weg mit Internierungslagern und Schubhäfteln. Nein zu "Hot Spots", Registrierzentren und weiteren Verschärfungen der rassistischen Migrations- und Asylgesetze. Bewegungs- und Bleibefreiheit für alle - überall. Bringen wir die Festung Europa zum Kentern, bevor es zu spät ist. No Pasaran!

EU & Menschenrechte?

Ha, ha, ha...

07. Apr 2016, no-racism.net/article/5074

Immer wieder ist dieser Slogan auf Demonstrationen zu hören - sehr vereinfacht verbirgt sich dahinter traurige Wahrheit: Die EU, die die Menschenrechte angeblich so hoch hält und andere Staaten dazu auffordert, diese einzuhalten, hält selbst nicht sehr viel von ihren angeblichen Werten.

Die verlogene Rede von Werten

Immer wieder wird von Politiker_innen und Journalist_innen - insbesondere im Boulevard - behauptet, Menschen die nach Europa migrieren oder fliehen müssten die europäischen Werte beigebracht werden, damit sie sich integrieren können. Doch welche Werte sind hier gemeint? Die Menschenrechte, die angeblich für alle Menschen Gültigkeit haben? Wohl kaum:

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren", heißt es im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Vereinten Nationen (UNO) und ihre Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet *"auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken"*. Es ist vor allem die Europäische Union, die immer wieder auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht, diese gleichzeitig aber mit Füßen tritt. Denn vielen Menschen, die nach Europa kommen, werden grundlegende Rechte entzogen, sie sind praktisch rechtslos, ohne Rechte, und somit auch ohne Menschenrechte.

Denn wurden die Rechte entzogen, ist es kaum möglich Menschenrechte einzuklagen. Menschen werden somit als "vogelfrei" erklärt und Rassismus wird verstärkt, die weißen Europäer_innen werden mit Privilegien ausgestattet, indem die Ungleichheit via Gesetz festgeschrieben wird.

In einer Gesellschaft, die derart mit Menschen umgeht, die auf der Suche nach Schutz sind, die ausgeschlossen sind aus der Gesellschaft und denen der Zugang zu vielen Jobs, Wohnungen, Bildungseinrichtungen usw. versperrt bleibt, gegen die pausenlos gehetzt wird - von Politik, Behörden, Polizei und Medien ebenso wie am sog. Stammtisch - in einer Gesellschaft wie dieser ist die permanente Rede von den Menschenrechten und den angeblichen "europäischen Werten" einfach nur als Hohn zu bezeichnen. Die aktuellen Maßnahmen der EU gegen die Einwanderung über die Türkei - oft als "Deal" bezeichnet - können dies nur einmal mehr bestätigen.

Die Ankündigung der EU, im Gegenzug zu den Rückführungen, die eindeutig gegen internationales Recht verstoßen, Menschen direkt aus der Türkei aufzunehmen, kann nur als Augenauswischerei bezeichnet werden. Denn seit Jahren könnten die Behörden Menschen aus sog. Drittstaaten oder direkt aus den Herkunftsstaaten aufnehmen. Doch gerade das Gegenteil ist der Fall: So wurde u.a. die Möglichkeit in

Botschaften um Asyl anzusuchen vor rund einem Jahrzehnt abgeschafft.

Und nun wird erneut ein bedenklicher Schritt gewagt. Die Anfang April 2016 begonnen Abschiebungen von den griechischen Inseln in die Türkei werfen ein neues Licht auf die angeblichen Grundwerte der EU.

Der EU-Türkei-Deal

Folter und Misshandlungen, Abschiebungen in Kriegsgebiete usw. sind nichts Neues innerhalb der EU, doch neu ist, wie offen dies derzeit praktiziert wird. Dass die :: Türkei kein sicherer Staat ist, ist bekannt. Immer wieder wurde das Land deshalb von EU-Politiker_innen kritisiert, wurde eine mögliche Mitgliedschaft in der EU in Frage gestellt bzw. ausgeschlossen. Doch nun, wo dieses Land mehr und mehr in die Abschottung der EU eingebunden wird, als Grenzwächterin der EU agiert und Massenrückführungen von Flüchtlingen die es bis in die EU geschafft haben, akzeptiert - und diese dann gleich in neu errichtete Haftzentren sperrt - ist von all diesen Verletzungen der Menschenrechte, von der fehlenden Sicherheit, von der nicht vorhandenen Meinungsfreiheit und dem (neu ausgebrochenen) Krieg gegen die kurdische Bevölkerung keine Rede mehr.

Doch nicht nur dass die Situation in der Türkei selbst keineswegs als sicher bezeichnet werden kann, haben verschiedene Recherchen bestätigt,



dass die Türkei Massenabschiebungen in Kriegsgebiete durchführt, wie nach Syrien. Menschen werden an der Grenze zurückgewiesen, ihnen die Einreise verwehrt und teilweise werden sie sogar in das Kriegsgebiet abgeschoben. Bei Recherchen von Menschenrechtsorganisationen an der Grenze zwischen Türkei und Syrien kam heraus, dass in den vergangenen Wochen und Monaten tagtäglich Kriegsflüchtlinge - Männer, Frauen und Kinder in Gruppen von bis zu hundert Personen - gegen ihren Willen zurückgeschickt wurden.

Bereits Ende vergangenes Jahr [2015] wurde bekannt, dass zahlreiche Menschen, die es bis an die Westgrenze der Türkei schafften, also (fast) bis nach Europa, festgenommen und *"in mehr als 1000 Kilometer entfernte Haftzentren im Süden und Osten des Landes gebracht"* wurden, wie der Amnesty-Bericht "Europe's Gatekeeper" belegt. In diese von der EU finanzierten Haftzentren werden die Menschen vor eine unmenschliche Wahl gestellt: *"Entweder sie bleiben auf unbestimmte Zeit in Haft, oder sie kehren in ihre Heimatländer Syrien und Irak zurück, wo ihnen Verfolgung, Folter und Tod drohen. Damit verstößt die Türkei eindeutig gegen internationales Recht und handelt im starken Kontrast zu ihrer bisherigen sehr humanitären Haltung"*, wie auf der Website von Amnesty International zu lesen ist. (amnesty.org -> Europe's Gatekeeper)

Geld für Haftzentren und Abschiebungen

Die Milliarden, die die EU der Türkei für die Kooperation bei den Massen-

abschiebungen und Internierungen bezahlt, dienen laut offiziellen Angaben der verantwortlichen Politiker_innen vor allem der Unterbringung der mehr als 2 Millionen Flüchtlingen aus Syrien. Dass diese Unterbringung zumindest teilweise in Haftzentren erfolgt, wird dabei verschwiegen - obwohl es den EU-Politiker_innen bekannt sein muss. Und angesichts der bekannten Praxis der EU im Umgang mit Flüchtlingen und Migrant_innen, vor allem an den Außengrenzen, ist daran zu zweifeln, dass die Milliardenhilfe tatsächlich für "humanitäre Maßnahmen" dient, wie der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen.

Als Beispiel sei :: Libyen (no-racism.net/thema/123) genannt, wo die EU dem später bekämpften und ermordeten Diktator Gaddafi Unmengen von Geldern zur Verfügung stellte, damit die Migration nach Europa gestoppt würde und Menschen massenweise in Haftzentren gesperrt wurden. Oder :: Marokko (no-racism.net/thema/115), dass seit vielen Jahren als Grenzwächterin der EU fungiert, inklusive Razzien, Misshandlungen, unzähligen Erschossenen an den Zäunen rund um Ceuta und Melilla, Deportationen in die Wüste usw., begleitet von einem massiven Rassismus insbesondere gegen Schwarze Menschen. Oder die :: Ukraine (no-racism.net/thema/111), wo mit EU-Geldern Internierungslager errichtet und betrieben wurden und werden, teilweise mit Hilfe sogenannter humanitärer Organisationen wie der Caritas. Beispiele wie diese gibt es viele und eines haben die unterschiedlichen Maßnahmen gemein: Sie sind klar menschenverachtend, so wie die (harmonisierte) Migrations- und Asylpolitik der EU mehr und mehr bezeich-

net werden muss. Menschen sollen möglichst in Kriegs- und Krisengebieten - genannt wird dies u.a. :: Regional Protection Programm (regionale Schutzprogramme, no-racism.net/article/1518) - festgehalten und ihnen der Weg nach Europa versperrt werden. Dazu werden seit Jahren :: Lager außerhalb der Schengengrenzen (no-racism.net/thema/39) errichtet, die nicht dem Schutz der Menschen dienen, sondern vielmehr als Gefängnisse oder Internierungszentren bezeichnet werden müssen - wie die nun mit EU-Geldern errichteten Zentren in der Türkei.

Zäune abtragen, Lager schließen, Abschiebungen beenden!

All die Maßnahmen der EU werden die Migrationsbewegungen nicht stoppen können, denn viele der Reisenden haben keine Wahl, sie befinden sich auf der Suche nach einem Ort zum Leben. Und selbst jene, die nicht vor Krieg und Hunger fliehen, haben den Willen, ihr Ziel zu erreichen. Und dieses Ziel ist: Europa! Sie zu behindern wird ihnen nicht unmöglich machen, nach Europa zu kommen. Sehr wohl wird ihre Reise dadurch gefährlicher, noch mehr Tote an den Grenzen werden die Folge sein.

Vor allem für Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, wie Alte, Kranke, Schwangere, Kleinkinder und unbegleitete Kinder und Jugendliche, wird sich die Situation durch die Vorgangsweise der EU einmal mehr verschlechtern, obwohl sie schon jetzt von Übergriffen und Ausbeutung bedroht sind.

Damit macht die EU genau das Gegenteil von dem, was sie vorgibt zu



tun. Denn durch die verschärfte Vorgangsweise an den Grenzen werden Leute noch mehr auf die Unterstützung von Fluchthelfer_innen angewiesen sein. Dadurch werden die Preise steigen - und wer nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, wird neuen Gefahren ausgesetzt sein.

Dass dies letztendlich zu mehr Widerstand führen wird, sollte den EU-Bonz_innen klar sein, denn ein längerer Aufenthalt in einem Internierungslager in der Türkei oder den "Hotspots" in Griechenland und Italien stellt wohl für keine_n eine wirkliche Perspektive dar. Doch scheinen die Schreibtischtäter_innen eben genau das zu verfolgen, möglichst viele Menschen zu internieren, bevor sie Europa erreichen.

Damit provozieren sie Widerstand und Aufstände, wie wir sie seit vielen Jahren aus allen Teilen Europas kennen: Menschen, die gegen ihren Willen in Internierungslager und Abschiebegefängnisse gesperrt werden, nehmen dies nicht immer einfach so

hin. Demonstrationen, Essensverweigerung und Hungerstreiks, Selbstmordversuche, Ausbrüche aber auch Riots die nicht selten damit enden, dass ganze Lager in Feuer aufgehen, sind keine Seltenheit in Europas Lagerlandschaft. Menschen, denen fundamentale Rechte verwehrt werden, die misshandelt werden, nur weil sie nicht über die "richtigen" Papiere verfügen, bleibt oft keine andere Wahl als zu drastischen Maßnahmen zu greifen, wobei viele ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren, wie von den unzähligen Hungerstreiks aus den Schubhären in Wien und anderswo nur zu gut bekannt.

Die Schreibtischtäter_innen lässt dies kalt, sie folgen ihren von rassistischer Ideologie und Macht- wie Geldgier geleiteten Interessen. Menschenleben zählen da nur zweitrangig, falls überhaupt. Deshalb wundert es auch nicht, dass die Handlanger_innen des Internierungs- und Abschiebesystems Menschen misshandeln oder gar ermorden können, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen.

Doch den Verantwortlichen sei gesagt: Sie werde die Folgen ihrer Politik zu spüren bekommen - früher oder später. Denn die Menschen werden sich nicht endlos miss- und wie Dreck behandeln lassen. Widerstand ist angesagt.

Das Ziel ist klar: Bewegungsfreiheit für alle - überall. Um dieses Ziel zu erreichen ist es erforderlich, die Grenzzäune abzutragen, die Internierungslager und Gefängnisse den Erdboden gleich zu machen und ein für alle mal Abschiebungen für beendet zu erklären. Daran führt kein Weg vorbei. Solange diese Ziele nicht erreicht sind, können wir nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren. Keine_r kann mehr sagen: Wir haben nichts gewusst. Wer sich zurücklehnt und so tut, als würde sie ihn all dies nichts angehen, ist Teil dieses menschenverachtenden Systems. Die Zeit ist reif für Widerstand gegen jegliche Form von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Zeit ist reif, dem Rassismus die Grundlagen zu entziehen. Gleiche Privilegien für alle!

Öffentlichkeit schaffen

Anderen Menschen gelang es, die Abschiebung aufzuschieben und schließlich mit Hilfe eines Anwalts in Deutschland bleiben zu können, indem sie ihren Fall an die Öffentlichkeit gebracht haben. Hierzu haben sie, sobald bekannt wurde, dass eine Abschiebung droht, mit Freunden beschlossen eine Kampagne zu starten. Zunächst wurde gemeinsam ein Text für eine Petition geschrieben,

in dem sie genau ausführten, was der



betroffenen Person bei einer Abschiebung droht und warum sie unbedingt in Deutschland bleiben möchte. Diese Petition wurde online gestellt und per Email, Facebook und Twitter verbreitet.

Weiterhin wurden gemeinsam Gruppen kontaktiert, die sie in diesem Anliegen unterstützen konnten: Selbstorganisationen von Migrant*innen, politische Gruppen, religiöse Gemeinden, Schulen, Vereine, usw.

Dann wurde eine Demonstration organisiert. Sie meldeten eine Demonstration an, schrieben einen Aufruf und verbreiteten diesen mit Hilfe anderer Gruppen. Es

NO BORDER! NO

wurden Transparente gemalt und über eine politische Gruppe ein Lautsprecher organisiert.

Ein paar Tage vor der Demonstration versendeten sie eine Pressemitteilung an verschiedene Zeitungen. Einer befreundeten Journalistin wurde ein Interview gegeben, welches dann auch veröffentlicht wurde. Durch die Unterstützung unterschiedlicher Gruppen unterschrieben Tausende die Petition und die Demonstration wurde ein voller Erfolg. Schließlich führte die Petition durch den öffentlichen Druck dazu, dass die betroffene Person in Deutschland bleiben konnte.



Vierter Teil: Die Rassismuskrise: von linksliberal bis rechtsextrem

Das 'Spiel' mit der Angst ... und der Zusammenhang mit Rassismus



04. Oct 201 7, no-racism.net/article/5253

Armin Wolf kommt aufgeregt ins Bild zurück. Ein Beitrag in den Nachrichten wurde beendet. In Frankreich sei eben ein Auto in ein Restaurant gerast. Noch sei unklar, was dahinter stecke, doch die Redaktion bemühe sich, eine Liveschaltung zu einem_r Korrespondent_in vor Ort herzustellen. Nach dem nächsten Beitrag würden "wir", die Zuseher_innen, mehr erfahren.

Als dieser Beitrag vorbei ist, werden die Zuseher_innen einmal mehr auf die Folter gespannt. Es sei immer noch unklar, was sich hinter dieser Tat verbirgt, die nun etwas konkretisiert wird: In einem Vorort von Paris ist ein Auto mit voller Wucht in das Lokal gerast. Es wird mehr Geduld verlangt. Nach der Meldungsübersicht sei es aber so weit, dann würde die Liveschaltung mehr Klarheit schaffen. Ein Versprechen? Oder der Versuch, die Zuseher_innen am Fernsehgerät zu halten und nicht auf einen anderen Kanal zu schalten? Dann ist es endlich so weit, ein Korrespondent meldet sich via Telefon aus Paris. Er wisse noch nicht genau, was die Hintergründe seien, die Polizei könne noch nichts sagen, wie viele Tote und Verletzte es gab sei noch unklar, und überhaupt: es müsse noch abgewartet werden, bis die Hintergründe dieser Tat bewertet werden können. Die Kolleg_innen verabschieden sich, der Nachrichtensprecher betankt sich für die Informationen

und geht dann zum nächsten Tagesordnungspunkt über, nicht ohne zu versprechen, dass die Zuseher_innen am laufenden gehalten werden - in den kommenden Nachrichtensendungen, das versteht sich von selbst. Doch was war der Informationsgehalt, der all dem Aufwand entspringt? Rein gar nichts. Es ist noch unklar, die Polizei kann noch nichts sagen, die Hintergründe sind noch nicht klar, wer warum in das Lokal raste, steht noch nicht fest, usw. "Wir" müssen abwarten. Wer bitte? Und warum?

Am nächsten Tag ist von all dem nichts zu hören, irgendwo in Teletext ist jedoch eine kurze Info, dass es sich um keinen Terroranschlag handelte. Viel Lärm um "nichts". Das wars. Das Spiel mit den Ängsten und der Bedrohung durch den Terror. Aber nur für dieses mal: Es hat den Anschein, als lasse sich dieses Spiel einfach nicht abdrehen und werde immer fortgesetzt. Denn es ist nicht das einzige Mal, dass solche Inszenierungen statt finden. Einmal zum Beispiel bevor ÖVP-Innenminister Sobotka ins Studio kommt und über sein "Sicherheitsspaket" informiert. Diese Form der Berichterstattung bewegt, sie soll die Bedrohung greifbar machen, gegen die sich die umfassenden Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen richten. Die Bedrohung soll für die Menschen permanent sein, ein ständiges Fürchten erzeugen, ein Gefühl der Unsicherheit, das es von Politiker_innen und Medien zu bedienen gilt.

"Sorgen und Ängste" in Zeiten des Wahlkampfes

Insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes wird an "Sorgen und Ängste" appelliert, werden diese "Sorgen und Ängste" der Bevölkerung als Rechtfertigung für alles mögliche herangezogen. Dabei fragt sich: 1. Wessen Ängste hier gemeint sind, 2. um welche Ängste es geht und 3. warum gerade diese Ängste herangezogen werden.

Angst ist ein Gefühl, oft sehr irrational. Dann, wenn eine nicht greifbare, fiktive Bedrohung bei Menschen dieses Gefühl auslöst. Doch manchmal lieben Menschen die Angst, wenn einer_m die Gänsehaut in der Geisterbahn oder bei einem guten Horrorfilm über den Rücken rinnt. Es ist das Mitfiebern mit den Darsteller_innen, der Gedanke: Warum rennt sie, warum rennt er nicht davon, während das Grauen seine Finger ausstreckt. Doch das ist Fiktion, diese Angst entspringt der Filmwelt. Sobald der Film vorbei oder der Bildschirm abgeschaltet ist, kehren die Zuseher_innen zurück in die Realität und die Angst ist wieder verflogen.

Manchmal kann mensch sich wie in einem schlechten Film fühlen, der daher kommt wie eine Reality Show, bei der es kein Ende, kein Ausschalten gibt. Bedrohungen, die das reale Leben betreffen, können nicht einfach abgeschaltet werden. Vor allem dann, wenn über die permanente Berichter-

stattung über oder den permanenten Hinweise auf angebliche oder tatsächliche Bedrohungen das Unsicherheitsgefühl der Menschen gezielt angesprochen werden soll.

In der aufgeheizten Debatte um DEN Terrorismus - sowohl global, aber vor allem in Europa (auf das hier Bezug genommen wird) - geht es um eine bestimmte Form von Terror, der als DIE Bedrohung der Gesellschaften dargestellt wird, bezeichnet als "islamistischer Terror". Doch ist es tatsächlicher dieser Terror, der sich über ganz Europa verbreitet und der die größte Bedrohung von Freiheit und Sicherheit bedeutet? Ist es nicht viel eher der rechtsextreme und rassistische Terror, der Europa mehr und mehr erschüttert? Und sind es nicht eben jene Politiker_innen, die ständig vor der Bedrohung durch eine angebliche "Islamisierung" bzw. vor den Gefahren durch Migration warnen, die den rechten Terror verharmlosen und fast schon totschweigen? Ein Terror, der tagtäglich Opfer fordert und dessen Protagonist_innen oft an den Schalthebeln der Macht sitzen - oder diese anstreben! Um dort hin zu kommen, ist ihnen jedes Mittel recht. Und da dieser Weg in demokratischen Systemen meist über Wahlen führt, bedienen sie sich des Spieles mit der Angst, um die Menschen bzw. deren Meinungen zu manipulieren, um mehr Stimmen zu bekommen.

Diese Angstmache spielt nicht im luftleeren Raum, sie baut auf Gefühle der Menschen, die nicht naturgegeben sind. Es bedarf der Greifbarmachung der Bedrohung, wie im eingangs beschriebenen Beispiel, damit die Ängste ihre Wirkung entfalten können. Und es bedarf einer Greifbarmachung derjenigen, die als Ursache, als verantwortlich für diese Bedrohung gemacht werden können. Dies ist nichts neues, sondern ein altbewährter Mechanismus, dem sich die Herrschenden bedienen. Es bedarf des Dualismus von gut und böse, auf den von allen Religionen und Moralisten_innen aufgebaut wird. Der eingebettet ist in Jahrtausende alte Erzählungen, mit denen die Welt erklärt wird. Mächtige Erzählungen. Dieses Wissen ist ein Werkzeug das eingesetzt wird, seit die großen Erzählungen geschrieben wur-

den. Und immer wieder greifen Religionen, Politik und viele Ideologien darauf zurück. Sie erklären die Welt damit und verwenden die Ängste vor *den Anderen*, um etwas Gemeinsames hervorzuheben und ein "Wir" zu konstruieren. Der Rückriff auf die großen Erzählungen funktioniert deshalb so gut, weil das Wissen darüber bereits vorhanden ist, weil darauf das Weltbild der Menschen aufbaut. Die Interpretation, die Auslegung dieser Erzählungen ist nicht immer die gleiche, sie hängt von Interessen ab. Den Interessen jener, die sich diese Erzählungen zu nutze machen.

"Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört"

Vielleicht fragen sich viele seit einiger Zeit, was dies alles mit dem Thema Rassismus zu tun hat. Zur Beantwortung dieser Frage sei der Blick auf die angebliche Bedrohung gerichtet und diese mit folgender Frage in Verbindung gebracht: Wer wird wovon, was wird von wem bedroht? An dieser Stelle sei angemerkt, dass es *hier* um jene Ängste und Bedrohungen geht, die dazu dienen, umfassenden Maßnahmen zur Abschottung und Überwachung Legitimation zu verleihen. Die berechtigten Ängste mit denen all jene leben müssen, auf deren Rücken all diese Maßnahmen ausgeführt werden, die tagtäglich mit diesen Bedrohungen umgehen müssen, sind real. Sie sind wohl realer und greifbarer als jene Ängste, auf die (angebliche) Bedrohungsszenarien aufbauen, von denen behauptet wird, sie würden das Leben, die Existenz, die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in Europa bedrohen.

Der islamistische Terror ist dem rechten Terror sehr ähnlich, basiert auf der gleichen Art von Menschenfeindlichkeit, hat aber unterschiedliche Ausformungen. Doch wen trifft der islamistische Terror und wo sind die Menschen tatsächlich jeden Tag davon bedroht - und vor allem wer? Es wird immer darauf verwiesen, wie gefährlich dieser Terror für die Menschen in Europa sei, und ja, in den vergangenen Jahren kam es zu Anschlägen mit zahlreichen Toten. Doch steht dies in keinem Vergleich zu den Ausmaßen des Terrors des "Islamischen Staates"

in Syrien und Irak, oder in Afghanistan und Pakistan. Während in Syrien und Irak viele Städte und Dörfer zerbombt sind, diese beiden Länder sich nach wie vor im (Bürger_innen)krieg befinden, kommt es in Afghanistan und Pakistan fast täglich zu terroristischen Anschlägen mit unzähligen Toten. Wenn Flüchtlinge und Migrant_innen sagen: "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört", hat dies einen realen Hintergrund. Auch wenn viele es bereits vergessen haben, dies ändert nichts daran, dass Europa, die USA oder auch Russland in die meisten Kriege auf dieser Welt verwickelt sind, dass es bei diesen Kriegen oft um regionalen Machteinfluss oder Rohstoffe, wie Öl geht.

Dies verdeutlicht, dass hinter den Spiel mit den Ängsten wesentlich mehr steckt, als reiner Populismus und der Wunsch, eine Wahl zu gewinnen.

Zukunftsängste - und ihr antiislamistischer Schleier

Spannen wir den Bogen etwas weiter und fragen uns, mit welchen Ängsten die Menschen leben? Welche Bedrohungen und Ängste beschäftigen die Menschen in ihrem Alltag? Sind es Existenzängste, die die Menschen plagen? Existenzängste im reichsten Kontinent der Welt! Einer der mit den Existenzängsten der Menschen spielt, ist Sebastian Kurz, der neue Obmann einer farblich-kosmetisch modernisierten Volkspartei, die plötzlich eine Bewegung sein soll. Er will damit den Wunsch nach Veränderung bedienen, den er in großen Teilen der Bevölkerung erkennt. Er ist nicht der erste, der mit derartigen Konzepten in der Politik - zumindest kurz-fristig - erfolgreich war.

Viele Menschen erkennen im Jungspund Kurz einen neuen Grasser, manche erinnert er gar an den jungen Haider, der nach seiner Machtübernahme die FPÖ mittels neuer Politikformen und alter Inhalte zu Erfolgen bei den Wahlen führte. Für diesen Weg griff Haider insbesondere mit dem Anti-Ausländer_innen-Volksbegehren im Jahr 1992 tief in die rassistische Mottenkiste und setzte vor allem auf Angstmache vor zu vielen Ausländer_innen. Haiders Nachfolger H.C. Strache setzte die rassistische

Hetze seines Vorgängers fort. Und erweiterte sie in den letzten Jahren vor allem um Antiislamismus. Und nun gibt es eben Sebastian Kurz, der sein erstes großes politisches Ziel, die Machtübernahme innerhalb der ÖVP, mittlerweile erreichte. Karrieresüchtig und ideologisch flexibel strebt er nach noch mehr Macht und will Bundeskanzler werden. Und noch dazu einer, der mit wesentlich mehr Macht ausgestattet ist, als seine Vorgänger. Als Mittel zum Erfolg setzt er voll und ganz auf Rassismus und Antiislamismus, die er mit Angstmache untermauert: Eine Milliarde Menschen in Afrika stehe in den Startlöchern, um nach Europa zu kommen. Und er sei derjenige, der dies verhindern könne.

Kurz vertritt die Meinung, Migration lasse sich beliebig steuern. Es müssten nur die jeweiligen "Push- und Pull-Faktoren" erkannt und entsprechend geändert werden. Zu seinen Pull-Faktoren zählt vor allem das Sozialsystem in Österreich, wegen dessen sich sowohl innerhalb der EU, als auch in Afrika usw. Menschen zur Migration entscheiden würden. In Verbindung mit der von der ÖVP propagierten Leistungsgesellschaft kommt dazu noch eine weitere implizierte Zuschreibung: Die Menschen würden nicht arbeiten wollen, sondern sich lediglich ein gutes Leben auf Kosten der österreichischen (Mehrheits-) Gesellschaft wünschen.

Gespaltene Gesellschaft

Diese Vorstellung basiert auf einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung, die globale Wirtschafts- und Ungleichheitsverhältnisse ausblendet. Ebenfalls wird ausgeblendet, dass Menschen mit unterschiedlichen Privilegien ausgestattet sind. Schon allein die Vorstellung, Menschen würden sich aus Afrika auf den Weg machen, damit sie in Österreich Sozialleistungen erhalten, ist völliger Unsinn. Sicher haben viele Migrant_innen und auch Flüchtlinge ein ökonomisches Motiv, doch ist dieses meist die Suche nach Erwerbsarbeit. Dass Menschen einer aussichtslosen Situation entfliehen, weil sie keine Perspektive im Leben sehen, ist ein Motiv für die Entscheidung, mit der Hoffnung, anderswo ein besseres Leben zu finden.

Die Gründe sind sehr vielfältig - sie auf reine "Wirtschaftsmigration" zu reduzieren ist verkürzt und nicht der Lebensrealität von Geflüchteten und Migrant_innen vereinbar. Es reicht aber für einfache Erklärungen, mit denen der Wohlstand in Europa abgesichert werden soll. Verschleiert werden dadurch die ökonomischen Differenzen sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Zielländern.

Dies ist jedoch gewollt und Teil sowohl des Push- und Pull-Modells als auch des Konzepts des Migrationsmanagements. Beide Konzepte zielen auf die Steuerung von Migration zur Aufrechterhaltung globaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Wenn Kurz meint, dass die Errichtung von "Registrierzentren" in Nordafrika die Menschen nicht davon abhalten kann, dann hat er wohl recht, seine Erklärung ist aber falsch. Denn er argumentiert, dass diese "Registrierzentren" eine "Sogwirkung" hätten und "eine Milliarde Menschen in Afrika" (!) dazu verleiten würden, sich auf den Weg zu machen Richtung Europa. Dies dient der reinen Angstmache und derartige "Bedrohungsszenarien" wurden immer wieder von rechten - und teilweise auch linken oder liberalen - Politiker_innen in die Welt gesetzt, um damit eine restriktive Einwanderungspolitik zu legitimieren. Dadurch werden Menschen nicht mehr als Individuen wahrgenommen, sondern auf ihren ökonomischen Nutzen für die privilegierte Bevölkerung bzw. die Dominanzgesellschaft reduziert. In

diesem Denkmodell bedingt die forcierte Zuwanderung ausgewählter Migrant_innen - zum Nutzen der Wirtschaft - die konsequente Abschottung und Abschiebung der zu ‚Unerwünschten‘ erklärten Menschen. Um für diese Maßnahmen die notwendige Zustimmung der Öffentlichkeit zu erhalten, werden Feindbilder und "Sündenböcke" geschaffen und Menschen zur Bedrohung des allgemeinen Wohlstandes erklärt. Und genau diese Politik führt zu einer Spaltung der Gesellschaft: In jene, die dieser Politik zustimmen auf der einen Seite und auf der anderen Seite jene, die dadurch ausgeschlossen werden und die, die dieser Spaltung der Gesellschaft nicht zustimmen. Doch genau diese Spaltung der Gesellschaft, die rund um die Wahl des Bundespräsidenten sichtbar wurde, wird nun negiert. Dabei bedient sich die Politik die FPÖ ebenso wie der Politik der ÖVP unter Sebastian Kurz dem rechtsextremen Konzept der "Volksgemeinschaft", auf das weiter unten näher eingegangen wird.

Geschürte Angst

Kurz schürt die Angst vor *dem Fremden* und lenkt damit von den eigentlichen Problemen in Österreich ab: Der sozialen Ungleichheit, die sich durch die von ihm vorgelegten Wirtschaftskonzepte und geplanten sozialen Einschnitte massiv verstärken wird. Damit betreibt er ein Spiel mit dem Feuer, das wenn einmal entfacht, nur schwer zu löschen sein wird. Er treibt eine



Mit der Facebookseite "Die Wahrheit über Sebastian Kurz" soll ein SPÖ-Wahlkampfteam den ÖVP-Chef und Spitzenkandidaten für die NRW 2017 verunglimpfen. In der ganzen Geschichte gibt es unzählige Ungereimtheiten.

gesellschaftliche Spaltung voran, und leugnet diese gleichzeitig, indem er die "völkische Einheit" beschwört, jedoch ohne diese beim Namen zu nennen. Der Mechanismus, den er dabei benutzt ist wohlbekannt und der einzige "Inhalt", den er massiv vertritt: Die Migrant_innen seien an allem schuld, die "Zuwanderung ins Sozialsystem", die er stoppen wolle, das größte Problem. Damit kanalisiert er die "Sorgen und Ängste" der Bevölkerung und findet einen Sündenbock für alle Missstände in diesem Land. Entweder die Migrant_innen und Flüchtlinge selbst, oder jene, die dafür verantwortlich seien, dass diese unkontrolliert ins Land kommen: Fluchthelfer_innen ebenso, wie die Vertreter_innen der von ihm kritisierten Willkommenskultur. Und genau dieses Problem, die "unkontrollierte" Zuwanderung, will er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln stoppen.

Kurz verweist gerne auf seine tollen Leistungen. Insbesondere der ständige Verweis auf die angeblich von ihm geschlossene Balkanroute und das Vorhaben, dies mit der Mittelmeerroute ebenso zu tun, soll ihn als Garant für seine große Aufgabe ausweisen: Den "Stopp der illegalen Migration" nach Europa bzw. Österreich. Er beschränkt sich jedoch keineswegs auf den Stopp der Migration aus Drittstaaten, sondern will auch die Zuwanderung von EU-Bürger_innen, insbesondere aus den ärmeren Staaten im Osten, einschränken. Die Mobilität sei ihm wichtig, denn es soll weiter möglich sein, in anderen EU-Staaten zu arbeiten und zu studieren, doch dass Menschen nach Österreich migrieren, weil es hier ein besseres Sozialsystem gäbe, das will er stoppen. Er nennt diese Politik den "Weg zu neuer Gerechtigkeit". Und setzt dabei auf Eigenverantwortung und eine Gesellschaft, in der jene profitieren sollen, die etwas leisten. Welche Leistungen er damit meint, das wird nicht so klar. Er erwähnt zwar immer, dass er die Lohnnebenkosten bei kleinen und mittleren

Einkommen reduzieren will, doch stellt sich die Frage, wer davon mehr profitiert: Die Unternehmer_innen, Wirtschaftsbosse und Konzerne, oder die Arbeitnehmer_innen selbst, von denen gleichzeitig mehr "Eigenverantwortung" abverlangt wird. Die Verbindung von Eigenverantwortung mit einer populistischen Haltung zum Thema Migration macht deutlich, dass sich bei Kurz rechtsextreme mit neoliberalen Ansätze vermischen.

Kurz betreibt ein übles Spiel mit den "Sorgen und Ängsten" der Menschen, in dem er soziale Probleme wie die Bedrohung von Arbeitsplätzen auf Migration reduziert. Er schiebt *den Anderen* die Schuld für die "Missstände im Land" in die Schuhe und unterstellt diesen *Anderen* noch dazu ein Eigeninteresse, das jenem der österreichischen Gesellschaft entgegen gestellt sei. Damit kommen wir langsam aber sicher zur Beantwortung der drei weiter oben gestellten Fragen und entfernen uns wieder von der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Kurz-sichtigen Argumenten des neuen ÖVP-Obmannes und begeben uns auf die Ebene des allgemeinen Diskurses, der von vielen Seiten und in allen Ländern der EU insbesondere seit der Migrationsbewegung von 2015 und 2016 verstärkt geführt wird.

Wessen Ängste sind hier gemeint?

Der ständige Verweis auf die "Sorgen und Ängste der Menschen", die ernst genommen werden sollten, meint die Ängste der Menschen, die zum "Wir" gezählt werden. Die Europäer_innen, die "echten", die Österreicher_innen, die "echten", die "Volksgemeinschaft", wie es die Nazis seit Jahrzehnten nennen. Die zunehmende Argumentation fast aller politischer Parteien trägt ihre Wurzeln vor allem im Erstarken des Rechtsextremismus und der Übernahme rechtsextremer Positionen, eine Entwicklung, die seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Die Süden-

"Zentrales Element rechtsextremer Ideologie sind die Begriffe "Volk" und "Volksgemeinschaft", wobei primär das deutsche Volk als Bezugsgröße dient. Die Volksgemeinschaft wird als patriarchalisch-hierarchisch gegliederte Idylle als Gesellschaftskonzept der modernen Industriegesellschaft gegenübergestellt. Diese - notfalls mit Zwang harmonisierte - Gemeinschaft, in der Interessensgegensätzen kein Raum geboten wird, bietet dem Individuum Geborgenheit an dem ihm zustehenden Platz. Seine Bedeutung erhält der einzelne in seiner Verpflichtung auf die Ganzheit des Volkes. Tendenzen und Bestrebungen, die diese idealisierte Harmonie stören, werden als angeblich "widernatürlich" diffamiert: Dazu zählt demokratischer Sozialismus ebenso wie Liberalismus, Kommunismus, Emanzipationsbestrebungen von Frauen und anderer benachteiligter Gruppen, Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt der Pluralismus parlamentarischer Demokratie. Gewünscht wird ein starker Staat, der nach innen und außen verlorene Stärke und Geschlossenheit rekonstruiert. Gefordert wird eine völkisch legitimierte, im Gegensatz zur herrschenden angeblich "wahre" Demokratie sowie Identität von Volk und Führung.

Der bzw. das Fremde steht außerhalb dieser Gemeinschaft und hat auch dort zu bleiben. Gefördertes Wir-Gefühl grenzt alle nicht dazugehörenden Menschen und Gruppen aus; Ethnozentrismus führt zu in Weltmaßstab gesehenem Ethnopluralismus, der nichts anderes wünscht als ein weltweites System der Apartheid - Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türk[_inn]en, Afrika den Afrikaner[_inne]n, jede Durchmischung wird als Bedrohung der Eigengruppe phantasiert. Ethnozentrismus ebenso wie Ethnopluralismus erfüllen dieselben Integrations- und Ausgrenzungsfunktion wie der Rassismus der dreißiger Jahre.

In enger Verbindung mit diesen nach wie vor biologistisch begründeten Konzepten wird verschiedensten Gruppen Sündenbockfunktion zugeschrieben. Dies kann Ausländer_innen ebenso betreffen wie sprachliche oder religiöse Minderheiten, Wissenschaftler_innen verschiedenster Fachrichtungen, Politiker_innen der etablierten Parteien, die Möglichkeiten sind vielfältig. Diesen Gruppen wird Verantwortung für gesellschaftliche und ökonomische Mißstände zugeschoben, sie werden der Kriminalität und anderer unerwünschter Verhaltensweisen bezichtigt und erfüllen Entlastungs- und Integrationsfunktion nach innen, indem gesellschaftlich und ökonomisch begründete Ängste und Ärger auf die Feindgruppe abgelenkt werden. An die Stelle rationaler Analysen treten Verschwörungstheorien zur Erklärung der negativen Folgen des sozialen Wandels oder anderer Probleme."

(Brigitte Bailer-Galanda: Zum Begriff des Rechtsextremismus, www.doew.at)

bockpolitik wird zur Konstruktion der "Volksgemeinschaft" benötigt, die sich vor allem über die Abgrenzung zum *Fremden* definiert. Das Konzept des "Volkes" bzw. der damit verbundenen "Gemeinschaft" argumentiert mit einer "völkisch-kulturellen Identität und traditionellen Lebenszusammenhängen. Hieraus resultiert die vergleichsweise Nichtigkeit des einzelnen, der sein Denken und Handeln zuallererst an den natürlichen und als solche für jedermann erkennbaren Bedürfnissen des Volkes zu orientieren habe. Nicht so sehr Rechte, sondern vor allem Pflichten definieren seine Position in der Gemeinschaft." (Willibald Holzer: Rechtsextremismus Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze in DÖW: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993)

In der derzeit in Österreich geführten Debatte wird immer wieder auf die EU und die mit dieser in Verbindung gebrauchten Probleme verwiesen. In Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit bedeutet dies: Die Armen sollen in den ärmeren Ländern (der EU) bleiben, soweit sie nicht als Arbeitskräfte benötigt werden. So soll den Konzepten von FPÖVP zufolge Kindergeld an im Ausland lebende Kinder entweder komplett gestrichen oder an das dortige Lohnniveau angepasst werden. Wird die Argumentation umgedreht und beispielsweise auf in der Schweiz lebenden Kinder von Leuten, die in Österreich Kinderbeihilfe beziehen, angewendet, würde das Kurz-sichtige Konzept Finanzminister und Steuerzahler_innen teuer kommen. Doch um die dreht es sich in den aktuellen Debatten nicht, denn diese ist längst Teil des ausgrenzenden Kanons geworden, in dem es kaum Widerspruch gibt. In den Kommentaren zum Fernsehduell zwischen Ulrike Lunacek und Sebastian Kurz auf Puls 4 wurde argumentiert, dass dieser gepunktet hätte, weil er "näher am Volk" sei, bzw. weil er es geschafft hätte, die Menschen "hineinzuholen" - eben und vor allem über den permanenten Verweis auf die *Anderen*, die er für soziale Probleme verantwortlich macht. Somit wird wiederum deutlicher, wessen "Sorgen und Ängste" gemeint sind.

Langsam aber sicher sollte der Zusammenhang mit Rassismus deut-

licher werden. Denn dieser ist eng verbunden mit der Kategorisierung und Aufteilung von Menschen. Rassismus ist ein Instrument, mit dem Menschen auf Plätze verwiesen und mit unterschiedlichen Rechten versehen werden. Dass es keine "Menschenrassen" gibt, dass diese Einteilung Nonsens ist, sollte mittlerweile klar sein, der Rassismus bedient sich jedoch nach wie vor dieser Vorstellung und der damit verbundenen Stereotypisierung der *Anderen* - in Abgrenzung zum *Eigenen*, das sich über die Zuschreibung von (meist negativen) Eigenschaften von eben diesen frei spricht. Dies zeigt sich sehr deutlich über die Debatte rund um sexuelle Übergriffe, die vor allem Asylwerbern zugeschrieben werden. Dass sexuelle Übergriffe nach wie vor meist im familiären Umfeld statt finden, in der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie unter Migrant_innen, wird nur ganz selten erwähnt.

Das weiße Herrentum

Und hier ist die "Angst vor dem Fremden" wieder zentral: Die ÖVP erkennt in ihrem Programm zwar, dass "Gewalt gegen Frauen und Kinder (...) ein mit Angst und Scham besetztes Tabuthema (ist). Die überwiegende Mehrheit der Gewaltakte gegen sie findet innerhalb der eigenen vier Wände statt." Die Lösungsvorschläge deuten aber darauf hin, dass einmal mehr gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert werden. Durch den permanenten Hinweis auf sexuelle Übergriffe durch "Asylwerber", vor allem in Folge der Migrationsbewegungen von 2015 und 2016, wird vom eigentlichen Problem abgelenkt. Als wären alle *weißen* Männer in diesem Land von heute auf morgen geläutert. Als hätten sie über Nacht ihre männlichen Privilegien verloren. Die Konstruktion des "Wir" bedient sich der (negativen) Zuschreibung der *Anderen*: Diese werden als "rückständig" dargestellt und würden sich gegen die Emanzipation von Frauen richten. Die Zusammensetzung aus jung, männlich und muslimisch macht aus Flüchtlingen eine Bedrohung für die Sicherheit und ruft nach Maßnahmen zum "Schutz". Sei es nun der Schutz "unserer" Grenzen, der Schutz "unserer" Werte oder der Schutz "unserer" Frauen. Plötzlich entsteht etwas

gemeinsames, dass die Unterschiede in der *eigenen* Gesellschaft verschwimmen lässt. Es zählt nicht mehr die Unterscheidung zwischen arm und reich, zwischen Mann und Frau oder gar zwischen homo und hetero bzw. jüdisch und christlich, was zählt ist das "Wir", dass sich von "denen" bedroht fühlt. Und diese Bedrohung ist eng verbunden mit irrationalen Ängsten. Damit sei nicht gemeint, dass die Gefahr von sexuellen Übergriffen keine Bedrohung für Frauen und Mädchen darstellt, sondern der Umstand, dass durch die Angst vor Übergriffen durch Asylwerber_innen die Bedrohung *in den eigenen vier Wänden* verharmlost wird. Deutlich wird dies vor allem dann, wenn vom Schutz "unserer" Frauen geredet wird: Dadurch werden das Bild vom Mann, der "seine" Frau(en) beschützen muss, reproduziert und die Geschlechterverhältnisse zementiert.

Fremdzuschreibungen im Zusammenhang mit Sexismus dienen insbesondere als Abgrenzung zum Islam, wie z.B. der FPÖ Slogan: "Daham statt Islam" in Verbindung mit Bekleidungs-vorschriften zeigt (siehe Geschichten der Bekleidung auf Seite 8). Der Islam wird als anti-emanzipatorische Religion gesehen, die nicht mit der jüdisch-christlich geprägten Kultur in Österreich (bzw. Europa) vereinbar sei. Auch diesem Argument liegen unter anderen rechtsextreme Ansätze zugrunde (mehr dazu u.a. im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.) Über die Abgrenzung vom *Fremden* wird das *Eigene* konstruiert. Und um eben dieses *Eigene*, das "Volk" und dessen "Sorgen und Ängste" dreht sich die ganze Debatte. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Angela Merkel am Abend der Deutschen Bundestagswahlen eben diese "Sorgen und Ängste" für das starke Abschneiden der rechtsextremen AfD bei gleichzeitigen Verlusten für ihre eigene Partei verantwortlich machte. Um die Wähler_innen von der AfD zurück zu holen, werde ihre Partei in Zukunft diese "Sorgen und Ängste" noch mehr berücksichtigen.

Nachdem nachgegangen wurde, an wessen "Ängste" die Politiker_innen appellieren, stellt sich die Frage, um welche "Sorgen und Ängste" sich der ganze Diskurs eigentlich dreht.

Um welche Ängste geht es?

Es geht um Existenzängste ebenso wie um ideologisch geschürte Ängste und die angebliche Bedrohung des "eigenen Volkes". Durch die Bedrohung durch *die Anderen* wird dieses erst zum Gemeinsamen, verschwinden die gesellschaftlichen Unterschiede, denn jede_r die_der "dazugehört" hat einen (zugewiesenen) Platz in der Gesellschaft. Und dieser sei bedroht durch Zuwanderung, verbunden mit fehlender Integration und der Bildung von "Parallelgesellschaften". Oder durch den wegen (unkontrollierter) Zuwanderung bedrohten Arbeitsplatz bzw. der "Überforderung des Sozialsystems" aufgrund "ausufernder Sozialausgaben". Viele Menschen haben Angst, Privilegien zu verlieren (während gleichzeitig das Privileg von Luxuspensionen in Frage gestellt wird). Doch viele Menschen, die Ängste plagen, zählen nicht zu den Privilegierten in Österreich, viele haben selbst sog. Migrationshintergrund. Es gibt Unsicherheiten in ganz vielen Aspekten, die alle aufzuzählen den Rahmen hier bei weitem sprengen würde.

Doch ein Punkt ist sicher von Bedeutung: Viele Menschen haben davor Angst, sich den realen Problemen zu stellen. Oder sie sind unzufrieden und sehen keinen Ausweg und keine Alternative. Und vielleicht ist es gerade diese Perspektivlosigkeit, die entweder zugänglich macht für rechten Populismus, oder die Menschen dazu veranlasst - sei es nun aus Protest oder auch nicht - rechte Parteien zu wählen. Denn diese versprechen ihnen eine Veränderung, die sie von den etablierten Parteien nicht mehr erwarten. Und eben diese angebliche Unzufriedenheit gepaart mit dem Wunsch der Veränderung macht sich die "neue" Volkspartei zu nutze. Selbst eine etablierte Partei, die seit Jahrzehnten ununterbrochen in der Regierung sitzt, gibt sie nun vor, eine Bewegung zu sein, die sich von den alten Parteistrukturen löst. Sie redet von einem neuen Stil, verpasst sich einen neuen Anstrich und ein jugendliches Image, das die Fähigkeit der Veränderung verspricht. Dabei wird voll auf rechten Populismus und Angstmache gesetzt. Als DIE Lösung wird der Stopp der "unkontrollierten"

Zuwanderung bzw. der "illegalen" Migration angeboten, als ob damit alle Probleme zu lösen seien.

Ob sich Menschen manipulieren lassen und auf rechte Populist_innen hereinfallen, dazu gibt es unterschiedliche Ansichten. Vor allem jene, die sich als "unanfällig" für rassistische Hetze begreifen, unterstellen gerne den "weniger gebildeten" eine rassistische Haltung. Doch stellt sich die Frage, was die Aussage durch die politischen Mitwerber_innen, die Wähler_innen der FPÖ seien entweder Rassist_innen oder würden diese nur aus Protest wählen, bezwecken soll(te)? Soll(te) dies vom *eigenen* Rassismus freisprechen? Und warum wird jetzt eben diese Wähler_innen geworben? Geben sie damit Strache recht, der sagt, die anderen würden die Konzepte der FPÖ kopieren?

Was unterscheidet die Parteien wirklich? So gut wie alle bedienen sich rassistischer Argumentationen, doch die ÖVP treibt es derzeit auf die Spitze. Der Rechtspopulismus, mit dem in den vergangenen Jahren und speziell im laufenden Wahlkampf gearbeitet wird, soll die Volkspartei wieder an die Spitze bringen, verbunden mit einem klaren Führungsanspruch. Der permanente Verweis auf das Thema Migration - in jedem Zusammenhang - hat eine ähnliche Funktion, wie die unzähligen Medienberichte, die voll sind mit Zuschreibungen und Vorurteilen: Die Wiederholung, das immer wiederkehrende Reden über die "bösen Ausländer_innen" bzw. Flüchtlinge zeigt Wirkung. Um so größer wird die Bedeutung der ideologisch geprägten Ängste. Während die religiösen Werte des Christentums mehr und mehr verloren gingen, sei die Gesellschaft durch eine angeblich "Islamisierung" bedroht. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Es drohe der oft beschworene "Untergang des Abendlandes".

Verstärkt werden diese ideologisch geprägten Ängste mit dem sehr einseitigen Blick auf Terrorismus: Überall in Europa brennen Unterkünfte von Geflüchteten, der Terror gegen Migrant_innen und deren Unterstützer_innen sowie gegen *Andersdenkende* nimmt massiv zu. Dies wird jedoch

ständig verharmlost. Gleichzeitig wird jede nur irgendwie mit "islamistischen Terror" in Verbindung zu bringende Tat medial groß aufbereitet. Selbst dann wenn gar kein Zusammenhang besteht, wie in den eingangs geschilderten Fernsehnachrichten. Ständiges Wiederholen lässt die vermeintliche Einsicht entstehen, "wir" müssten mit der Bedrohung durch den (islamistischen) Terror leben, wie zuletzt, als in der Londoner Metro eine Brandbombe mehrere Menschen verletzte. Gleichzeitig wird Menschen, die vor der unmittelbaren Bedrohung durch den "Islamischen Staat" aus Ländern wie Afghanistan oder Pakistan fliehen, Asyl verweigert und viele werden in ebendiese unsicheren Länder abgeschoben (mehr dazu ab Seite 18). Dies verdeutlicht einmal mehr, um wessen und welche Ängste es sich hier dreht.

In Europa wird nicht die Angst vor einer Entwicklung der Gesellschaften in eine autoritär-faschistoide Richtung mit allen ihren Begleiterscheinungen in den Blick gerückt (siehe: Wegbereiter_innen des Faschismus, Seite 64), sondern die *Bedrohung von Außen*. Wie bei der Konstruktion des *Eigenen* über die Abgrenzung vom *Fremden* dient dies dazu, alles Böse *den Anderen* zuzuschreiben. Das sich Abfinden mit dieser Bedrohung und die Einsicht, dass "wir" damit leben müssen, bedeutet auch, mit Überwachung und ständiger Polizeipräsenz leben zu müssen, mit einer Einschränkung der individuellen Freiheiten. Ein Blick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa kann durchaus dienlich sein: Die Überwachung der Gesellschaft, die Polizeipräsenz (vor allem in Großstädten) und der gesellschaftliche Rechtsruck sind weit mehr bedrohlich für die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit in Europa, als die Gefahr durch den "Islamischen Staat". Warum wird der rechte Terror ausgeblendet oder verharmlost und entpolitisiert, als handle es sich hierbei immer nur um Einzeltäter_innen? Denn es ist gerade der faschistoide, der rassistische und insbesondere gegen Flüchtlinge und Muslim_innen, deren Unterstützer_innen sowie gegen *Andersdenkende* gerichtete Terror, der eine massive Bedrohung für eine freie Gesellschaft darstellt.

Und welche_r es nicht bemerkt hat: Wir befinden uns bereits mitten in der Auseinandersetzung mit der dritten der eingangs gestellten Fragen:

Warum werden gerade diese Ängste herangezogen?

Wobei wir wieder beim Sündenbocken denken angelangt sind, ebenfalls zentraler Teil rechtsextremer und faschistoider Konzepte. Im folgenden wird ein Punkt herausgegriffen, um ihre Funktion von "Sündenböcken" verständlich zu machen.

Bei der Begründung des Zuganges zu Sozialleistungen weist die ÖVP in ihrem Parteiprogramm dezidiert auf die Lohnunterschiede zwischen Österreich und Rumänien hin. Ob dies ein Zufall ist? Bei Betrachtung der Personenfreizügigkeit in der EU und ihren Einschränkungen, wird mensch sehr bald auf Rumänien stoßen. Denn Rumänien ist einerseits ein Land mit einem niedrigen Lohnniveau und wird andererseits nach wie vor mit Sinti und Roma in Verbindung gebracht.

"Der Rassismus gegen Roma ist in Europa allgegenwärtig. In den vergangenen Jahren wurde vor allem die Ausgrenzung in den osteuropäischen Ländern immer wieder thematisiert, doch hat diese Ausgrenzung in ganz Europa eine lange und grausame Geschichte. Ein Teil dieser Geschichte ist die rassistische Zuschreibung, die Menschen als Roma definiert und sie gleichzeitig mit zahlreichen Stereotypen belegt", ist in einem Artikel aus dem Jahr 2008 rund um die "Rassistische Diskriminierung in Europa und die Erfassung von Roma" (no-racism.net/article/2629) in Italien zu lesen. Diese Stereotype sind wohl vielen bekannt, denn auch in Österreich sind Roma mit diskriminierenden Zuschreibungen behaftet. Eine davon ist der Mythos, Roma würden nicht arbeiten wollen. Hier vermischt sich die Vorstellung einer "Leistungsgesellschaft" mit rassistischen Mythen. Und genau darum dreht es sich auch im "neuen Weg" der ÖVP: Der ständige Verweis auf die "Zuwanderung ins Sozialsystem" ist kein Zufall. Zum Vorhaben, Sozialleistungen erst jenen zukommen zu lassen, die bereits über einen längeren Zeitraum ins System eingezahlt haben, ist im Programm

von Kurz auf Seite 68 zu lesen: *"Wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, dass unser Wohlfahrts- und Sozialstaat hart erarbeitet werden muss. All jene, die fleißig arbeiten und ihre Steuern zahlen, erhalten unser System aufrecht. Diese Solidarität funktioniert aber nur, wenn das System auch gerecht ist und nicht ausgenutzt wird. Weder innerhalb Österreichs noch innerhalb Europas."* Die Mindestsicherung für Flüchtlinge, aber ebenso die Sozialleistungen für Menschen aus "ärmeren" EU-Ländern zu kürzen bedeutet, die Einkommensunterschiede in den jeweiligen Ländern zu akzeptieren, anstatt auf eine Änderung hinzuarbeiten. Die Rede von der Entwicklungszusammenarbeit, die Menschen von der Migration abhalten soll, ist ein Hohn. Notwendig wäre die Beendigung der globalen, kapitalistischen und kolonialistischen Ausbeutung. Doch daran haben die Politiker_innen, die die Interessen der (Export- wie Import-) Wirtschaft vertreten, kein Interesse. Wie es aussieht, nicht einmal innerhalb der EU.

Ein weiterer Punkt, der die Personenfreizügigkeit betrifft, verdeutlicht die Ereignisse im Jahr 2010 in Frankreich (no-racism.net/article/3502). Obwohl Bürger_innen der EU und somit über das Recht der Personenfreizügigkeit verfügend, kam es zu Räumungen von Romasiedlungen in und Abschiebung von Roma aus Frankreich. Überall in Europa gab es Proteste gegen dieses Vorgehen, was den damaligen Präsidenten Sarkozy aber kalt ließ. Er rechtfertigte die Räumung der "illegalen" Roma-Lager damit, dass diese ein Hort von "Menschenhandel und Kriminalität" seien.

"Dass es sich dabei um EU Bürger_innen handelt, für die das Prinzip der Freizügigkeit gilt, führte in der Folge dazu, dass Frankreich ankün-

digte, die Gesetze zu ändern, um Menschen, denen unterstellt wird, das Recht der Freizügigkeit 'widerrechtlich' in Anspruch zu nehmen, in Zukunft ein-facher des Landes verweisen zu können. Auch hier bedienen sich die Schreibtischtäter_innen rassistischer Argumente und geben vor, dass der Kampf gegen Kriminalität und Verbrechen dieses Vorgehen rechtfertigen würde. Alles im Sinne der 'nationalen Sicherheit', die Sarkozy bei seiner Anti-Kriminalität-Kampagne immer wieder beschwört."

Dies alles erinnert sehr an die aktuellen Auseinandersetzungen im österreichischen Wahlkampf. Immer wird auf Ängste gesetzt, verbunden mit klaren politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Doch immer dann, wenn Politiker_innen die Freiheit einschränken wollen, regt sich auch Widerstand. So wurde bei einer Kundgebung im September 2010 vor dem Haus der Europäischen Union in Wien *"gefordert, dass Roma_Romnien in allen Ländern wie Staatsbürger_innen behandelt werden."* Eine Forderung, die nicht vergessen werden sollte. Denn allen Menschen sollte klar sein: Wenn erst mal die Rechte und Freiheiten einer Gruppe beschnitten und eingeeengt werden, dann ist der Weg zur Begrenzung der Freiheiten weiterer Gruppen nicht weit.

GEGEN RASSISMUS, SEXISMUS & SOZIALABBAU

KURZ UND STRACHE WOLLEN:

- Keine Steuern für Millionäre
- Steuergeschenke für die oberen 5%
- Weniger Steuern für Konzerne
- Die Arbeiterkammer schwächen
- Arbeitnehmerschutz aushöhlen
- Den Sozialstaat kaputt sparen
- MieterInnenschutz lockern

NUR, DAMIT ES SPÄTER NICHT HEIßT „DAS HABE ICH NICHT GEWUSST!“

DEMO 7.10. 14:00 U2 SCHOTTENTOR

Zur Begrenzung der Freiheit

Schlussfolgerung aus dem Spiel mit der Angst

04. Oct 2017, no-racism.net/article/5254

Die Angstmache baut auf die Verunsicherung eines gleichzeitig verfestigten "Wir", der "Volksgemeinschaft" (z.B. Österreich) oder der "Wertegemeinschaft" (wie Europa oder die jüdisch-christlich geprägte Kultur). Die "Sorgen und Ängste" des Eigenen dienen der Abgrenzung vom und der Ausgrenzung der Anderen. Das Eigene entsteht in Opposition zum Anderen. Jene bedrohlichen Eigenschaften die den Anderen zugeschrieben werden, seien nicht Teil der eigenen Kultur. Zum Ausdruck bringt dies u.a. die Wortschöpfung der anderen Kulturkreise.

Dies dient der Verfestigung rechtsideologischer Denkmuster, die von einer hierarchischen Gesellschaft ausgeht: Rassismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit, aber auch Antisemitismus dienen der Konstruktion des äußeren Feindes, den es abzuschotten gilt. Da dieser jedoch schon hier sei und *das Eigene* bedrohe, "nicht mehr Herr im eigenen Land zu sein", bedarf es einer Kontrolle und Disziplinierung. Dazu dienen Integrations- und Wertekurse ebenso wie die Verpflichtung, deutsch zu sprechen, damit "wir" die *anderen* verstehen können. In einem gemeinsamen Europa ergibt sich hier ein Problem: EU-Bürger_innen haben das Recht, ihre *eigene* Sprache zu sprechen, die als Amtssprache der EU gilt, sehen wir mal davon ab, dass nicht alle Sprachen, die innerhalb Europas gesprochen werden, als solche anerkannt sind. Rassismus, wie Sexismus aber auch Antisemitismus sind dabei flexibel. Sind Instrumente zur Absicherung von Macht und Herrschaft, von patriarchalen Strukturen und Privilegien. So führt H.C. Strache vor, wie Antisemitismus einerseits gegen den "inneren Feind" genutzt wird, indem er tief verankert ist im deutsch-nationalen Denken. Gleichzeitig kann sich der FPÖ-Obmann auf eine jüdisch-christlich geprägte Kultur in Europa berufen, wenn es gegen den neuen Feind, die angebliche Bedrohung von Außen geht.

Dass der Islam seit 1918 anerkannte Religion in Österreich ist und über die Religionsfreiheit neben zahlreichen anderen Religionen das Recht besteht, ebendiese Religion auszuüben, wird negiert. Aussagen wie: "Der Islam gehört nicht zu Österreich" dienen der Konstruktion des Feindes im Inneren.

Die Rede der "Nicht-Vereinbarkeit von Kulturen und Werten" dient neben der Legitimation der Abschottung der EU-Außen-, aber auch der eigenen Binnengrenzen zur Legitimation von Abschiebungen. Wer nicht bereit sei, sich zu integrieren, sich anzupassen, die der müsse das Land verlassen. Dieses Konzept trifft selbst bei vielen jener Leute auf Zustimmung, die sich für mehr Humanismus im Umgang mit Geflüchteten einsetzen. Das große Entsetzen kommt dann, wenn eine ihrer Meinung nach gut integrierte Familien nachts von einem Großaufgebot von Polizei abgeholt wird. So etwas dürfe es nicht geben, oder zumindest dürfte dies mit "unseren Flüchtlingen" nicht gemacht werden. Die Geschichte von Arigona, die sich vor den Abschiebebehörden versteckte, um mit ihrer Familie im Land bleiben zu können, liegt mittlerweile mehr als 10 Jahre zurück. Ihr Fall löste eine breite Debatte um das Bleiberecht von vor allem gut integrierten Familien aus. Doch selbst Vertreter_innen der Arigona und viele andere unterstützende Plattform Bleiberecht in OÖ vertraten die Auffassung, dass die "Kriminellen", die "sich etwas zu Schulden kommen lassen", abzuschieben seien. Mit diesem Eingeständnis sollte das Bleiberecht der guten bzw. "gut integrierten" Ausländer_innen verfestigt und somit gesichert werden. Vergessen wird bei dieser "humanistischen" Argumentation, dass die Aushebelung von grundsätzlichen Rechten und Freiheiten, wie die Bewegungs- und Bleibefreiheit, ein Problem an sich ist. Vor allem dann, wenn er den Privilegierten, den zur "Volks- oder Wertegemeinschaft" erklärten, den "echten Österreicher_innen" die Entscheidung obliegt, wer als gut integriert gilt.

Wenn Sebastian Kurz mit dem Wunsch der Bevölkerung nach Veränderung argumentiert, dann sollte dies ernst genommen werden. Welche Veränderungen sind vor einem rechtspopulistisch agierenden, machtbesessenen Politiker zu erwarten? So wie Jörg Haider von der "Freiheit, die ich meine" schrieb, hat der neue ÖVP-Chef ein Programm vorgelegt, aus dem deutlich hervorgeht, welche Veränderungen er und seine Volkspartei anstreben. Um seinem Konzept die notwendige Zustimmung für den Erfolg bei den Wahlen zu verleihen, bedient er sich u.a. Manipulationen und Unwahrheiten (wie u.a. die gefakte Islamstudie oder diverse Aussagen in Fernsehkonfrontationen zu den Wahlen belegen). Er gibt vor, mit seinem Wirtschaftskonzept die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, während er in Wirklichkeit den Eliten in die Arme - und ins Börserl - spielt. Diese erweisen sich bereits im Vorhinein dankbar und unterstützen ihn sowohl finanziell als auch durch eine Wahlempfehlung für die ÖVP.

Was Kurz von seinem Kontrahent(_inn)en am rechten Rand unterscheidet: Bei Strache wissen die Leute, woran sie sind. Mit Kurz bekommen sie die Mogelpackung, wie der FPÖ-Chef immer wieder betont. Und so unwahr hat dieser nicht - zumindest in diesem Punkt. Dass selbst die SPÖ auf Rechtspopulismus in Zusammenhang mit Asyl und Migration setzt, oder auch ein Peter Pilz, macht es schwer, eine Alternative zum herrschenden Diskurs zu erkennen. Bleibt die Wahl des "kleineren Übels"? Doch kann damit die wirklich benötigte, grundsätzliche Veränderung erreicht werden? Oder werden die Angstmacher_innen am Ende gewinnen? Dies ist lange nicht entschieden. Deshalb zur Erinnerung und zur Betonung eine Wiederholung: Wenn erst mal die Rechte und Freiheiten einer Gruppe beschnitten und eingeengt sind, für sie das Tor geschlossen wird, dann ist der Begrenzung der Freiheiten weiterer Gruppen Tür und Tor geöffnet. Doch davor scheinen nur wenige Angst zu haben.

Das Gesetz der Stammtische Herr Kern hört auf "Sorgen und Ängste"

04. Oct 2017, no-racism.net

Die Rassismuskrise ist ein Problem von rechts, doch nicht nur - und dass sollte nicht vergessen werden - sie ist auch ein Problem linksliberaler Politik.

Es gilt dabei zwei Ebenen näher zu betrachten. Die Ebene der Rhetorik und die Ebene des geschriebenen Gesetzes. Die Kritik am Rassismus ist oft dazu geneigt, die Gesetze nicht zu hinterfragen und "Fremdenfeindlichkeit" als Problem einer klar abzugrenzenden, mit rassistischer Hetze agierenden Gruppe zu definieren. So wie im Widerstand gegen schwarz-blau ab dem Jahr 2000. Diese Bewegung erklärte die rechtskonservative Regierung unter ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel als allein verantwortlich für Rassismus. Vergessen waren all die Gesetze, die unter SPÖ Innenministern in den vergangenen drei Jahrzehnten beschlossen wurden.

Einer tat sich dabei besonders hervor. Innenminister Franz Löschnek war Anfang der 1990er Jahre der "Mann fürs Grobe" innerhalb der SPÖ. Nicht umsonst trug er den Beinamen als "Haider's bester Mann in der Regierung". Während der damalige FPÖ-Chef für die rassistische Hetze verantwortlich zeigte, goss Löschnek diese in Gesetze - mit Unterstützung seiner Partei. Die Behauptung, dass er dabei von Haider getrieben wurde, ist in Frage zu stellen. Denn Löschnek selbst publizierte immer wieder rassistische Pamphlete, die seine Einstellung mehr als deutlich machten. Auf dieses Kapitel sozialdemokratischer Politik soll hier nicht weiter eingegangen werden, welche_r sich dafür interessiert, kann dazu umfassende Literatur finden.

Ein Sprung von 20 Jahren in der Geschichte, in denen die SPÖ sowohl eine Verschärfung des Asyl- und Fremdenrechts unter schwarz-blau (Stichwort: Integrationspaket) als auch in Koalition mit der seit dem Jahr 2000 das Innenressort leitenden ÖVP beschlossen hat.

Doch dann kam 2015 und eine Erosion des über lange Jahre hinweg installierten Grenzregimes erschütterte Europa: Geflüchtete und Migrant_innen setzten Tatsachen, indem sie unüberhörbar an den Zäunen rüttelten und unkontrolliert bis ins Zentrum der EU wanderten. Und genau diese Unkontrollierbarkeit von Migration, die plötzlich sichtbar wurde, gemeinsam mit den Bildern von Toten, die nicht mehr nur aus dem fernen Mittelmeer bis ins Zentrum vordrangen, sondern vor der eigenen Haustüre für Empörung sorgten, riefen die Hetzer_innen von rechts bis links auf den Plan. Einer der sich als Manager in der "Krise" hervortat, ist Hans Peter Doskozil. Er machte in der Folge einen großen Karrieresprung - vom rot-blau regierten Burgenland ins Ministerbüro in Wien. Als neuer Verteidigungsminister wurde er Sinnbild einer neuen Positionierung innerhalb der SPÖ die sich daran machte, im Gleichschritt mit der ÖVP ein neues Grenzmanagement zu installieren.

Und dann kam Kern, dessen Aufgabe es ist, sozialdemokratische Werte wieder mehrheitsfähig zu machen und die Regierungsmacht der SPÖ zu sichern. Dass ihm dabei Sebastian Kurz, Emporkömmling aus einer ÖVP-Kaderschmiede in die Quere kam, ist nicht von der Hand zu weisen. Doch was ist Kerns Antwort auf den rechten Populismus von Kurz? Die Stammtischvideos der SPÖ geben hier einen mehr als deutlichen Einblick, wie die SPÖ ganz im Stile des Rechtspopulismus auf die "Sorgen und Ängste" der Bevölkerung - des Wahlvolkes - appelliert.

Die Lehre aus den Stammtischgesprächen von Kanzler Kern

Die SPÖ betreibt nicht nur rassistische Propaganda, nebenbei betreibt sie eine Verharmlosung von Rassismus, Rechtsextremismus und der damit zusammenhängenden Gewalt. Denn dieser wird auf die Rechten reduziert, auf Neonazis. Und diese würden vor allem aus Unwissenheit handeln, nicht aus ideologischen Motiven.

Im Teil 2 der Stammtischvideos der SPÖ kam ein Geflüchteter zu Wort, der seit langem in die Gesellschaft "integriert" ist. Er spricht gut deutsch und ist Teilnehmer des kritischen Stammtisches, der Wert darauf legt, die sozialdemokratischen Werte zu leben. Der Mann berichtet aus seiner Zeit als Flüchtling, in der er einen Brandanschlag durch Neonazis erlebte. Sein Bruder war mit einem der Täter befreundet, bzw. spielte mit diesem Tischtennis. Nachdem der Neonazi zugab, am Anschlag beteiligt gewesen zu sein, nahm ihn der Flüchtling an der Hand und führte ihn in die Unterkunft. Und als der Neonazi sah, wie die Menschen in der Flüchtlingsunterkunft lebten, da wurde ihm klar, dass es sich bei diesen auch um Menschen handelt. Was liegt hinter dieser Aussage? Muss ich Menschen erst mal kennen lernen, damit ich sie als Menschen wahrnehmen kann? Welche Einstellung liegt hinter dieser Auffassung? Abgesehen davon, dass die "Guten" im Teil 2 der SPÖ Stammtischvideos vorkommen, dient dieses Video vor allem dazu, den stark kritisierten ersten Teil zu relativieren. Denn Herr Kern hat für alle ein Ohr, er will sich mit den Problemen aller Menschen auseinandersetzen - und die wahren Probleme ernst nehmen.

Zurück zur Aussage der o.g. Läuterung eines Neonazis: Dadurch, dass dieser mit den von ihnen Gehassten zusammengebracht wurde, konnte er erst erkennen, dass es sich bei denen auch um Menschen handelt. Fragt sich nur, wie er mit einem Flüchtling Tischtennis spielen konnte, ohne ihn als Mensch wahrzunehmen. Kein Wunder, dass Herr Kern von diesem "beeindruckenden Beispiel" angetan ist:

"Und das bringt ja zum Ausdruck, wie wichtig das ist, dass sich Menschen mit Zivilcourage engagieren. Und da haben wir sozusagen eine gemeinsame Aufgabe. Ich muss sagen, das, was Sie damals gemacht haben, ihr Bruder gemacht hat, ist natürlich die wirksamste Form, Menschen zu zeigen, dass es sich hier auch wiederum um Menschen handelt, mit denen man es zu tun hat."

Diese Herangehensweise negiert, dass Rassismus untrennbar mit ungleichen Rechten und Pflichten zusammen hängt, die wie jede Form von Diskriminierung Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck bringen. Dadurch werden die gesellschaftlichen Unterschiede und Privilegien erst festgeschrieben. Deshalb wirkt Rassismus in der gesellschaftlichen Hierarchie IMMER von oben nach unten. Menschen, denen Rechte verweigert werden, können von denen, die (etwas) weiter oben in der Hierarchie stehen, ohne nennenswerte Konsequenzen diskriminiert und beleidigt, ausgenutzt und unterdrückt werden.

Es ist sehr einfach, Fremde zu hassen, doch bedingt die unterprivilegierte Position, dass es äußerst schwer ist, fremd zu sein. Doch eben dies wird von einem Diskurs, der sich rein auf moralische Werte bezieht, negiert. Unabhängig davon, ob diese Werte nun christlich, liberal oder sozialdemokratisch sind. Der reale Machtverhältnisse negierende, moralisierende Diskurs führt dazu, dass die "Fremden", die "Ausländer_innen", die "Geflüchteten" erst mal nicht als Menschen, sondern als bemitleidenswürdige Opfer wahrgenommen werden. Dies gehört zur Politik der Unterwerfung.

Die "Fremdenfeindlichkeit" - und im aktuellen Diskurs vor allem die "Islamfeindlichkeit" - wird darauf zurückgeführt, dass die Menschen nicht zusammen kommen würden. Teil 2 der Stammtischvideos beschreibt die sozialdemokratische Lösung des Problems: *"Wenn Menschen einander begegnen, und das ist eben Solidarität, das sind die sozialdemokratischen Werte, dann muss es und wird es auch funktionieren."*

Was folgert sich daraus in Zusammenhang mit der Debatte über Integration: Wenn sich Menschen "nicht integrieren wollen", wenn sie sich "abschotten" und in einer "Parallelgesellschaft" leben, dann sind sie selbst schuld, dass sie angefeindet werden. Sie werden ausgegrenzt, als eine Bedrohung wahrgenommen, als die Bösen die nichts gutes im Schilde führen würden. Es wird ihnen unterstellt, dass sie es sich auf Kosten der Allgemeinheit einrichten wollen. Um sich von diesem Verdacht zu befreien, wird von ihnen verlangt, sich zu unterwerfen, oder mit den Worten des Sozialdemokratischen Politikers im Teil 1:

"Aber der entscheidende Punkt ist. Jeder muss sich an unsere Regeln halten. Und das heißt, die müssen deutsch können, es müssen alle sich an unsere Werte halten, es muss klar sein, dass man einer Frau die Hand gibt, diese Dinge möchte i ned diskutieren. Und wenn's an Regelverstoß gibt, dann ist auch klar, dass jemand der bei uns ins Land gekommen ist und sich net an die Spielregeln hält, da net bleiben kann. Punkt um."

Die Regeln wollen die vorgeben, die "etwas zu reden haben", wie eben die Leute am Stammtisch. So beschwert sich die sich selbst als "wirklich ka Ausländerfeind" bezeichnende Frau, die für Stammtisch 1 das Wort ergreift. *"Des kanns net sei, des is mein Land. Ich bin geboren in Österreich, (...) De wos zu uns kemman de miasn sich an mich anpassen und ned i on erna."*

Sie müssen sich anpassen, oder mit anderen Worten gesagt: Sie müssen sich unterwerfen. Und damit sie dies auch tun, werden ihnen die gleichen Rechte von Anfang an verwehrt.

Gleichzeitig sind es aber genau diese Menschen, die die Drecksarbeit in der Gesellschaft machen müssen, für die sich die Privilegierten zu gut sind. Und sehr oft sehen sich Menschen, die über ein hohes Einkommen verfügen als Samariter_innen,

wenn sie die Unterprivilegierten - meist für wenig Geld - den Dreck weg räumen lassen. Einen Job, für den sich viele zu gut vorkommen.

Die SPÖ und ihr Obmann Kern bedienen mit ihrer Propaganda eben diese Einstellung, statt Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ernst zu nehmen. Doch, wie Kern im ersten Teil der Stammtischvideos ausführt, wird Politik "ja bekanntlich am Stammtisch gemacht." Deshalb hört er sich dort an, welche Probleme den Menschen unter den Nägeln brennen.

Der "Volksmund" des Stammtisches weist freilich jede Anschuldigung von Rassismus weit von sich. So weit, dass der Begriff Rassismus nicht einmal verwendet wird, sondern: *"I selba bin wirklich ka Ausländerfeind, aba gwisse Dinge muas i afoch aussprechen kenna. Ohne wenn und aber."* Die Leute argumentieren rassistisch und behaupten gleichzeitig, dass sie frei von "Ausländer_innenfeindlichkeit" sind.

Und wie ist das mit Christian Kern? Welche Lösung schlägt er vor? Geben wir ihm das Wort:

"Weil wir wissen, hier sind Menschen zu uns gekommen, teilweise aus traumatisierten Situationen, aus Krieg, aus Zerstörung. Auch Folter. Und sie werden in Zukunft Teil unserer Gesellschaft sein. Weil sie nach der Menschenrechtskonvention auch tatsächlich einen guten Asylgrund haben, um bei uns zu bleiben. Und weil das so ist, ist aus meiner Sicht klar, wir müssen diesen Menschen helfen, Teil unserer Gesellschaft zu werde. Und wir müssen es schaffen, ein Zusammenleben in Vielfalt zu organisieren."

Doch was ist mit den Menschen, denen unterstellt wird, dass sie keinen "guten Grund" haben, "um bei uns zu bleiben"? Haben die keine Rechte? Und was ist, "wenn jemand aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt"? Wer entscheidet, wer einen "guten Grund" hat? Dem ist entgegenzuhalten, dass Rassismus so lange existieren wird, solange Menschen über unterschiedliche Freiheiten und Privilegien verfügen. Denn Rassismus ist vor allem eines: Die Ausübung von Macht! Und eben diese will die SPÖ mit ihrer Politik verteidigen.



Das Rassismuspapier der Liste Pilz

no-racism.net

"Große Aufregung gab es diese Woche um Peter Pilz. Trotz Kritik an seinem ausländerfeindlichen Papier legt Pilz jetzt nach. Er sagt, er wolle weiter ausländerfeindliche Papiere verbreiten. Seit heute ist Pilz Austräger der Kronzeitung."

Damit kommentiert die neue Satiresendung "Tagespresse aktuell" auf ORF 1 die aktuelle Auseinandersetzung um das "Arbeitsprogramm: Flüchtlingspolitik" der Liste Pilz. Vor allem die Entstehung dieses Papiers sorgte in den vergangenen Tagen für Aufmerksamkeit: Der Ex-Grüne Peter Pilz startete damit laut eigenen Angaben im Jahr 2016 seinen letzten Versuch, seine ehemalige Partei "zur Vernunft zu bringen". Doch dies sei ihm nicht gelungen.

Das vom angeblichen Linkspopulisten Peter Pilz veröffentlichte Papier trug den entlarvenden Titel "Österreich zuerst". Unter eben diesem Namen hatte im Jahr 1993 die FPÖ unter Jörg Haider das sogenannte Anti-Ausländer_innenvolksbegehren durchgeführt. Warum verwendete der Initiator der zu den Nationalratswahlen 2017 in Österreich antretenden Liste Pilz im Zusammenhang mit Asyl- und Migrationspolitik diesen Namen, der eindeutig mit Rassismus in Zusammenhang steht?

Mit diesem Papier wollte Peter Pilz im Jahr 2016 damals noch als Grüner Abgeordneter seine ehemalige Partei "zur Vernunft bringen", wie er nun argumentiert. Er bestritt zuerst, dass das Papier mit dem Titel "Österreich zuerst" von ihm stammt. Und anfangs gab es sogar innerhalb der Liste Pilz Kritik an dem Papier. Doch Pilz relativierte. Es habe nur an einzelnen Formulierungen Kritik gegeben, nicht alles sei perfekt formuliert gewesen. Doch nachdem es parteiintern über- bzw. erarbeitet wurde, wird es von den internen Kritiker_innen mittlerweile mitgetragen und sei in der jetzigen Form das Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre. Der neue Titel lautet: *"Ja, es geht! Ein Weg nach Europa und für Europa."* Für Peter Pilz ist das vorgeschlagene Programm Ausdruck der "Vernunft"

und verschaffe ihm "Glaubwürdigkeit" in der Ausländer_innenpolitik. Und eben diese "Glaubwürdigkeit" sei Voraussetzung dafür, dass einem_r die Leute überhaupt zuhören. Dabei ist das von Pilz vorgeschlagene Konzept als unrealistisch zu klassifizieren. Es setzt voraus, dass Geflüchtete zuerst längere Zeit (die Rede ist von sechs Monaten) in Lagern verbringen, bevor sie nach Europa kommen (dürfen).

Der genauere Blick erkennt darin ein Spiel mit Menschen: Wenn diese sich in der Probezeit - fernab vom Ziel - bewähren und brav deutsch lernen, dann haben sie Chancen, im Rahmen eines Selektionsverfahrens von Österreich aufgenommen zu werden. Ein Problem dabei dürfte sein, dass immer wieder damit argumentiert wird, dass sich die Menschen nicht aussuchen könnten, wo sie Asyl stellen. Wenn sie nun in einem Lager weit weg von Europa die Möglichkeit erhalten sollen, einen Asylantrag zu stellen, woher sollen sie wissen, welche Sprache sie lernen sollen? Die Antwort ist, dass "Österreich zuerst" jene auswählt, denen dann - sollten sie alle Erwartungen erfüllen - eine mögliche Chance gegeben wird, in Europa aufgenommen zu werden. Dass dieses Konzept in erster Linie an die Menschen in Österreich und an deren Ängste richtet, und erst dann an die Bedürfnisse der Menschen, die nach Europa kommen wollen, wird dabei nicht einmal bestritten.

Denn Grundlage des Papiers bildet eine, nennen wir es: Selektionspolitik. Da nicht alle nach Europa kommen könnten, müsse Europa entscheiden, wer kommen darf. Im Papier steht dazu folgendes Konzept:

"Österreich kann für die EU ein eigenes, besseres System in drei Stufen entwickeln. Stufe 1: Auswahl der Flüchtlinge vor Ort: (...) Stufe 2: Österreich-Vorbereitung: (...) Stufe 3: Die Flüchtlinge kommen legal nach Österreich. (...)"

Wie nicht anders zu erwarten von derartigen Konzepten werden Tatsachen verdreht und populistische Begriffe verwendet. So wird unter Schritt 3 angeführt: "Wer die Schlepper-Lager in Libyen als Lösung ausgibt, lässt die

Menschen in Stich." Diese Argumentation verschleierte, wer für die Lager in Libyen verantwortlich ist. Die Rolle der EU bei der Errichtung und der Finanzierung dieser Lager wird komplett ausgeblendet. Dies ist insbesondere von Bedeutung, da mit dem "Arbeitsprogramm: Flüchtlingspolitik" vor allem positiver Bezug auf die EU in der Rolle der Migrations- und Asylpolitik genommen wird: "Ein Weg nach Europa und für Europa."

Die Liste Pilz bedient sich der populistischen und rassistischen Metapher des Kampfes gegen Fluchthelfer_innen - die in derartigen Papieren immer als "Schlepper" bezeichnet werden. Unter Punkt 7: "Kampf gegen Schlepper" ist zu lesen:

"Wenn es legale Fluchtwege nach Europa gibt, ist es klug, allen klarzumachen: Wer mit Schleppern kommt, kein Recht auf Asyl hat und bei der Rückführung nicht persönliche Verfolgung zu erwarten hat, muss wieder zurück. Und an seiner Stelle erhalten die, die in den UN-Lagern warten und dort ins Verfahren einsteigen, den Vorzug. Nur so kann die EU den Kampf gegen die organisierte Schlepperkriminalität und ihre Milliardenengeschäfte gewinnen."

Jene, die sich ein wenig genauer mit Migrationspolitik auseinandersetzen und das profitable Geschäft mit dem Visahandel kennen, sollten schnell erkennen, dass diese "schönen Worte" in keinsten Weise mit der Realität in Einklang stehen. Viele Menschen haben gar kein Interesse, sich derartigen Mechanismen auszusetzen. Sie haben ein Ziel vor Augen und wollen dieses erreichen. Wenn sie in den UN-Lagern, die immer wieder ins Treffen geführt werden, auf ihre Reise nach Europa warten und das Selektionsverfahren nicht positiv bestehen: Was dann? Wohin sollen sie gehen? Welche Perspektiven haben sie?

Ein Konzept wie das oben beschriebene kann vielleicht kurzfristig zu einer "Entspannung" führen, doch wird es die Probleme in keinsten Weise lösen. Wie wenig Verständnis für die Bedürfnisse von Menschen auf der Flucht - vor wem und mit welchem Ziel

auch immer - in diesem Papier zum Ausdruck gebracht wird, verdeutlicht "Punkt 8. Rückführen":

"Wer nach einem negativen Ausgang des Asylverfahrens nicht bleiben kann und nicht gehen will soll rückgeführt werden - auf der Basis verbindlicher Abkommen mit den Herkunftsstaaten. Der Außenminister darf nicht länger auf die EU warten und muss endlich ernsthafte Verhandlungen mit den Herkunftsstaaten führen. Aber es gibt Staaten, in die nicht abgeschoben werden kann - und darf."

Wer no-racism.net kennt, wird wissen, dass wir gegen Schubhaft und Abschiebungen sind. Und dies aus gutem Grund, denn diese sind Instrumente des institutionalisierten, staatlichen Rassismus.

Im derzeitigen Wahlkampf scheint es einen bisher kaum dagewesenen Konsens zu geben: So gut wie alle Parteien fordern Rückführungen. Das Argument, dass dem zugrunde liegt, steht ganz am Beginn des "Arbeitspapiers" der Liste Pilz: "Europa kann sie nicht alle aufnehmen." Auch diese Aussage scheint mittlerweile zum Teil des rassistischen Konsens der wahlwerbenden Parteien geworden zu sein. Die rassistische Losung vom "vollen Boot" wird durch die sprachlichen Neufassungen "wir können nicht alle nehmen" oder "es können ja nicht alle kommen" abgelöst (Anmerkung: Der Standard schreibt dazu: *"Wo im Ursprungsdokument 'Europa voll' gestanden war, heißt es nun 'Nicht alle'"*). Dass sich die Menschen von derartigen Parolen kaum von ihrer Entscheidung zur Flucht bzw. Migration abbringen lassen, ist bekannt. Und viele, die es aller Hürden zum Trotz bis nach Europa schaffen, wird sehr oft jegliches Recht verwehrt. Sie werden eingesperrt und ihnen wird die "freiwillige Rückkehr" nahegelegt. Die ständige Drohung mit der Abschiebung und das Leben in permanenter Angst soll sie dazu bewegen, "freiwillig" zu gehen. Denn die EU hat schon lange die "freiwillige Rückkehr" zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Abschiebepolitik erklärt. Hintergrund ist unter anderem, dass zur Durchführung einer Abschiebung die Zustimmung jenes Landes erforderlich ist, in das abgeschoben wird. Um die behördlichen Maßnahmen bei Rück-

führungen zu erleichtern, werden sog. Rückführungsabkommen geschlossen. (Ein Beispiel ist das Ende Oktober 2016 zwischen der EU und Afghanistan geschlossene Abkommen, mehr dazu auf Seite 19).

Das Pilzsche Papier leugnet nicht, dass nicht in jedes Land abgeschoben werden kann. Beispielsweise wenn dort Krieg herrscht, wie unter anderem durch Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen festgelegt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten bekennen sich nach wie vor zu diesen Konventionen, auch wenn dies in der Praxis oft anders aussieht. Deshalb will die EU "regionale Schutzzonen" einrichten, oder eben Lager entlang der Migrationsrouten. Die Liste Pilz greift diesen Ansatz auf und will laut Punkt 9 *"dass die Flüchtlinge in den UN-Flüchtlingslagern von der Türkei bis Jordanien, dem Libanon und dem Nordirak gut versorgt werden, mit Lebensmitteln, mit Schulen, mit medizinischer Betreuung. Vor Ort wissen alle: Das Gros der Flüchtlinge glaubt an die Heimkehr und will nicht nach Europa. Aber ohne Lebensmittel und Schulen für ihre Kinder müssen sie weiter."*

Auch hier zeigt sich einmal mehr, wie realitätsfern das "Arbeitsprogramm" der Liste Pilz ist. Wenn sich Menschen auf den Weg nach Europa begeben, dann mit gutem Grund. Wer will schon für Jahre in einem Lager leben, ohne Aussicht auf ein normales Leben. Vor allem dann, wenn es keine Perspektive zur Rückkehr gibt. Der Aufenthalt in einem Lager kann mitunter einem kurzen Stopp auf der Reise in ein menschenwürdiges Leben dienen. Was die Liste Pilz - in Bezug auf die aktuelle EU-Migrations- und Asylpolitik - vorschlägt, ist der Ausbau des Lagersystems, in dem Menschen in ständiger Abhängigkeit leben, oft ohne Möglichkeit, sich frei zu bewegen. Wer solche Konzepte vorschlägt, ignoriert das Selbstbestimmungsrecht von Menschen, ignoriert, dass diese Perspektiven wollen, Perspektiven auf ein Leben in Würde.

Vor diesem Hintergrund muss das "Arbeitsprogramm: Flüchtlingspolitik" der Liste Pilz verstanden werden. Als ein Papier von Menschen, die sich das Recht herausnehmen, über andere zu entscheiden. Und es ist eben dieses

Gehabe, das eingebettet ist in ein latent rassistisches Weltbild. Und dieses Weltbild wird mit Feindbildern bedient.

Eines dieser Feindbilder, auf das Peter Pilz setzt, ist der "politische Islam". Dieser ist aus der überarbeiteten Fassung des Arbeitsprogramms zur Asylpolitik der Liste Pilz verschwunden, doch nach wie vor Teil des Pilzschen Populismus.

In einer Sendereihe auf ATV werden die Spitzenkandidat_innen auf ihrem Wahlkampf begleitet. In der Folge mit Peter Pilz kommen mehrere Leute zu Wort. Eine Frau zeigt sich froh darüber, dass endlich "eine Alternative im linken Spektrum" da sei, die die Bedrohung durch den politischen Islam "ernst nehme". Sie findet es problematisch, dass Islamkritiker_innen als Rassist_innen bezeichnet werden. Pilz gab ihr recht und erklärte, warum dies so sei: *"Weil sie es nicht verstanden haben, sie glauben dass dies alles bessere Menschen seien ..."*

Dass Pilz damit beweist, wie abgehoben seine Aussage ist, ist ihm offensichtlich nicht bewusst. Alle, die nicht seine Meinung vertreten, seien "nicht vernünftig". Dass es eine klare Haltung gegen Rassismus und Antisemitismus gibt, scheint er vergessen zu haben. Oder ist ihm das in seiner langjährigen Tätigkeit als Abgeordneter im Parlament entgangen?

Er inszeniert sich selbst als nicht ausländer_innenfeindlich. Zur Frage "Ausländer raus" sagt er: "Aber sicher nicht mit mir". Außerdem will Pilz "unsere Türken und Türkinnen vor Erdogan schützen". Doch hindert ihm dies alles nicht daran, mit antiislamistischen und rassistischen Haltungen auf Stimmenfang zu gehen.

Pilz will Kontrolle, vor allem eine Kontrolle der Regierung. Wer sich sein Asyldokument genauer ansieht, wird erkennen, dass es hier vor allem um die Kontrolle von Migration geht. Seine Lösungen sind wohl in "schönere Worte" verpackt als jene eines Sebastian Kurz, eines H.C. Strache oder auch eines Christian Kern. Doch ist ihm mit genannten Politiker_innen gemein, dass sich ihre Propaganda an die "Sorgen und Ängste der Leute" richtet, die sie mit ihren populistischen Aussagen erst schüren.

Wer ständig hetzt, sollte nicht auf beleidigt tun ...

Wo Rassismus im Programm steht, kann er keine Unterstellung sein

07. Oct 2017, no-racism.net/article/5263

Es ist schwer, sich in einem Konflikt zu positionieren, in dem es um so viel geht, wie rund um die Nationalrats-Wahlen in Österreich. Ein Wahlkampf, der bestimmt ist bzw. war von rassistischer Hetze und dem Versuch, Rechtsextremismus salonfähig zu machen. Es ist kein Wunder und sollte zu denken geben, dass sich gerade jene als Opfer einer mit rassistischen Argumenten gespickten schmutzigen Kampagne inszenieren, die permanent rassistische Hetze betreiben.

Zur Einleitung

Eine ausführliche Beobachtung des Wahlkampfes auf allen Kanälen würde bedeuten: Parteiveranstaltungen (aller Parteien) besuchen, sich Tag und Nacht durch "soziale Medien" quälen, jede der mindestens 50 Fernsehdiskussion verfolgen, Fernseh- und Radionachrichten hören, tagtäglich mehrere Tageszeitung studieren, sich in Onlineforen die Leser_innenkommentare geben, und und und. Eine unmögliche Aufgabe selbst dann, wenn sie zwischen mehreren Menschen aufgeteilt würde. Es ist daher unmöglich, eine "objektive" Meinung zu vertreten. Ein Problem, das sich nicht nur im Wahlkampf zeigt, sondern eine der zentralen Fragen der Wissenschaft ist: Was ist Objektivität? Kann überhaupt von einer "objektiven Wissenschaft" ausgegangen werden. Und genauso verhält es sich bei den Medien, die immer interessen geleitet und nie "objektiv" berichten. So ist schon die Auswahl von Nachrichten eine subjektive Tätigkeit. Denn zu entscheiden, worüber berichtet wird bedeutet auch, zu entscheiden, worüber NICHT berichtet wird.

In diesem Beitrag wird vor allem auf einige Fernsehduelle Bezug genommen, sowie auf die Berichterstattung in den Tageszeitungen. Beiträge in sozialen Medien werden in der nun folgenden Analyse kaum berücksichtigt.

Die rassistische Dimension im Wahlkampf

Was seit Wochen auffällt, ist der Rück-

griff so gut wie aller Parteien auf Rassismus. Besonders hervorzuheben hat sich zweifelsohne Sebastian Kurz, der keine Gelegenheit ungenutzt lässt, um die Schuld für Probleme bei Migrant_innen und Flüchtlingen zu suchen. Er bedient sich dabei sowohl althergebrachter rechtsextremer Positionen und Methoden, wie auch einer modernisierten Sprache, die einerseits Offenheit vortäuscht, doch in Wirklichkeit dumpf rassistisch ist. Zu bemerken ist dies seit seiner Zeit als Integrationsstaatssekretär, in der er noch viele Menschen täuschen konnte und seine Maßnahmen als förderlich bzw. notwendig für "Integration" verkaufte.

Auffallend war, dass Kurz anfangs vor allem durch Abwesenheit glänzte. Die Kommentator_innen interpretierten dies sehr oft damit, insbesondere beim Aufeinandertreffen zwischen Strache und Kern, dass "der abwesende Dritte" im Mittelpunkt stand und als "Gewinner" gesehen wurde.

Nach seinem offiziellen Wahlkampfauftritt in der Wiener Stadthalle, der den Eindruck erweckte, als ließe sich Kurz bereits als neuer Regierungschef feiern, stieg Kurz in die TV-Duelle ein. Er glänzte dabei kaum mit Inhalten, sondern vor allem mit den bereits erwähnten Aussagen zum Thema Migration, dass er sich ganz groß auf die Fahnen heftet: Er sei derjenige, der die damit verbundenen Probleme lösen könne. Wer sich die vorgestellten Kurzchen Maßnahmen genauer ansieht, wird sehr schnell erkennen, dass sich dahinter übelster Rassismus verbirgt, eine wahre Feindlichkeit gegen Menschen, die sich erdreisten würden, nach Europa zu kommen. Das Dauerargument in diesem Zusammenhang ist der "Zuzug ins Sozialsystem". Geflüchtete und Migrant_innen werden für eine "Überforderung" des Sozialsystems verantwortlich gemacht, die Lösungsvorschläge, um die Ausgaben zu reduzieren und "Österreich an die Spitze zu führen", betreffen vor allem die armen Menschen in Österreich. Dass viele Migrant_innen zu diesen

zählen ist einerseits eine logische Konsequenz der fremdenfeindlichen Maßnahmen durch die Politik in Österreich als auch vieler Sozialpartner_innen, die lange Zeit vor allem das Wohl der Österreicher_innen im Auge hatten. Doch wer sind diese Österreicher_innen?

H.C. Strache betont seit langem seine Politik "für den kleinen Mann", wobei ihm an den Frauen nicht so viel zu liegen scheint. In den Konfrontationen setzte Strache von Anfang auf eine angeblich abgeschwächte Form des Rechtspopulismus. Dass er trotzdem seine Themen: gegen Ausländer_innen und gegen den Islam einbrachte, versteht sich aus der Logik von "Vordenker" Strache von selbst. Er sei derjenige, der seit Jahren auf die Probleme hinwies, die durch "unkontrollierte Zuwanderung" entstehen würden. War die erste Plakatserie der FPÖ noch moderat, bediente sich die zweite Serie wieder verstärkt einer islamfeindlichen Haltung, wie durch die Aussage, der Islam gehöre nicht zu Österreich, deutlich wird. Das Problem Straches war jedoch von Anfang an, dass der aggressive Ton von Sebastian Kurz in Zusammenhang mit Migration und Asyl ihn schon fast in den Schatten stellte.

Doch damit nicht genug, scheint ein allgemeiner Konsens die Positionen der Parteien zu bestimmen: "Wir können ja nicht alle nehmen", eigentlich ein sogenanntes Stammtischargument, beeinflusst so gut wie alle Parteien, die sich dieser Doktrin unterzuordnen scheinen. Selbst die Grünen, die noch am meisten die Einhaltung der Menschen- und Flüchtlingsrechte fordern, zeigen sich von der Doktrin der "kontrollierten Migration" bestimmt. Was nicht weiter wundert, denn der Ex-Grünen-Chef und jetzige Bundespräsident Van der Bellen war ein Vertreter einer selektiven Migrationspolitik zum Wohle der Wirtschaft: Seit Beginn seiner Tätigkeit als Grüner Parteivorsitzender propagierte er das in EU-Kreisen weit verbreitete Argument, dass (billige) Arbeitskräfte von der Wirtschaft gebraucht werden

und dass Europa diesen den Zugang ermöglichen müsse. Van der Bellen kann nicht dafür kritisiert werden, diese Maßnahmen umgesetzt zu haben, er positionierte sich jedoch klar als "Mann der Wirtschaft" und Vertreter einer selektiven Abschottungspolitik. Ein Konzept der Selektion, wie es zumindest seit den 1960er in Österreich Anwendung findet und damals im Rahmen der Anwerbung von Gastarbeiter_innen umgesetzt wurde. Die Anforderungen an die "Bewerber_innen" haben sich geändert, doch die dahinter liegenden Mechanismen sind die gleichen. Im aktuellen Diskurs geht es vor allem um die Anwerbung sog. Schlüsselarbeitskräften, von denen verlangt wird, sog. Integrationsmaßnahmen wie Deutschprüfungen bereits vor der Erteilung eines Visa zu erbringen. Diese in Österreich mit der "Rot-Weiß-Rot Card" eingeführten Programme sind Teil der EU-Migrationspolitik.

Der Ex-Grüne Peter Pilz positioniert sich mit seiner Liste weiter rechts. Er argumentiert diese Position mit der "Vernunft" und damit, dass ihm sonst kaum wer zuhört. Mit anderen Worten gesagt: Er unterwirft sich einem scheinbaren rassistischen Konsens und greift auf altbekannte rassistische Slogans zurück: Das Programm für die nächsten fünf Jahre zur Asylpolitik der Liste Pilz trug den entlarvenden Titel "Österreich zuerst". Unter eben diesem Namen hatte im Jahr 1993 die FPÖ unter Jörg Haider das sogenannte Anti-Ausländer_innenvolksbegehren durchgeführt. Sowohl Titel als auch Inhalt dieses Papiertes wurde zwar nach interner Kritik "entschärft", doch an der grundlegenden Ausrichtung änderte sich dadurch nichts (siehe Seite 51).

NEOS-Chef Strolz präsentiert ebenfalls eigene Vorschläge, die er sogar auf anerkannte Flüchtlinge fordert: Er vertritt wie die Grünen und Pilz ein "humanes" Selektionsprinzip, in dem sich Menschen für die Aufnahme in Österreich erst qualifizieren müssten. Die von Strolz favorisierte Lösung sind Registrierzentren in Nordafrika, mit Hilfe derer die Selektionspolitik umgesetzt werden soll. Doch will Strolz die Kontrolle selbst nach der Anerkennung als Flüchtling weiter treiben und Geflüchtete einer "Residenzpflicht" unterwerfen und so ihre Mobilität massiv einschränken.

Eine weitere Grundlage der EU-Migrationspolitik ist die sogenannte "freiwillige Rückkehr". Diese betrifft Menschen im laufenden Asylverfahren ebenso wie jene, denen der Asylstatus verwehrt wird und Menschen in Schubhaft. Menschen, die "nicht mehr benötigt" werden und denen das Recht auf Asyl verweigert wird. Die "freiwillige Rückkehr" entstand als "humanes" Konzept. Wesentlich bei der Anwendung sind wohl die Umstände, dass die Form der Ausweisung günstiger kommt als Abschiebungen und die Beschaffung von Abschiebepapieren (den "Heimreisezertifikaten") einfacher ist. Weiters stößt die freiwillige Rückkehr auf weniger Widerstand in kritischen Teilen der Bevölkerung, die sich insbesondere dann gegen Abschiebungen aussprechen und dagegen protestieren. Wenn Menschen mit Zwangsgewalt aus dem privaten Umfeld gerissen werden, werden die "Bürger_innen" mit den Methoden konfrontiert, die untrennbar mit Abschiebungen verbunden sind. Gehen Menschen jedoch "freiwillig", dann wirkt dies viel "humaner". Die Gewalt, der Menschen ausgesetzt sind, bis sie sich zur "freiwilligen" Rückkehr entscheiden, ist dagegen viel subtiler und weniger greifbar. Doch auch Abschiebungen stoßen mehr und auf Zustimmung in der "Mehrheitsbevölkerung" und werden als "notwendige Maßnahme" verkauft – oft mit dem Hinweis auf den "Schutz" der Gesellschaft.

Das Konzept von Sebastian Kurz, der mittlerweile eine "Obergrenze Null" bei der Zuwanderung fordert - Ausnahmen inkludiert - sieht eine verstärkte Ausweisung von Menschen aus Österreich vor. Da die Zustimmung zu Abschiebungen von jenen Ländern erforderlich ist, in die abgeschoben werden soll, setzt dies eine Kooperation der Herkunfts- und Transitländer voraus. Und diese soll unter anderem über Erpressung umgesetzt werden: Jene Länder, die der Abschiebung ihrer Staatsangehörigen nicht zustimmen, sollen dem Programm der ÖVP zufolge in Zukunft keine Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit mehr bekommen. Dass Kurz dieses Vorgehen nicht als Erpressung sieht, sondern als legitime Maßnahme, muss hier wohl nicht näher ausgeführt werden. Dass dies einer rassistischen wie (neo)kolonialistischen Haltung ents-

pringt, sei der Vollständigkeit halber jedoch erwähnt.

Doch die Kurz-ÖVP ist neben Straches FPÖ nicht die einzige Partei, die mit rassistischer Argumentation auf Wähler_innenfang geht. Es ist nichts Neues, dass die SPÖ kein Unschuldslamm in Sachen Rassismus ist. Dies bestätigen die zahlreichen Asyl- und Fremden(un)rechtsnovellen, die in den vergangenen Jahren unter SPÖ-Regie bzw. -Beteiligung zustande kamen.

Gerade im aktuellen Wahlkampf ist die SPÖ total auf die rassistische Schiene aufgesprungen und argumentiert tiefst rassistisch. Nicht nur, dass SPÖ Obmann Kern mittlerweile von einer Begrenzung der "illegalen Zuwanderung" auf Null spricht, sich mit der Abschottung der Binnengrenzen brüstet und "Stammtischvideos" produziert, in denen der SPÖ Obmann übelst rassistischen Argumentation Nachschub verhilft. All dies ist nicht zu akzeptieren. Und genau deshalb kann eine Kritik von Seiten der SPÖ gegenüber der rechtsextremen FPÖ und der sich auf der noch weiter rechten Überholspur befindenden ÖVP nicht ganz ernst genommen werden. Denn wie kann ich einerseits einer fragwürdigen Politik folgen - und ebendiese andererseits kritisieren. Dies ist nicht glaubwürdig.

Trotzdem dürfte zumindest ein kleiner Unterschied zwischen SPÖ und FPÖVP bestehen. Denn Kern sieht zumindest die in Österreich lebenden Menschen aus sog. Drittländern - sofern sie sich "integrieren" - als Teil der Gesellschaft. Und dies bedeutet einen realen Unterschied für die Existenz vieler Menschen in diesem Land. Dass sich Kern trotzdem auf das Niveau der immer wieder in Spiel gebrachten Stammtische herablässt und in von der SPÖ produzierten Videos auf tiefste rassistische Argumente setzt, ist in keinster Weise zu entschuldigen (siehe Seite 49).

Konkurrenz: Um den Titel der "größten Rassist_innen"

Rassistische Argumentationen sind bei den bereits im Parlament vertretenen Parteien Teil des Programms, wobei hier die Grünen wohl noch die humanste Linie fahren. In der Frage der Verschärfung und massiven Einschränkung von Rechten von Dritt-

staatsangehörigen konkurrieren sich derzeit vor allem ÖVP und FPÖ. Strache beansprucht für seine Partei schon seit langem jene Vorschläge zu propagieren, die nun von seinen Konkurrent_innen eingebracht werden. Diese würden lediglich FPÖ-Positionen kopieren. Kurz wird dabei als "Spätzünder" bezeichnet. Was dieser nicht auf sich sitzen lässt, indem er immer wieder seine "Leistungen" ins Spiel bringt: Die vom ÖVP-Außenminister gesetzten Maßnahmen zur Begrenzung der "illegalen Migration", insbesondere die Schließung der Balkanroute und seine Bestrebungen zur Schließung der Mittelmeerroute.

Doch dann kam die Aufregung über Facebook-Seiten und deren rassistischen und antisemitischen Inhalte. So wie es aussieht, zeichnet die SPÖ für diese Fake-News-Seiten verantwortlich. Hauptkritikpunkt an den Fake-News-Seiten war, dass die ÖVP und deren Chef Kurz dort mit rassistischen und antisemitischen Inhalten in Verbindung gebracht würden. Dass gleichzeitig Facebook-Seiten existierten, die klar gegen das Image von SPÖ-Obmann und Kanzler Kern gerichtet waren, wird in diesem Zusammenhang ebenso wenig erwähnt, wie der Umstand, dass zahlreiche Blogs und Facebook-Seiten existieren, die in enger Verbindung mit der FPÖ stehen. Sicher, der offizielle Absender dieser Seiten ist nicht die rechtsextreme Partei selbst, doch kann dies nicht darüber hinweg täuschen, wem die gezielten Lügen und der Schmutz, mit dem dort um sich geworfen wird, nutzen.

Dass in der medialen Aufregung vor allem die SPÖ mit Schmutzkübelkampagnen in Verbindung gebracht wird, ist jedenfalls zu hinterfragen. Und bei näherem Hinsehen kommen zahlreiche Ungereimtheiten zu Tage. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die ganze Affäre rund um den Politberater Silberstein ein Problem für die SPÖ darstellt. Die ins Spiel gebrachten Facebookseiten schade(te)n vor allem den Sozialdemokrat_innen und deren Spitzenkandidaten Kern. Dieser wurde in diesem Zusammenhang sowohl von ÖVP als auch von FPÖ indirekt oder direkt zum Rücktritt aufgefordert. Würde Christian Kern diesen Schritt setzen, würde er nach weniger als zwei Jahren in der Politik

aufgeben und seinen rechtsextremen bzw. rechtskonservativen Konkurrenten massiv entgegenkommen, die seit langem versuchen, den SPÖ-Obmann schlecht zu machen. Und genau dieser Umstand lässt die These von der bösen SPÖ, die mit unlauteren Mitteln Wahlkampf betreibt, in einem ganz anderen Licht erscheinen.

So sorgte im Mai ein "Rot-Grün-Manifest" für Aufregung. Es stammt aus der Giftküche des seit vielen Jahren nicht gerade zimperlich agierenden ÖVP-Politikers und Generalsekretärs Werner Amon. Diese Hetzschrift, die ganz im Stile von Anti-Antifaschismus eine Diskreditierung roter und grüner Politik als "kommunistische Hetze" bediente, sollte laut Angaben von ÖVP-Funktionär_innen als "Argumentationshilfe" im Wahlkampf dienen. Es steht außer Frage, dass diese Schmutzkübelkampagne vor allem jenem Politiker dienen sollten, der immer wieder von sich behauptet einen "neuen Stil" zu repräsentieren und sich als Opfer des "Anpatzens" darstellt.



Antikommunistische Symbolik aus der ÖVP-Hetzschrift: Das Rot-Grün-Manifest

Das inszenierte "Opfer": Die fragwürdigen Auftritte des Herrn Kurz

Wie eingangs erwähnt, liegen diesem Artikel vor allem Fernsehauftritte der Spitzenkandidat_innen der Parteien zugrunde. Und in diesen wird vor allem von Sebastian Kurz Fairness im Wahlkampf gefordert. Gleichzeitig wirft er immer wieder mit untergriffigen Aussagen um sich und stellt sich selbst als Opfer dar. Seine Arbeit sei die ganze Zeit behindert worden, und dies zumindest seit der Migrationsbewegung im Jahr 2015, als er von Anfang an versucht habe, die unkontrollierte Migration zu stoppen. Immer wieder würde er

ins rechte Eck gestellt. Dabei steht außer Frage, dass es Kurz selbst ist, der sich mit seinen Aussagen, seinen Konzepten und dem Programm der "neuen ÖVP" klar rechts positioniert. Er greift auf eindeutige rechtsextreme Politikkonzepte zurück. Zentral ist dabei die Sündenbockpolitik, die er bei fast jedem Thema anwendet: Immer und überall seien die Migrant_innen und Geflüchteten schuld. Er schlägt eindeutig ausgrenzende, rassistische Lösungen vor und muss sich deshalb gefallen lassen, als Rassist bezeichnet zu werden. Ähnlich verhält es sich mit H.C. Strache, der seit Jahren ganz in der Tradition der FPÖ auf rassistische Hetze setzt. Und beiden gemeinsam ist ihre Islamfeindlichkeit. Während Strache vor allem auf plumpe Slogans setzt, liebt es Kurz, Studien zu präsentieren, die seinen diskriminierenden Aussagen Legitimation verschaffen sollen. Der Falter brachte es Anfang Juli im Zusammenhang mit der von Kurz' Beamten "frisieren" Studie auf den Punkt: *"Kurz möchte Kanzler werden. Um die Menschen zu begeistern, braucht er ein emotionales Thema."* In Zusammenhang mit Kindern und Islam wurde er fündig: Islamkindergärten werden zum Problem erklärt, mit dem Ziel, ihre Schließung zu fordern. *"Kurz hat die Brisanz des Themas erkannt und 'spielt' es seit bald zwei Jahren, wie seine Pressesprecher das nennen."* Mit der Instrumentalisierung emotionaler Themen will der ÖVP-Chef bei den Wähler_innen punkten. Wie das geht, wenn eine Studie nicht die erwünschten Ergebnisse liefert: *"Die Integrationsabteilung des Kurz-Ministeriums, so zeigt der Korrekturmodus der Word-Files, hat eine wichtige wissenschaftliche Arbeit an vielen Stellen inhaltlich und nicht nur formal verändert, damit sie politisch besser zu einem der dominierenden Wahlkampfthemen von Minister Kurz passt: dem Islam."* (Falter 27/17) Einige Ergebnisse wurden so weit verändert, dass sie ins islamfeindliche Konzept von Kurz passen. Dass der Inhalt der Studie dadurch quasi ins Gegenteil gekehrt wurde, zeigt auf, zu welchen Methoden die Machtsucht eines Sebastian Kurz und seiner Hintermänner in der ÖVP reicht.

"Die Beamten, so der Eindruck, schreiben jene Schlagworte hinein, die Kurz verwendete, und sie löschten Aussagen, die seine politischen Ansichten

konterkarieren konnten. Ein paar Beispiele. Seite 91 der Erstversion: Aslan schreibt von einer "Zwei-Klassen-Gesellschaft". Die Beamten korrigieren das Wort in "Parallelgesellschaft".

Seite 92. Im Originaltext steht: "Sprache und Sprachförderung ist manchen Eltern das Allerwichtigste im Kindergarten". Die Beamten streichen den Satz heraus.

Seite 97: Die Originalstudie attestiert, "die Mitarbeiterinnen der Stadt werden in der Regel als Kontrollmacht wahrgenommen". Das passt nicht ins Klischee des kontrollvergessenen roten Wien. Der Satz wird gestrichen." (Frisiersalon Kurz auf falter.at)

Ein weiteres Beispiel für die "Glaubwürdigkeit" von Kurz ist das TV-Duell von Sebastian Kurz im TV-Duell mit Ulrike Lunacek auf Puls 4. Als die Grüne Spitzenkandidaten den ÖVPLer im Zusammenhang mit dem Zugang zu Sozialleistungen vorwarf, die AfD rechts zu überholen, antwortete Kurz, dass dies nicht stimme. Hintergrund dieser Feststellung ist, dass die ÖVP den Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger_innen und Drittstaatsangehörige erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Österreich gewähren will, die AfD für Deutschland nach vier Jahren. Als Lunacek ihn fragte, wie es denn dann mit dem Zugang zu Sozialleistungen sei, spielte Kurz einmal mehr den zu Unrecht Angegriffenen und sagte schroff, dass er sein Parteiprogramm kenne. Es gehe hier nicht um Sozialleistungen, sondern um die Mindestsicherung. Da Kurz die Kürzung der Mindestsicherung immer in Zusammenhang mit Migrant_innen aufwirft, wird das Bild vermittelt, diese Kürzungen würden österreichische Staatsbürger_innen nicht betreffen. Im ÖVP Parteiprogramm ist in schwarzer und türkiser Farbe auf weißem Papier zu lesen, dass der Zugang zu Sozialleistungen (!) erst nach fünf Jahren zu gewähren sei, während sich das Kapitel zur Mindestsicherung vor allem um eine Deckelung und eine österreichweite einheitliche Regelung dreht - um eine allgemeine Beschränkung. Dadurch entsteht der Eindruck, dass von Kurz - falls er sein Programm tatsächlich kennt - bewusst Unwahrheiten verbreitet werden, um in TV-Duellen besser dazustehen. In der anschließenden Analyse wurde dieser Punkt von den Kommentator_innen nicht aufgegriffen.

Die Politik: Ein schmutziges Geschäft

All diese Methoden mögen zwar schockieren, doch kann davon ausgegangen werden, dass dies zum Alltag in der Politik gehört. Passt eine Studie, eine Aussage, eine Erkenntnis nicht ins Konzept, dann wird nach einer anderen gesucht - oder eben manipulativ eingegriffen. Oder einfach die Wahrheit verdreht und eine Unwahrheit verbreitet. Insbesondere in Zusammenhang mit rechtsextremen Ansätzen ist Manipulation keine Besonderheit sondern eine wesentliche Grundlage. Dazu zählt, die Gegner_innen mit Vorwürfen zu konfrontieren, um von den eigenen Methoden abzulenken. Oder anders gesagt: Die eigenen schmutzigen Methoden werden den politischen Gegner_innen unterstellt, um diese zu diskreditieren und sich selbst in Unschuld zu waschen.

Umso interessanter ist in diesem Zusammenhang, dass Kurz von Anfang an die Opferkarte spielte. Er würde von allen Seiten "angepatzt". Deshalb fordert er faire Methoden im Wahlkampf. Und: Seine Aussagen sind immer wieder mit subtilen Untergriffen gespickt. Eben genau das, was er seinen Kontrahent_innen vorwirft.

Jetzt sollte angenommen werden, dass die Journalist_innen, die die Auseinandersetzungen moderieren, dies aufgreifen und hinterfragen - doch nichts geschieht. In den Analysen, die im Anschluss an die meisten TV-Konfrontationen stattfinden, wird all dies ignoriert. Viele Zuseher_innen fragen sich: Worüber reden die denn da, was hat das mit dem eben gesehenen Gespräch zu tun?

Einschüchterungsversuche

Nach dem TV-Gespräch zwischen Ulrike Lunacek und Kurz kam es laut Medienberichten zu einem Eklat im ORF-Zentrum. Kurz und sein Team beschwerten sich lautstark über die Fragen der ORF-Redakteurin. Dies war nicht das erste mal, schon nach dem Sommergespräch mit Kurz, das von Tarek Leitner geleitet wurde, lamentierte Kurz. Leitner wurde wegen eines gemeinsamen Urlaubes mit Bundeskanzler Kern angegriffen, der allerdings vor dem Einstieg Kerns in die Politik statt fand - und schon vor Beginn der TV-Konfrontationen bekannt war. Es macht den Anschein,

dass der Machtzirkel rund um Kurz mittels Druck auf Journalist_innen die Berichterstattung beeinflussen will. Und wenn mensch die Zeitungen verfolgt, dann wird schnell klar, dass Kurz seit Monaten von fast allen Medienhäusern gepuscht wird.

Ein weiterer Punkt, der angeführt werden sollte, ist der Versuch von Kurz, in die SPÖ hineinzuwirken und das Ende von Kern herbeizureden, indem er immer wieder SP-Verteidigungsminister Doskozil ins Spiel bringt. Von ÖVP Seite wird gezielt versucht, eine Spaltung der SPÖ herbeizureden. Ein äußerst zweifelhaftes Vorgehen.

Rassismus ist das Problem - und muss ein Ende haben

Dies alles spricht die SPÖ keinesfalls frei, doch sollten all diese zweifelhaften Methoden von Kurz im Zusammenhang mit den aktuellen "Enthüllungen" und seinem Team berücksichtigt werden. Unabhängig davon ob die SPÖ die diffamierenden Facebook-Seiten in Auftrag gegeben hat oder nicht, diejenigen, die tagtäglich Hass sähen, sind vor allem Kurz und Strache.

Wenn Strache im Gespräch mit Kern meint, dass Hass und Hetze gegen politische Mitbewerber_innen in der Politik keinen Platz hätte, dann sollte er selbst mal damit aufhören, Hass zu sähen. Wenn Kurz den Beleidigten spielt und Entschuldigungen fordert, dann sollte er mit untergriffigen Bemerkungen gegen politische Mitbewerber_innen aufhören und nicht permanent Migrant_innen und Geflüchtete als Sündenböcke präsentieren. Denn gerade letzteres dient vor allem der Zerstörung von Existenzen. Auf der einen Seite steht eine Diskreditierung von politischen Mitbewerber_innen, während auf der anderen Seite eine ausgrenzende, rassistische und islamfeindliche Politik steht, die in den vergangenen Jahren tausende Todesopfer forderte. Und genau darum sollte sich die Diskussion drehen: Keine Moralisierung darüber, wer nun wen anpatzt, sondern über die Konsequenzen einer rassistischen Politik. Die ist das eigentliche Problem, von dem mittels Fake-News abgelenkt werden soll. Das politische, das mörderische Spiel mit Lügen muss endlich ein Ende haben!

Fünfter Teil: Die soziale Frage in Zeiten des Wahlkampfes - auf dem Weg zum Faschismus?

Die Reichen, die die Armen brauchen – und gegeneinander ausspielen

14. Sep 2017, no-racism.net/article/5250

Im Wahl(r)ampf kommt vieles viel deutlicher ans Tageslicht, weil die Menschen plötzlich denken, dass es um etwas geht. Und ja, es geht um etwas, es geht um viel: Es geht um die Zukunft, es geht um Friede und Freiheit. Und um Wohlstand. Doch für wen?

Die intensive Phase des Wahlkampfes hat eben begonnen, wie uns die Moderator_innen der diversen Talkshows erzählen. Unzählige "Duellen" stehen am Programm, in denen sich die Wahlwerbenden bekämpfen. Die Methoden, ja über die Methoden lässt sich streiten. Doch nicht nur um die Methoden, sondern auch um die Interpretationen der Gespräche, die belegt von Meinungsumfragen die Manipulation weiter führen. Und wahrlich, es handelt sich dabei um eine massive Manipulation. Es scheint, der Verstand der Politiker_innen - wie der Kommentator_innen - ging irgendwo verloren. Auch wenn dies geleugnet wird und Hetzer_innen mittlerweile als staatstragende, regierungsfähige Stimmen wahrgenommen werden.

Doch hören wir mit der polemischen Analyse auf und begeben uns auf eine inhaltliche Ebene, die viele der zu den Duellen angetretenen Politiker_innen für sich beanspruchen, obwohl davon weit und breit nichts zu bemerken ist. Hier werde ich mich auf ein paar wenige Punkte beschränken. Müßige

Diskussionen über den Klimawandel, Umweltschutz usw. lasse ich mal außen vor, angesichts der Bilder von Naturkatastrophen, die tagtäglich über die Bildschirme flimmern.

Gehen wir direkt zum wohl zentralsten Thema über: Es sind insbesondere die armen Menschen, und die, denen Einbußen ihres Wohlstandes droht, die massivst umworben werden. Das Mittel ist ganz einfach: Die Schuldigen für die Probleme werden unter den Armen selbst gesucht, eine Gruppe wird definiert und der Rest gegen diese aufgehetzt. Eine Methode, die sehr zweifelhaft ist, mittlerweile aber "staatstragend" wurde - und dies nicht nur in Österreich. Doch hier beschränken wir uns mal auf dieses kleine Land, mit seiner Geschichte und der damit verbundenen Verstrickung in zwei Weltkriege, die Gewaltherrschaft der Nazis und deren Massenmord. Diese Geschichte ist wohl aus dem Gedächtnis vieler Menschen verschwunden, wird verleugnet. Nicht nur, dass die Zeit des Austrofaschismus längst vergessen wurde (Anm: Das Dollfußbild aus dem ÖVP-Parlamentsklub übersiedelte kürzlich ins Museum), mittlerweile scheint es akzeptiert, selbst die Politik der Nazis unter dem Applaus der Massen verarmlosen zu können. Ob jetzt der Faschismus an sich das große Problem ist, sei mal dahingestellt. Doch ist sicher, dass die Methoden vieler Politiker_innen in Richtung autoritärer und totalitärer Strukturen zielen. Wenn

sich beispielsweise ein Hampelmann mit der absoluten Macht von seiner Partei ausstatten lässt und nur noch auf die rassistische Karte setzt, damit die Reichen in Schutz nimmt und in Zeiten des Wohlstandes die Armen gegeneinander ausspielt. Wenn er vor einer "Zuwanderung ins Sozialsystem" warnt, meist mit dem Zusatz "unser Sozialsystem". Da wird eine "Volksgemeinschaft" beschworen, eine scheinbare Einheit, die so nicht gegeben ist. Denn viele Menschen lehnen dieses rassistische, vom Sozialdarwinismus geleitete Weltbild ab. Sind dagegen. Und genau an diesem Punkt wird die Spaltung der Gesellschaft deutlich.

Die Methoden sind bekannt, doch werden sie - und das ist wesentlich - offenbar nicht durchschaut. Ich finde nicht, dass wir dies nur mit fehlender Bildung erklären können, denn dies zieht sich durch alle Bildungsschichten. Vielmehr hat es mit einer jahrelangen Gehirnwäsche zu tun, der die Menschen ausgesetzt sind. Ihnen wird erklärt, es gäbe eine Krise, alle müssten sparen, damit "wir" da durch kommen - obwohl es sich, wenn wir von einer Krise des Kapitalismus reden, um eine globale Krise handelt. Und diese ist hausgemacht, mit einem klaren Ziel: Die Profite sollen steigen, die Reichen noch reicher werden. Einzelnen wird die Möglichkeit gegeben, sich daran zu beteiligen und mitzuspielen. Sie können ihr Geld risikoreich veranlagen, mit dem Versprechen, damit viel Geld machen zu

können. Und genau diese Versprechen waren die Ursache der Krise, denn es ist klar, Gewinne können nur dann gemacht werden, wenn andere Verluste machen. Dies ist eine rein mathematische Logik, die in den meisten Analysen nicht beachtet wird. Oder mit anderen Worten gesagt: Damit es Reiche gibt, braucht es die Armen.

Wenn Wahlen anstehen, dann kommt es darauf an, dass auch die Armen umworben werden. Da werden dann (falsche) Versprechungen an die Bezieher_innen von Mindestpensionen oder kleinen Gehältern gemacht: Die Lohnnebenkosten sollen sinken, damit die Leute mehr verdienen können. Wer sich ausrechnet, wie viel durch diese Maßnahmen mehr im Börsel bleibt, wird schnell sehen, dass dies Propaganda ist. Für jede und jeden einzelnen gibt es am Ende ein paar Euro mehr. Doch für jene, die andere Menschen für sich arbeiten lassen, für die zahlt es sich aus. Denn sie bekommen dieses Zuckerl nicht nur von einer einzelnen Person, nein: Jede Person, für die sie weniger Abgaben zahlen müssen, bedeutet ein Mehr am Konto, ein Konto das meist ohnehin prall gefüllt ist - oft aber so gut versteckt, dass die Finanzbehörden keinen Einblick haben. Rein die Finanzflüsse die in Folge des Steuerabkommens mit der Schweiz und Liechtenstein zurück nach Österreich geflossen sind, sind für "den kleinen Mann" und "die kleine Frau" utopisch, nicht vorstellbar. Und das interessante ist, dass nun in jedem Fall überprüft werden muss, ob da nicht auch ein paar nicht versteuerte Euros dabei sind. Da frag ich nur: Warum bitte wurde dieses Geld im Ausland geparkt? Sicher nicht, weil es dort mehr Zinsen gibt.

Ein weiterer Fakt ist, dass die Superreichen kaum Steuern zahlen. Sie parken ihr Geld in Stiftungen oder investieren es - und vermehren ihre Besitztümer. Die Leuten, die die Gewinne mit ihrer tagtäglichen harten Arbeit erst ermöglichen, bekommen falls überhaupt eine kleine Gehaltserhöhung. Oder sie müssen sich anhören, dass "wir" gerade in einer Krise stecken, oder die Firma investiert - und deshalb heuer die Gehaltserhöhung leider nicht erfolgt.

Sehen wir uns mal die Argumente rund

um niedrige Löhne und Pensionen genauer an: Da werden mittlerweile selbst von manchen Hetzer_innen Mindestlöhne und -pensionen gefordert. Wie diese finanziert werden sollen, da scheiden sich die Geister. Für die Hetzer_innen ist klar: Es brauche eine Reduzierung der Sozialleistungen, einen Stopp der "Zuwanderung ins Sozialsystem", eine Einschränkung der Mindestsicherung, aber sicher keine Reichensteuer. Wer soll zahlen? Jene, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen, aber sicher nicht die Reichen, denn die hätten ihren Reichtum mit harter Arbeit erwirtschaftet. Dass sie tagtäglich unzählige Menschen für sich rackern lassen, wird vergessen. Denn allen, die tatsächlich Tag für Tag harte Arbeit - oft für einen geringen Lohn - leisten, sollte bewusst sein, dass kein Mensch durch eigene Arbeit reich werden kann. Wenn ich mich aber dazu entschließe - vorausgesetzt ich habe die Möglichkeiten dazu - andere für mich arbeiten zu lassen, kann ich mein Einkommen sehr schnell multiplizieren. Denn bei jeder und jedem, der für mich rackert, verdiene ich mit. Das ist doch schön, ich brauch mich selbst nicht mehr anstrengen, und trotzdem kann ich gut leben.

Soweit mal die einfache Darstellung. Zugegebenermaßen ist alles etwas komplexer. Denn vor allem für die oft beschworenen Klein- und Mittelbetriebe ist das Überleben schwer geworden. Grund ist wohl, dass viele Betriebe nicht über das nötige Wissen oder die Möglichkeiten verfügen, wie die (ganz) Großen mit Hilfe von gut bezahlten Steuerberater_innen und Finanzexpert_innen die Gewinne so anzulegen, dass sie kaum Abgaben zahlen müssen. Deshalb stöhnen vor allem die kleineren Unternehmer_innen oft über die hohen Abgaben, müssen selbst viel Energie und Arbeit in ihre Betriebe stecken, damit diese überleben können. Einfacher ist es da, wenn ich bereits über ein kleines Vermögen verfüge und dieses "gut" anlege. Am Sparsbuch bekomme ich keinen Gewinn mehr, die Inflation sorgt zusätzlich dazu, dass mein Vermögen kleiner wird. Deshalb verspricht der Finanzsektor seit Jahrzehnten hohe Rendite für jene, die sich möglichst risikoreich trauen, ihr Geld zu veranlagern. Die Möglichkeiten sind sehr un-

terschiedlich und wir werden hier nicht näher darauf eingehen. Doch eine Methode, die sehr große Auswirkungen insbesondere auf ärmere Menschen hat, sei hier erwähnt: Die Investitionen in Wohnbau und Land - was zu einer massiven Preissteigerung führte. Vor allem im Wohnbau wurde ein Begriff kreiert, der gut klingt, aber mit Vorsicht zu genießen ist. So wurde vor einigen Jahren begonnen, "Vorsorgewohnungen" anzupreisen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Menschen eine günstige Wohnung bekommen, in der sie dann auch wohnen. Nein, es geht darum, dass Menschen Wohnungen mitfinanzieren oder kaufen, mit denen sie dann für ihr eigenes Wohlbefinden "vorsorgen". Dass dies vor allem auf Kosten der Menschen geht, die in diesen Wohnungen leben, verdeutlichen die extrem steigenden Mieten der vergangenen Jahre. Und Menschen, die über das nötige Kapital verfügen, ganze Mietshäuser zu kaufen, deren Gewinne nehmen noch schneller zu. Da können dann schnell ein paar Millionen Euros zusammen kommen, ein Vermögen, von dem "die kleine Frau" und "der kleine Mann" nur träumen können - wie vom Lottosechser. Und nun sind es genau die Superreichen, die auf Millionen sitzen, die von vielen Politiker_innen nicht angetastet werden wollen. Superreiche, deren Interessen eben diese Politiker_innen vertreten. Denn es handelt sich meist um ihre eigenen Interessen.

Fragt sich, wie davon abgelenkt werden kann? Wie kann ich verhindern, dass mich die umworbenen Wähler_innen als einen von denen identifizieren, der die Interessen der Reichen gegen die Armen verteidigt? Das Rezept ist bekannt: Wenn die Schuldigen für die zunehmende Ungleichheit anderswo gefunden werden, wenn Gruppen identifiziert werden, die als Feindbilder dienen und die für die Gefährdung des Wohlstandes der breiten Massen verantwortlich gemacht werden können, dann können die Privilegien der Reichen bestehen bleiben - diese verstecken sich hinter einem angeblichen "Wir". Und genau daraus ergibt sich die bereits genannte "Volksgemeinschaft". "Wir", die "echten Österreicher_innen", "wir" müssen zusammen halten gegen "die", die von außen kommen und "unseren" Wohl-

stand gefährden. So ungefähr lässt sich das Rezept der Hetzer_innen erklären. Und wie es den Anschein hat, geht es auf. Es ist ja auch einfacher, gegen "die" zu sein, die weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie

stehen, das steigert das "Selbstwertgefühl" und ich muss mich nicht mit denen da oben auseinandersetzen, von denen ich ja irgendwann doch noch was erwarten kann...

Deshalb sei hier auf eine (einfache) Gleichung hingewiesen: Die Reichen benötigen die Armen, um reich zu sein. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Ohne Armut gibt es keinen Reichtum. Ohne Reiche sinkt die Armut.

Regieren für wen? Die Wirtschaft? Die Reichen?

28. Aug 2017, no-racism.net/article/5229

Mit platten, nichts-sagenden Aussagen bestritt Möchtegern-Kanzler Kurz am 28. August 2017 sein Sommergespräch im ORF. Antworten auf zentrale Fragen blieb er schuldig, doch klar wurde, dass er weiter auf Rassismus und Antisemitismus setzt.

Vom ORF-Journalisten Tarek Leitner wurde er wie mit Samthandschuhen angefasst, mehrmals betonte dieser, er wolle den ÖVP-Vorsitzenden nicht unterbrechen. Obwohl der ÖVP-Bundesvorsitzende und derzeitige Außenminister auf fast jede Frage konkrete Antworten schuldig blieb.

Kurz betonte eingangs seinen "menschlichen Umgang" und einen "neuen politischen Stil", doch während des Interviews hatte er immer wieder Seitenhiebe auf die anderen Parteien auf Lager, wenn er z.B. die Förderungspolitik Wiens im Integrationsbereich kritisierte, während er auf die Frage nach Agrarförderungen jegliche Antwort schuldig blieb. Der Stil von Sebastian Kurz, Emporkömmling aus den Kaderschmieden der ÖVP, dem die Partei ihre Zukunft anvertraut. Mit autokratischen Vorgaben ("Ich mach das nur, wenn ich die Linie bestimmen kann") will er die Volkspartei an die Spitze führen und als Kanzler regieren. Mit wem, darauf will er sich nicht festlegen, diese Entscheidung will er den Wähler_innen überlassen, ohne diesen jedoch klare Ansagen zu machen.

Lediglich der Rassismus des Herrn Kurz ist eine klare Botschaft, die mittlerweile bekannt ist und er nicht viel Zeit verschwenden muss, seine (alt)bekannten Forderungen zu präsentieren.

Wenn Kurz von einem "neuen politischen Stil" redet, der vor allem darin bestehe, dass er andere nicht angreift, dann frage ich mich, warum er permanent Flüchtlinge, Migrant_innen oder Muslime als Feindbilder stilisiert. Was ist neu an dieser Form der Politik, die sehr an vergangene Zeiten erinnert, dunkle Zeiten, die Europa wieder mehr und mehr drohen.

Die ÖVP ist die Partei der Reichen und der Bauern_Bäuerinnen. Deren Privilegien will er nicht antasten, vielmehr will er deren Privilegien ausbauen, eine Message die er zwar nicht ausspricht, aber eine Haltung, die er kaum verheimlichen kann. Welche Werte sind damit verbunden? Er wurde nach den christlich-sozialen Werten in der ÖVP gefragt, ob diese nicht verloren gegangen wären. Er sieht dies freilich nicht so, denn er will ja den Armen helfen, doch nicht hier, sondern "vor Ort". Doch vor der eigenen Haustür, im "eigenen Land", da will er ihnen nicht helfen, da will er ihre Förderungen streichen. Denn er will ja keine Anreize schaffen, damit noch mehr kommen. Deshalb will der die Menschenjagd an den Binnengrenzen der EU solange fortsetzen, bis die Außengrenzen effektiv geschützt sind.

Der Zuzug koste den Österreicher_innen Milliarden: Er wirft mit Zahlen um sich, die in den vergangenen Tagen und Wochen die Schlagzeilen der Medien füllten. Die Rede ist von 8 Milliarden Euro in den kommenden Jahren. Wer die Zeitungen genauer gelesen hat, wird wissen, dass diese Zahlen die Entwicklung seit dem Jahr 2015 beinhalten. Dass also nicht von den Zusatzkosten in den kommenden Jahren gesprochen werden kann.

Welche_r sich ein wenig erinnert: vor zwei Jahren wurde immer wieder festgestellt, dass die Migrationsbewegung einen Wirtschaftsaufschwung bringt. Einen Aufschwung, der mittlerweile Realität geworden ist, wie die Wirtschaftszahlen belegen. Doch dies wird in die "Milchmädchenrechnungen" nicht miteinbezogen. Hauptsache es wird auf die Gefühle der Ausgrenzung gesetzt und Rassismus wie Antisemitismus geschürt.

Hinter der Politik der "neuen" Volkspartei verbirgt sich nichts neues, es wird lediglich neu verpackt. Und es wird viel stärker auf Ausgrenzung und Ausbeutung gesetzt. Dazu passt auch, dass das Sparen vorerst auf die "Anderen" fokussiert wird, später aber alle armen bzw. sozial schwachen Menschen betrifft. Doch dies wird gern übersehen. Da nützen selbst zahlreiche Studien nichts die dies belegen. Denn der Herr Kurz präsentiert gerne seine eigenen Studien; diese nutzt er zum Schüren und zur Verstärkung von Vorurteilen.

Und dadurch erhofft er sich Vorteile im Wahlkampf. Ob es dadurch zu einer Neuaufgabe von Schwarz-Blau kommt? Diese Gefahr besteht angesichts der am 15. Oktober statt findenden Nationalratswahlen sehr wohl. Längst ist das Fiasko vergessen, dass im Jahr 2000 seinen Ausgang fand. Die Köpfe wurden ausgetauscht. Einer dieser Köpfe zeichnet sich vor allem durch eines aus: Kurz-Sichtigkeit.

Wohin das führen kann? Empfohlen sei dazu die Lektüre des Artikels :: Wegbereiter des Faschismus: Der Rassismus der 'Groß'-Parteien - Teil 3 (Seite 64).

Ausbeutung und Unterdrückung: Der Rassismus der 'Groß'-Parteien – Teil 1

20. May 2016, no-racism.net/article/5116

Im Jahrestakt beschließen SPÖVP meist gemeinsam mit der FPÖ neue rassistische Gesetze. Denn nichts anderes sind Asyl- und Fremden(un)recht in Österreich und den restlichen EU-Staaten. SPÖVP erweisen sich damit als Wegbereiter_innen für die FPÖ, die mit Hetze versucht, die (Regierungs-) Macht zu erlangen. Die restlichen Parteien beteiligen sich daran, denn auch sie sehen sich gerne in führenden Positionen und Ämtern.

Im folgenden der erste Teil einer Reihe von Beiträgen, die sich mit den politischen Entwicklungen im Frühjahr 2016 in Österreich auseinander setzen. Teil 1 thematisiert Privilegien, Ausbeutung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Teil 2 (Seite 62) setzt sich mit Grenzen und Kontrollzuständen auseinander. Teil 3 (Seite 64) behandelt die Auswirkungen von Rassismus auf die Gesellschaft. Ist der Rassismus der ehemaligen 'Groß'-Parteien wegbereitend für Faschismus?

Hetze und Gesetze

Die Hetze gegen geflüchtete Menschen und Migrant_innen ist nichts neues in Österreich. Seit mindestens 25 Jahren, nach dem Fall des sog. Eisernen Vorhanges, werden legale Wege der Migration nach Europa mehr und mehr eingeschränkt - begleitet und teilweise getrieben von rassistischer Stimmungsmache durch die Nachfolgepartei der Nazis.

Die Politik der Ausgrenzung und Abschottung hilft faschistoiden Parteien überall in Europa, salonfähig zu werden und bei Wahlen zunehmende Erfolge zu feiern. Es sind ihre plumpen Slogans und Parolen, die in Gesetze gegossen werden. In mehreren Ländern sind bzw. schafften sie es bis in die Regierung. Nicht vergessen ist die schwarzblau bis orangene Koalition zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Alpenrepublik. Sie

zeichnete sich u.a. durch Korruption aus, deren Kosten die Bevölkerung noch Jahre zu spüren hat. Nicht, dass die (ehemaligen) Großparteien nicht in Korruption verwickelt sind, doch die FPÖ trieb es auf die Spitze, wie der Fall der Hypo Alpe Adria in Kärnten verdeutlicht, der das Bundesland fast in den Bankrott trieb.

Dinge, die das Wahlvolk gerne vergisst, wenn es erneut zu den Urnen getrieben wird. Doch welche Alternativen gibt es? Wer spricht sich klar und deutlich gegen die rassistische Politik aus? So haben die Grünen in Deutschland bewiesen, dass sie in der Lage sind, eine Law- and Order Politik zu gestalten. Und in Österreich? Nach klaren Stellungnahmen gegen Schubhaft und Abschiebungen ist vergeblich zu suchen, diese Instrumente zur Umsetzung von staatlichem Rassismus werden praktisch von allen Parteien akzeptiert. Mehrfache persönliche Gespräche mit Grünen Politiker_innen ließen keine Bereitschaft für die Aushebelung des institutionellen Rassismus erkennen. Humanitärer Vollzug, die Einhaltung von Menschenrechten, bla, bla, bla. Mehr ist nie gekommen. So wird über die Methoden zur Umsetzung der Maßnahmen diskutiert - "im Rahmen der Menschenrechte". Ob die Maßnahmen selbst, bei denen es zur Anwendung massiver Zwangsgewalt kommt, mit der Idee der Menschenrechte vereinbar sind, darüber wird kaum diskutiert. Wozu auch? Wenn Menschen jegliche Rechte entzogen werden, dann können sie Menschenrechte nicht für sich geltend machen. Dann kann letztendlich mit ihnen alles gemacht werden, über ihre Köpfe hinweg entschieden werden - und sollte es zu Widerstand kommen, dann droht noch massivere Gewalt. Zu viele :: Tote im Polizeigewahrsam und im Rahmen von Abschiebungen (no-racism.net/racismkills) zeugen davon. Soviel zur angeblichen Einhaltung der Menschenrechte.

Einschränkung von (Bewegungs-)Freiheit

Ein kurzer Blick in die Kommentare auf

den Internetseiten der Tageszeitungen genügt, um zu verdeutlichen, dass Asylsuchenden Menschen selbst die freie Wahl des Wohnortes verwehrt wird. Ein Beispiel? "Es geht nicht an, dass sich Asylanten aussuchen können wo sie gerne untergebracht werden wollen," hetzte Walter Pospischil am 3. Februar 2016 im Online-Kurier. Tagtäglich werden viele derartiger Aussagen in Kommentaren, Onlineforen und sozialen Netzwerken gepostet und die Einschränkung der Rechte und Grundfreiheiten Anderer gefordert. Die Beweggründe rassistischer Hetze? Die rassistische Einteilung der Menschen in Privilegierte und Unterdrückte soll legitimiert werden.

Damit wird der Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zur Floskel, denn dort heißt es: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren". Die Vereinten Nationen (UNO) und ihre Mitgliedstaaten haben sich zwar verpflichtet "auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken", doch gleichzeitig werden vielen Menschen grundlegende Rechte (wie jenes auf Aufenthalt bzw. Niederlassung) per se abgesprochen, indem sie zu "illegalen Einwander_innen" erklärt werden. So wird neben der Einschränkung der Bewegungsfreiheit auch die Inhaftierung allein aufgrund fehlender oder nicht (mehr) gültiger Papiere legitimiert. Ohne richterliche Entscheidung können Menschen über Monate, in manchen Fällen sogar über Jahre hinweg, eingesperrt und ihrer Freiheit beraubt werden. Dies geschieht sowohl in Schubhaft, Erstaufnahme- und Registrierungscentren, die überall in Europa zu finden sind, oder den derzeit an den Rändern Europas errichteten "Hot-Spots", als auch in "Internierungslagern außerhalb der Schengengrenzen" oder "regionalen Schutzzonen" in oder rund um Krisengebiete.

Um die Maßnahmen besser vollziehen zu können, werden mehr und mehr Zäune hochgezogen, Kontrollen

durchgeführt, beteiligen sich sowohl Polizei und Militär als auch zunehmend die lokale Bevölkerung an der groß angelegten Jagd auf Menschen, denen das Recht auf Mobilität abgesprochen wird.

Ausbeutung zum Wohle der privilegierten Bevölkerung

Diese Politik ist Teil der nach wie vor existierenden globalen Ausbeutung, des Kolonialismus, der nie wirklich beendet wurde. Die meisten der ehemaligen Kolonien, insbesondere in Afrika, befinden sich in einer wirtschaftlichen Abhängigkeit, die es ihnen schwer möglich macht, sich der kolonialen Ausbeutung zu entziehen. Dass die Regierungen und Diktator_innen in vielen der ehemaligen Kolonien dabei mitmischen, ist nichts neues - und wird von der EU und ihren Mitgliedsstaaten gefördert. Wird die rassistische europäische Abschottungspolitik akzeptiert und mitgetragen, bringt dies finanzielle Zuwendung. Teilweise als "Entwicklungshilfe" bzw. "-zusammenarbeit" bezeichnete Geldflüsse helfen

meist nur dem Establishment, jedoch nicht der breiten Bevölkerung, die gezwungen ist, in Armut zu leben; oft ohne Perspektiven und Hoffnung. Dass Menschen dieser Perspektivlosigkeit entfliehen, das wollen die Politiker_innen und Hetzer_innen in der EU nicht. Ihnen ist bewusst, dass dies Teil der kolonialen Ausbeutung ist und ihnen weiterhin den Reichtum auf Kosten anderer sichert. Es muss genügend Arme geben, damit die Wohlhabenden ihren Wohlstand genießen - und die Reichen noch reicher werden können. Eine der Maßnahmen, Menschen in Armut zu halten ist, ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Während Menschen mit einem Pass der westlichen Länder privilegiert sind und fast überall hin reisen können - sofern sie es sich leisten können - wird einem großen Teil der Menschheit die Reisefreiheit verwehrt. Als Argument wird dann oft angeführt, dass Tourist_innen nicht vor haben, im 'fremden' Land zu bleiben. Doch was ist mit den Hotelanlagen, der ge- bzw. zerstörten Umwelt und Sozialstruktur? Diese

bleiben bestehen und bieten zwar Jobs für die lokale Bevölkerung, doch die Bezahlung ist miserabel. Der Zugang zu Tourismuszonen und Stränden wird für die lokale Bevölkerung eingeschränkt - zum "Schutz" der privilegierten Urlauber_innen, wie es dann heißt. Hier stellt sich die Frage, wer muss vor wem geschützt werden? Gerechterweise sollten jene geschützt werden, denen es an vielem fehlt, sollten jene unterstützt werden, die wenig haben; oft zu wenig zum Leben. Die herrschende Logik sieht dies anders: Jene, die unterdrückt und ausgebeutet werden, sollen sich "ihrem Schicksal ergeben" und mit ihren Lebensbedingungen abfinden. Anstatt die Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden und zu besseren Lebensbedingungen aller Menschen beizutragen, wird die Reisefreiheit von Menschen aus vielen Ländern - vor allem im globalen Süden - massiv eingeschränkt. Sie sollen "dort bleiben, wo sie herkommen", wie es der "Volksmund" formuliert, denn: "Es können ja nicht alle kommen!" Den Wunsch, nach einem besseren Leben zu streben, wird ihnen abgesprochen.



Grenzen und Kontrollzustände

Der Rassismus der 'Groß'-Parteien – Teil 2

20. May 2016, no-racism.net/article/5117

Teil 2 unserer Reihe zu den Auswirkungen des Rassismus der (ehemaligen) 'Groß'-Parteien setzt sich mit der doch nicht so unbegrenzten Reisefreiheit innerhalb der EU auseinander, sowie mit der Intensivierung von Überwachung und Kontrollen aufgrund eines angeblichen "Notstandes".

Schengen: Doch nicht unbegrenzte Reisefreiheit

Den Privilegierten wird nahezu unbegrenzte Reisefreiheit versprochen, wenn gleich viele Einschränkungen diese Reisefreiheit begrenzen. So ist der (dauerhafte) Aufenthalt für EU-Bürger_innen in anderen EU-Staaten meist an Erwerbsarbeit oder Ausbildung gekoppelt, Abschiebungen oder Ausweisungen von EU-Bürger_innen sind keine Seltenheit. Die Argumentation mit angeblichen Bedrohungen, wie wir sie u.a. im Rahmen vieler Proteste gegen EU-Gipfel oder Treffen der Wirtschaftseliten oder in Zusammenhang mit meist großen Sportveranstaltungen beobachten können (Anmerkung: Der Anti-Terror-Diskurs spielt eine zunehmend wichtigere Rolle, auf die hier nicht eingegangen wird), dient der Einschränkung der Reisefreiheit. Beispielsweise z.B. über eine temporäre Meldepflicht bei den lokalen Polizeibehörden, die über den Zeitraum von Großveranstaltungen verhängt wird, um die Mobilität der Betroffenen massiv einzuschränken. Weitere Kontrollmechanismen sind sogenannte "schwarze Listen" bzw. :: Datenbanken (no-racism.net/thema/21), in denen Personen aufgelistet werden, denen ein "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" unterstellt wird. Diese Listen werden innerhalb des Schengenraumes meist in Verbindung mit temporären Grenzkontrollen unter anderem dazu genutzt, um bestimmten Personen die Überquerung von Grenzen zu verweigern.

Wozu dann die Diskussion um Grenzkontrollen? Es geht dabei vorwiegend um die Aufrechterhaltung des freien

Warenverkehrs, eine der Grundfreiheiten der EU. Die Grenzen sind "offen", damit der Transport von Gütern möglichst problemlos und schnell funktioniert, während die Reisefreiheit für Menschen mehr und mehr eingeschränkt wird. Politiker_innen in etlichen EU-Mitgliedsländern sprechen sich für Grenzkontrollen aus, denn mit ihrem rassistischen Weltbild ist Reisefreiheit nur schwer vereinbar - vor allem wenn diese Freiheit für Menschen gilt, die der rassistischen Einteilung der Menschen entsprechend zu den Unterprivilegierten zählen. Diesen Menschen soll die Reisefreiheit verwehrt werden, lediglich jenen die "gebraucht werden" soll die Einreise gestattet werden. Sobald ihr Nutzen für die Privilegierten - meist weiße Europäer_innen - nicht mehr groß genug ist, sollten sie wieder gehen.

Dass dies in einer freien Gesellschaft so nicht funktionieren kann, sollte allen klar sein, doch ein rassistisches System ist niemals frei, denn solange auch nur eine Person aufgrund dieser Ideologie und der damit verbundenen Gesetze eingesperrt ist, kann nicht von Freiheit gesprochen werden! Deshalb ist der Kampf gegen Internierung und Abschiebungen so wichtig. Und es wird immer mehr erforderlich, den Blick auf die Grenzen und das damit verbundene Regime zu werfen. Denn entlang der Grenzen, im Äußeren wie im Inneren, entstehen mehr und mehr Gefängnisse, die den Behörden helfen, ihre Ausgrenzungspolitik praktisch umzusetzen. Was tun, wenn Menschen ohne Papiere bei Kontrollen aufgegriffen werden? Die einfachste Möglichkeit wäre, sie weiter reisen zu lassen. Da ihnen diese Freiheit jedoch verwehrt - und auch innerhalb der EU bzw. im Schengenraum mehr und mehr eingeschränkt wird - sehen es die Schreibtischtäter_innen als notwendig an, sie zu internieren; zumindest bis zur Abschiebung. Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Hinweis, dass Grenzkontrollen im Schengenraum trotz des Wegfalles der direkten Kontrollen der Binnengrenzen auf der Tagesordnung stehen.

Die Intensivierung von Überwachung und Kontrollen

Das Schengener Vertragswerk sieht jede Menge "Ausgleichsmaßnahmen" (AGM) vor, die die :: Kontrollen an den Grenzstellen (no-racism.net/rubrik/37) ergänzen bzw. ersetzen. So werden der Grenzraum, Autobahnen, Schnellstraßen, Bahnhöfe und sogar Wiener U-Bahnstationen zu Kontrollpunkten. An all diesen Orten werden verschärfte Kontrollen durchgeführt, meist nach rassistischer Selektion. Um diese praktisch umsetzen zu können, wird der Blick der Wächter_innen extra trainiert - meist im Rahmen der polizeilichen oder militärischen Ausbildung.

In Folge der Migrationsbewegungen im Jahr 2015 führten mehrere Staaten Kontrollen an Binnengrenzen ein. Diese Kontrollen an den "offenen" Grenzübergängen sind laut Schengener Übereinkommen in bestimmten (Ausnahme)Situationen gestattet. Eine Grundlage bildet Artikel 29 des Schengener Grenzkodex, der die Möglichkeit für Kontrollen vorsieht, wenn die Sicherung der EU-Außengrenze nicht gewährleistet ist. Nach Artikel 29 ist eine dreimalige Verlängerung der Kontrollen um jeweils sechs Monate möglich, also insgesamt maximal zwei Jahre - so lange könnten die Grenzkontrollen laut EU-Recht bestehen bleiben, erst danach müssten etwaige gesetzliche Änderungen erfolgen. Die EU-Kommission will, dass der freie Warenverkehr nicht so lange behindert wird und beabsichtigt, die Grenzkontrollen im Schengen-Raum im November zu beenden. Wie sich die Situation an den Binnengrenzen entwickeln wird, ist aber zu jetzigem Zeitpunkt schwer abzuschätzen. [Anmerkung: Dies war 2016 so, als dieser Artikel geschrieben wurde. Und jetzt, ein Jahr später stellt sich diese Frage erneut. Die EU beschloss, dass die Kontrollen um weitere zwei Jahre verlängert werden.]

So wie die Kontrollen der Binnengrenzen theoretisch zeitlich befristet sind, sollten sie nicht willkürlich angewendet

werden. Aus der Praxis wissen wir jedoch, dass es gerade die Willkür der kontrollierenden Beamt_innen ist, die über die Gewährung der Einreise entscheidet - oft in Verbindung mit "Befehlen von Oben", mit denen ganze Personengruppen am Grenzübertritt gehindert werden sollen. Dass dies einen massiven Eingriff in die angeblichen Grundfreiheiten der EU darstellt, ist bekannt, wird im öffentlichen Diskurs aber kaum als Problem wahrgenommen, sondern als legitime Maßnahme zur "Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung" akzeptiert; zum "Wohle der Allgemeinheit".

Daraus ist klar ersichtlich, dass die Reisefreiheit nicht für alle(!) Menschen gilt. Es geht bei den Diskussionen um Grenzkontrollen innerhalb der EU darum, den freien Warenverkehr aufrecht zu erhalten, wie es sich bei der Diskussion rund um den Brenner zeigt. Wurde von den Mitgliedstaaten der EU am 12. Mai 2016 die Fortsetzung der Grenzkontrollen in den Schengenstaaten Deutschland, Dänemark, Norwegen, Österreich und Schweden für weitere sechs Monate gebilligt, ist der Brenner davon dezidiert ausgenommen. Zu wichtig ist seine Funktion für den Transit von Waren von Süd nach Nord und Nord nach Süd.

Ob am Brenner nun direkt an der Grenze oder davor und danach kontrolliert wird, ändert nichts an der Tatsache, dass die in Spielfeld (Steiermark) seit vergangenem Jahr getesteten Kontrollen am 1. Juni 2016 an weiteren Stellen eingeführt werden: In Nickelsdorf und Heiligenkreuz (Burgenland), in Thörl-Maglern (Kärnten) sowie möglicherweise am Brenner (Tirol). In der Folge sind die als "Grenzmanagement" bezeichneten baulichen Maßnahmen an den Übergängen in Bad Radkersburg und Langegg (Steiermark), dem Karawankentunnel, in Lavamünd und Bleiburg-Grablach (Kärnten) sowie in Sillian und am Nauders-Reschenpass (Tirol) geplant. Unabhängig von den baulichen Maßnahmen werden viele grenzüberschreitende Autobahnen und Bahnstrecken seit langem verstärkt kontrolliert. Diese Kontrollen werden mithilfe des Einsatzes von mehr Personal und der Zusammenarbeit mit dem Bundesheer intensiviert. In Burgenland

wurde am 25. April 2016 mit temporären Grenzkontrollen begonnen. Um 8:00 Uhr morgens wurde die Ostautobahn (A4) am Grenzübergang Nickelsdorf auf eine Spur reduziert und die Fahrzeuge mussten im Schrittempo die Kontrollstelle passieren.

Der Auf- bzw. Ausbau der Grenzkontrollstellen wurde nur teilweise von Protesten begleitet, wie u.a. :: am Brenner (no-racism.net/article/5091), wo es bereits zu mehreren Demonstrationen und :: Auseinandersetzungen mit der Polizei (no-racism.net/article/5110) kam.

Alpenrepublik im Ausnahmezustand

Die Einführung von Kontrollen an Österreichs EU-Binnen- bzw. Schengengrenzen ist laut der Stellungnahme von Agenda Asyl zur geplanten Änderung von Asyl- und Fremdenpolizeigesetz "unter bestimmten Voraussetzungen, konkret bei Vorliegen 'außergewöhnlicher Umstände', wodurch 'die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit in einem Mitgliedstaat ernsthaft bedroht' sind (vgl. Art 23 Abs 1 Schengener Grenzkodex), erlaubt. Die Materialien zum Gesetzesentwurf bemühen in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Europäischen Kommission, in der die Einführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durch Österreich und Deutschland als 'angemessene Antwort auf die Gefährdung' betrachtet wird, 'die für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung festgestellt wurde und die sich aus dem ungeordneten Zustrom einer außergewöhnlich hohen Zahl von Personen' ergeben habe".

Im Namen von "Ordnung und Sicherheit" wird argumentiert und kontrolliert. So steht der Aufbau des "Grenzmanagement", wie die militärisch betreuten Kontrollgitter und -käfige an den Grenzen genannt werden, in direktem Zusammenhang mit einer Novelle des Asyl- und Fremdenrechts.

Die hohe Anzahl an Flüchtlingen und Migrant_innen sei nicht verkraftbar, ist immer wieder von Schreibtischtäter_innen zu hören oder in Zeitungen zu lesen. Noch einmal so viele wie im Jahr 2015 könne Österreich nicht aufnehmen. Die Bilder von durch Europa wandernden Migrant_innen

und Flüchtlingen werden dazu genutzt, um einen "Notstand" herbeizureden. Obwohl sich der Diskurs um Grenzen und Kontrollen vor allem rund um das Thema Sicherheit dreht, sei der "Notstand" explizit nicht (nur) in Hinblick auf eine sicherheitspolizeiliche Bedrohung zu sehen, sondern gelte auch für den Fall, in dem öffentliche Dienste nicht aufrechterhalten werden können. Aktivist_innen, die unter dem Motto :: Asylrechtsverschärfung stoppen (asylrechtsverschaeerfung-stoppen.at) gegen die Gesetzesnovelle mobil machen, stellten in diesem Zusammenhang fest: *"Wenn also nicht genügend Wohnraum, Schul-, Kindergarten- oder Arbeitsplätze vorhanden sind, wenn Integrationsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können oder wenn der soziale Zusammenhalt und das Sicherheitssystem gefährdet erscheinen, gilt die 'öffentliche Sicherheit und Ordnung' als gefährdet. Und wann dies gegeben ist, entscheidet die Regierung selbst. Dabei reicht es aus, dass dieser 'prognostiziert' wird."*

Die Agenda Asyl interpretiert das Gesetzesvorhaben in Zusammenhang mit der Ausrufung eines "Notstandes" ähnlich: *"Der geplante Entwurf spricht davon, dass die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates feststellt, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der inneren Sicherheit gefährdet sind. Wann die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der inneren Sicherheit gefährdet ist, wird im Gesetzesentwurf nicht näher konkretisiert. Es werden keine Kriterien genannt, die - die im Gesetz genannte - Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der inneren Sicherheit indiziert. Lediglich in den Erläuterungen wird auf die gewaltigen Herausforderungen des letzten Jahres Bezug genommen."*

Begleitet werden die Gesetzesverschärfungen, die für Flüchtlinge und Migrant_innen gelten, von einer massiven Hetze in Medien und sozialen Netzwerken. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht näher mit dem :: Rassismus in Medien (no-racism.net/thema/102) auseinandersetzen, sondern in Teil 3 einen Blick auf die Funktion des institutionalisierten Rassismus werfen.

Wegbereiter des Faschismus

Der Rassismus der 'Groß'-Parteien – Teil 3

23. May 2016, no-racism.net/article/5118

Der dritte Teil dieser Artikelreihe befasst sich mit dem Zusammenhang von Rassismus und Faschismus. Welche Auswirkungen hat Rassismus auf die Gesellschaft? Ist der Rassismus der ehemaligen 'Groß'-Parteien wegbereitend für Faschismus?

In Verbindung mit Migration - insbesondere mit den Bildern der Migrationsbewegungen im Jahr 2015 - dramatisiert die Diskussion um "Sicherheit": Die angebliche Bedrohung Europas, das in seiner Existenz gefährdet sei. Durch Masseneinwanderung, "Islamisierung", "fremde Kulturen", Kriminalität - und: Terrorismus.

Doch was hat das alles mit Faschismus zu tun? Diese Frage werden sich wohl einige stellen, vor allem in Zusammenhang mit dem Titel dieses Beitrages. Warum werden ÖVP und SPÖ als Wegbereiter_innen bezeichnet? Versuchen wir, diesen Fragen auf den Grund zu gehen: Überwachung und Kontrolle, die Schaffung von Feindbildern und damit einhergehende Gewalttaten, sind keine Seltenheit, sondern mittlerweile zum Alltag in Europa geworden. Es vergeht keine Stunde, in der es nicht zu Übergriffen auf Geflüchtete kommt, kein Tag, an dem nicht mindestens eine Flüchtlingsunterkunft von Nazis und Rassist_innen angegriffen wird. Oft werden ganze Häuser abgefackelt. Allein in Deutschland sind im Jahr 2015 laut einer Dokumentation mehr als 800 Angriffe auf Unterkünfte bekannt geworden, davon 139 Brandanschläge. Neben dem massiven Anstieg der Gewalt gegen Geflüchtete kommt es zu vermehrten Übergriffen auf Unterstützer_innen und Personen des öffentlichen Lebens.

Hetze und Gesetze als rassistische Gewalt

In Österreich, wo rassistische Hetze mittlerweile zum Alltag geworden ist, kam es im Jahr 2015 zu :: mindestens

25 Übergriffen auf Flüchtlingseinrichtungen. Die Situation schaut etwas anders aus als in Deutschland, doch wäre es ein Fehler, von geringerer :: Gewalt gegen Geflüchtete zu sprechen. Denn hierzulande funktioniert die Ausgrenzung auf breiter Basis und viele der Gewalttaten gehen von der Exekutive aus, in der sich unzählige Rechte tummeln. Der "Korpsgeist", besonderes Anliegen von Wiens Oberkiwara Pürstl, verbietet es Beamt_innen, gegen die allgemeine Stimmung im Apparat zu reden. Kritik aus den Reihen der Polizei an der Praxis der Exekutive ist kaum zu hören. Und es darf nicht vergessen werden, dass in Österreich seit Jahren rassistisch motivierte Gewalttaten Todesopfer fordern. Doch wird das politische Motiv oft ausgeblendet - und die Gewalt verharmlost.

Der größte Unterschied zu Deutschland ist wohl, dass Rassismus hier viel mehr institutionalisiert und die Obrigkeitshörigkeit sehr stark ausgebreitet ist. Mit verbaler Hetze wird mehr und mehr zum tätlichen Übergriff aufgestachelt. Menschen werden terrorisiert. Und genau hier werden die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Faschismus deutlich. Denn Faschismus baut auf der Terrorisierung der Bevölkerung auf, über Angstmache soll Zuspruch erzeugt werden - und Widerstand im Keim erstickt. Wer nicht mit macht oder gar dagegen redet, wird schnell selbst zum Ziel des faschistischen Terrors.

Politische Veränderungen

Nun steht Österreich dieser Tage vor einer historischen Wahl. [Anmerkung: Als dieser Artikel geschrieben wurde, war dies die Wahl zum Bundespräsidenten, nun gibt es erneut "historische Wahlen", dieses mal zum Nationalrat.] Wird zum ersten mal ein FPÖler zum Bundespräsidenten gekürt? Was dies bedeutet, darüber gibt es unzählige Diskussionen. In den Kolumnen mancher Tageszeitungen und zahlreichen Kommentaren wird kein Hehl daraus gemacht, dass eine Veränderung be-

vor steht, dass nichts mehr so sein wird, wie es war. Dass sich Österreich hin zu einem autoritären Staat entwickeln könne, sollte die FPÖ die Macht übernehmen - was angesichts der Krisen innerhalb von SPÖ und ÖVP und dem anhaltenden Wähler_innenschwund der ehemaligen 'Groß'-Parteien nicht mehr auszuschließen ist. [Anmerkung: Der Wähler_innenschwund von SPÖVP ist mittlerweile gestoppt, die FPÖ hat an Boden verloren, was wohl vor allem mit den Veränderungen bei den beiden anderen Großparteien zu tun hat,

Rechter Terror in Deutschland

Im Jahr 2016 gab es in Deutschland mehr als 3750 Angriffe von Rechten auf Geflüchtete, deren Unterkünfte und Helfer_innen, davon 27 Sprengstoff- und 149 Brandanschläge auf Unterkünfte.

Das antifaschistische Pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) dokumentiert seit vielen Jahren rechte Aktivitäten und Gewalt. Das Onlineprojekt :: **rechtesland.de** veranschaulicht es Entwicklung und Ausbreitung des rechten Terrors: "Rechtes Land" ist ein Atlas über rechte Strukturen und Aktivitäten in Deutschland. Kartiert darin sind Orte von Neonazis und anderer extrem Rechter, ihre Verbände, ihre Morde, ihre Überfälle und Aufmärsche.

:: **mut-gegen-rechte-gewalt.de**, ein Internetportal des Magazins stern und der Amadeu Antonio Stiftung, dokumentiert sowohl Übergriffe mit rassistischen als auch neonazistischen Hintergrund (was teilweise nicht zu trennen ist). In der Bundesrepublik Deutschland hat die Gewalt gegen Minderheiten und Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen seit 1990 zu circa 200 Todesopfern geführt. (Anmerkung: Von der linken Seite gab es im selben Zeitraum kein einziges Todesopfer.)

:: no-racism.net/article/5251

sowie mit der Machtübernahme in der ÖVP durch Sebastian Kurz. Durch die sog. Schmutzkübelkampagne sind Veränderungen nicht auszuschließen. Eine mögliche Neuauflage einer schwarz-blauen Koalition nach den Wahlen ist möglich.]

Dass dies nicht nur Veränderungen für "die Ausländer_innen" bedeutet, sollte nicht vergessen werden. Vielen zu "Randgruppen" erklärten drohen vermehrte Einschnitte, begleitet von einem wahrscheinlichen massiven Sozialabbau. Schon jetzt wird von der FPÖ und großen Teilen der ÖVP eine Reduzierung der Mindestsicherung für Flüchtlinge gefordert. In Oberösterreich herrscht innerhalb der schwarz-blauen Koalition bereits Einigkeit. Während sich in Tirol die schwarz-grüne Landesregierung auf eine Koppelung der Mindestsicherung an die "Integrations- und Arbeitswilligkeit" der Bezieher_innen einig konnte.

Sozialer Kahlschlag

Was mit einer Diskussion um die "Ausnutzung des Sozialsystems" durch Geflüchtete startete, wird mehr und mehr zu einem sozialen Kahlschlag. Dabei wird vermehrt auf soziale und rassistische Selektion gesetzt, immer mehr Leute von Sozialleistungen ausgeschlossen. Die SPÖ setzt unter ihrem neuen Vorsitzenden und Bundeskanzler Kern auf soziale Absicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein Ziel Kerns laut seiner Regierungserklärung: "Die Wirtschaft zu stimulieren, damit Jobs entstehen, von denen die Menschen leben können." Im Rahmen eines "New Deal" will Kern in Zusammenarbeit mit der ÖVP die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik angehen um "die Stimmung zu drehen". Kerns Vision ist ein Land, "in dem nicht nur eine kleine Minderheit von der Wohlstandsentwicklung profitiert".

SPÖVP ist das Wohle der Wirtschaft ein Anliegen, das als Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden gesehen wird. Fragt sich, wie dieses Kunststück gelingen kann, wenn die ÖVP vor allem daran interessiert ist, die Mindestsicherung generell zu begrenzen. Die Politik des Koalitionspartners zielt in Richtung Sozialabbau - im Dienste der Wirtschaft.

Hierbei handelt es sich nicht um eine Politik, die nur in Österreich zu beobachten ist, sondern um eine globale Entwicklung mit entsprechenden Auswirkungen: Die Schere zwischen Arm und Reich wird mehr und mehr geöffnet; es ist eine kontinuierliche Entwicklung, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, oder mit anderen Worten: die Ungleichheit in Europa nimmt zu. Dies erklärte u.a. der US-Ökonom Branko Milanovic im Interview mit dem Standard: *"Es gibt die These, dass die steigende Kluft das Wirtschaftswachstum bedroht. Aber hier ist die Beweislage nicht sehr eindeutig. Überzeugt bin ich davon, dass die Entwicklung für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft gefährlich ist. Notwendig wäre also die Umverteilung, also die Dekonzentration von Finanzvermögen."* Ein Vorhaben, an dem u.a. der ehemalige Bundeskanzler Fayman scheiterte.

Die Propaganda der Angst

In seiner Antrittsrede als neuer Bundeskanzler betonte Kern:

"Wir wollen die Hoffnung nähren und nicht die Sorgen und Ängste der Menschen. Wir wollen eine Politik des Zukunftsglaubens der Hoffnungslosigkeit gegenüberstellen. Wir wollen eine Politik der Weltoffenheit der geistigen Verengung gegenüberstellen. Und wir wollen eine Politik der Heimatverbundenheit und des Patriotismus dem Chauvinismus und der Hetze gegenüber Minderheiten gegenüberstellen."

Politiker_innen argumentieren ihre Vorhaben oft und gerne mit den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung, die sie nicht ignorieren dürften. Kern will diesen Ängsten mit Hoffnung entgegenreten. Doch um welche Ängste welcher Teile der Bevölkerung handelt es sich hier? Wohl kaum um jene Ängste von Menschen, denen der Aufenthalt verwehrt wird - und die sich deshalb tagtäglich mit der Ungewissheit bewegen, mit Angst vor Kontrollen, die ihre Internierung und Ausweisung zur Folge haben könnten.

Die Sorgen und Ängste der Menschen, die Politiker_innen ernst nehmen wollen, werden oft geschürt;

und dies nicht ohne Ziel. Denn mit Angstmache kann Politik gemacht werden, kann Zustimmung zu sonst möglicherweise nicht akzeptierten Maßnahmen geschaffen werden. Und viele Parteien versuchen mit dem Schüren von Ängsten Zustimmung für ihre ideologisch ausgerichteten Vorhaben zu ergattern, wie die Politik der FPÖ seit Jahrzehnten belegt. [Siehe: Das 'Spiel' mit der Angst, Seite 41.]

Lukas Resetarits thematisierte die Ängste der FPÖ bzw. Hofer-Wähler_innen in einem Interview mit dem Kurier. Auf die Frage zur unglaublichen Zustimmung für die FPÖ in seiner Heimatgemeinde im Burgenland antwortete er:

"Die Facharbeiter wählen den Hofer - und die Hocknstadt auch. Weil er verspricht, ein starker Mann zu sein. Und weil sie Angst haben, dass die Ungarn und Slowaken ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Oder dass sie fürn Flüchtling zahlen müssen. Zudem gibt es die große Angst, dass unsere Sicherheit flöten geht - gerade in dem Bundesland, in dem die wenigsten Verbrechen passieren. Das ist völlig irrational. Das hat die Propaganda geschafft. Und der Herr Niessl. Diese Wende hin zur FPÖ: Ich versteh' sie nicht! Und ich versteh' nicht, warum man schon wieder reinfällt auf die rechten Populisten." [Kurz setzt mittlerweile ebenfalls auf rechten Populismus, und schürt damit Rassismus - nicht ohne Erfolg, wie diverse Umfragen belegen.]

Ob es ein Reinfallen ist, darüber lässt sich streiten. Denn dies würde bedeuten, dass das FP-Wahlvolk der Politik dieser Partei nicht zustimmt. Doch gerade im Bezug auf Rassismus ist zu befürchten, dass die Zustimmung sehr hoch ist. Woher diese Zustimmung kommt? Vielleicht aus einer Resignation aufgrund fehlender Alternativen. Denn gerade in Sachen Rassismus hat die SPÖ bewiesen, dass sie diesen in Gesetze gießen kann. Gesetze, die seit Jahrzehnten gemeinsam mit der ÖVP geschmiedet werden. Eine Abkehr von dieser Politik ist unter der kurzen Amtszeit Kerns bisher jedenfalls nicht zu erkennen. Immer wieder wird betont, gemeinsam mit der ÖVP den eingeschlagenen Kurs zu halten.

Zur Weltoffenheit mit rechten Werten?

Würde Kern sein Gerede von der "Weltoffenheit" ernst nehmen, dann müsste er den Kriegsminister Doskozil entlassen, der eine Politik der Ausgrenzung und Abschottung vorantreibt. Mit Zäunen und bewaffneten Soldat_innen an den Grenzen. Damit werden reale Probleme geschaffen für Menschen auf ihrem Weg in ein sicheres Leben. Kern will gegen die "geistige Verengung" vorgehen, gestattet seinen Minister_innen jedoch, weitere Zäune hochzuziehen.

So stellt sich die Frage: Handelt es sich bei Kerns Antrittsrede um leere Worte? Oder steckt dahinter ein auf rassistischer Ideologie aufbauendes Weltverständnis? Wohl eine Mischung aus beiden! Denn klar ist, dass es nach wie vor Stimmen in der SPÖ gibt, die sich gegen Abschottung und Ausgrenzung aussprechen; und genau diese will der frisch gebackene Kanzler, der der SPÖ aus der Krise helfen soll, umstimmen: Mit schönen Worten, während gleichzeitig die Politik gegen Geflüchtete und Migrant_innen fortgesetzt wird.

Fragt sich: Kann eine Fortsetzung einer Politik, die mehr und mehr der Hetze der FPÖ entspricht und dieser ständig neue Wähler_innen zutreibt, eine Änderung herbeiführen? (*) Kann Kern damit, wie er betont, "die Stimmung im Land drehen"? Eine Neuausrichtung schaffen? Wohl kaum. Denn so lange Polizist_innen wie Hans Peter Doskozil, der sich mit der Umsetzung rassistischer Politiken einen Namen macht(e), als ranghohe Politiker_innen nahezu uneingeschränkt agieren können, ist das Gerede um eine neue Ausrichtung als reiner Hohn zu verstehen. Es sieht so aus, als würde die SPÖ weiterhin einen Weg gehen, der der Hetze der FPÖ entspricht (manche

würden wohl sagen: folgt) und dem Faschismus mehr und mehr den Weg ebnet.

Alarm!

Es ist wohl falsch bzw. verharmlosend, im Zusammenhang mit der derzeitigen Situation in Österreich von Faschismus zu sprechen. Es ist aber auch verharmlosend, die Zeichen zu ignorieren, die klar auf eine Wende hin zum autoritären Regime weisen. Eine Entwicklung, die wir nicht nur in Österreich beobachten, sondern die quer durch Europa zu erkennen ist. Überall sind die Aktivitäten von Nazis und Faschist_innen alarmierend. Die Zahl der Übergriffe und Gewalttaten steigt dramatisch, immer wieder werden faschistische Terrorzellen ausgehoben, wobei nicht nur Berge an Propagandamaterial gefunden werden, sondern auch mehr und mehr Waffen. Nicht immer werden die politischen Hintergründe der Nazibanden offen gelegt, sehr oft wird dies vermieden und die involvierten Personen als irre Einzeltäter_innen, Spinner_innen oder Waffennär_innen verharmlost.

Während einerseits die Diskussion um religiös motivierten Terror von Muslim_innen den Sicherheitsdiskurs mehr und mehr beeinflusst und als Reaktion auf Attentate die Freiheit beschnitten wird, wird der faschistische und Naziterror verharmlost - und in diesem Zusammenhang kaum von Terrorismus gesprochen. Dabei ist schwer zu übersehen, dass der Naziterror eine wesentlich größere Bedrohung für Europa darstellt (**), als die Aktivitäten von Al Kaida, IS und Co. Wobei das fundamentalistische, autoritäre Regime, das IS in Teilen von Syrien und dem Irak installiert hat, in vieler Weise mit faschistischen Regimen vergleichbar ist.

zu einer Spaltung der Gesellschaft - mit all ihren Begleiterscheinungen.

(*) Hier werden dezitiert die Gefahren für Europa gemeint und nicht die Situation, der die Menschen in den von Terrorgruppen wie IS beherrschten Gebieten tagtäglich ausgesetzt sind. Denn genau diese bringen viele Menschen dazu, sich auf den Weg zu machen in ein sicheres Leben, sehr oft mit dem Ziel: Europa.

Diese Terrorbanden können in Europa zwar für Unsicherheit sorgen und die Regierungen dazu bringen, als Reaktion auf die blutigen Massaker Maßnahmen zu setzen, die die Freiheit der Bevölkerung massiv einschränken, doch sie haben keine Chance, die Macht zu übernehmen. Ganz anders sieht es mit den faschistischen Terrorbanden aus, deren Netzwerke bis in die obersten Positionen von Regierungen, Polizei, Medien, Militär, Wirtschaft usw. reichen. Was wenn diese bzw. ihnen nahe stehende Parteien die Macht in Europa übernehmen? Die Antwort auf diese Frage kann hier nicht gegeben werden, ein Blick über die Grenze nach Ungarn kann aber einen Einblick geben.

Nieder mit den Zäunen!

Und in Österreich? Auch wenn es der FPÖ und ihrem Kandidaten Hofer nicht gelungen ist, die Wahl zum Bundespräsidenten zu gewinnen, [droht nun eine schwarz-blaue Koalition unter Sebastian Kurz, die einen massiven Rechtsruck bedeuten würde]. Es ist Zeit für eine Abkehr von rechten Werten und rassistischer Hetze. Es bedarf eine Abkehr von Nationalismus und Chauvinismus ebenso, wie einer Abkehr von Heimatverbundenheit und Patriotismus. Denn diese "Werte" stehen nun mal für Ausgrenzung.

Als erste glaubhafte Maßnahme für eine Neuausrichtung der Politik schlagen wir die Abtragung der Zäune in und um Europa vor. Anstatt immer mehr Barrieren zu errichten, bedarf es einer Öffnung. Es bedarf einer Welt, in der Ausbeutung und Unterdrückung ebenso der Vergangenheit angehören, wie Faschismus und Rassismus. Denn erst wenn der letzte Zaun gefallen, das letzte Abschiebelager geschlossen, der letzte Abschiebeflieger geschrottet ist, ist der Weg in eine befreite Gesellschaft möglich.

Das Ziel sollte eine Welt des Friedens und der Freiheit sein, wie es Überlebende der Konzentrationslager nach ihrer Befreiung formulierten.

**No pasaran.
Nie wieder Faschismus.**

Anmerkungen:

(*) Die neue Linie der ÖVP unter Kurz richtet sich aggressiv gegen Geflüchtete, Migrant_innen und den Islam. Mit dieser rassistischen Panikmache wird eine Stimmung erzeugt, die Zugewinne bei den Wahlen bringen soll. Dies bringt jedoch mit Sicherheit nicht jene von der Bevölkerung gewünschten Veränderung, wie Kurz immer erklärt, sondern führt zwangsläufig

PAPIERE VERSCHAFFEN SOLIDARISCHE HEIRAT FLUCHTHILFE
BEI ÜBERGRIFFEN EINMISCHEN FAHRSCHNEINE WEITERGEBEN
JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG ORGANISIEREN SOZIALLEISTUNGEN
UMVERTEILEN LEUTE VERSTECKEN MIGRANT_INNEN
BEHERBERGEN MEDIZINISCHE HILFE LEISTEN
ANTIRASSISTISCH AUFTRETEN STAATSDIENST VERWEIGERN
FLUCHTHILFE

**SOLIDARISCH GEGEN
RASSISTISCHE GEWALT**
HEIßT

WIDERSTAND IN SCHUBHAFT UNTERSTÜTZEN
RASSISTISCHE SPRACHE VERWEIGERN
ABSCHIEBUNGEN UNMÖGLICH MACHEN

MENSCHEN IN SCHUBHAFT BESUCHEN
ANTIRASSISTISCHE LESER_INNENBRIEFE SCHREIBEN POLIZEI
ARBEIT ERSCHWEREN PAPIERE VERSCHAFFEN SOLIDARISCHE
HEIRAT FLUCHTHILFE BEI ÜBERGRIFFEN EINMISCHEN FAHRSCHNEINE
WEITERGEBEN JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG ORGANISIEREN
SOZIALLEISTUNGEN UMVERTEILEN LEUTE VERSTECKEN
MIGRANT_INNEN BEHERBERGEN MEDIZINISCHE HILFE

LEISTEN ANTIRASSISTISCH AUFTRETEN STAATSDIENST
VERWEIGERN RASSISTISCHE SPRACHE VERWEIGERN
WIDERSTAND IN SCHUBHAFT UNTERSTÜTZEN
ABSCHIEBUNGEN UNMÖGLICH MACHEN
MENSCHEN IN SCHUBHAFT BESUCHEN
ANTIRASSISTISCHE LESER_INNENBRIEFE
SCHREIBEN POLIZEIARBEIT ERSCHWEREN

**EINGREIFEN BEI
RASSISTISCHEN
KONTROLLEN**

Wenn Sie eine rassistische Kontrolle mitbekommen, mischen Sie sich ein. Dafür gibt es unterschiedliche Strategien. Stehen bleiben und die Situation beobachten. Solidarität zeigen, indem die kontrollierte Person gefragt wird, ob sie Unterstützung braucht. Name und Geburtsdatum erfragen, um juristische Hilfe zu ermöglichen. Die Arbeit der Polizei erschweren und auf die Beamt_innen eingewirken. Wer sich einmisch, kann den rassistischen Konsens stören.

PAPIERE VERSCHAFFEN SOLIDARISCHE HEIRAT FLUCHTHILFE
BEI ÜBERGRIFFEN EINMISCHEN FAHRSCHNEINE WEITERGEBEN
JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG ORGANISIEREN
SOZIALLEISTUNGEN UMVERTEILEN LEUTE VERSTECKEN
MIGRANT_INNEN BEHERBERGEN MEDIZINISCHE HILFE LEISTEN



bewegungs

freiheit

für alle

überall

www.no-racism.net

